

Kleine... auf die...

Mittwoch, 22. Oktober 1986 - D ***

exklusiv in der WELT



Ost-Berlin plante Verseuchung

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begnügt sich nicht damit, durch Agenten Informationen in der Bundesrepublik Deutschland sammeln zu lassen. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der westdeutschen Anti-Kernkraft-Bewegung, so berichtet Werner Stiller, wurde auch die Intervention mit „aktiven Maßnahmen“ erwogen. So wollte man das Gelände um Kernkraftwerke radioaktiv verseuchen. Diese WELT-Serie ist ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage“, das Ende Oktober im v. Hase & Koehler Verlag erscheint. Seite 7

WELT REPORT



Winterurlaub in Schnee oder Sonne

Der Club-Urlaub soll die Ferienformel der nächsten 20 Jahre werden. Robinson, Adiana und Méditerranée haben sich für die Zukunft neue Konzepte einfallen lassen. Der neue WELT-REPORT REISEN '86/87 informiert außerdem über Winterreiseziele in Schnee oder Sonne, beschreibt Städtereisen und gibt Service-Tips.

POLITIK

Geschlossen: Die Berliner Justizbehörden haben gestern die Ermittlungsakten gegen ehemalige Angehörige des Volksgerichtshofs geschlossen. Das oberste Gericht im Dritten Reich hatte mehr als 5000 Menschen zum Tode verurteilt. (S. 3)

Anschlag: Auf das Institut für Rechtsmedizin der Göttinger Universität ist ein Brandanschlag verübt worden. Schaden: 200 000 Mark. Die Polizei schließt politische Motive für die Täter nicht aus.

Visa: Die Innen- und Justizminister der EG haben sich in London darauf verständigt, eine mögliche Einführung gemeinsamer Einreisevisa zu prüfen. Ziel sei es, die „gemeinsame Grenze für unerwünschte Personen undurchlässiger zu machen“.

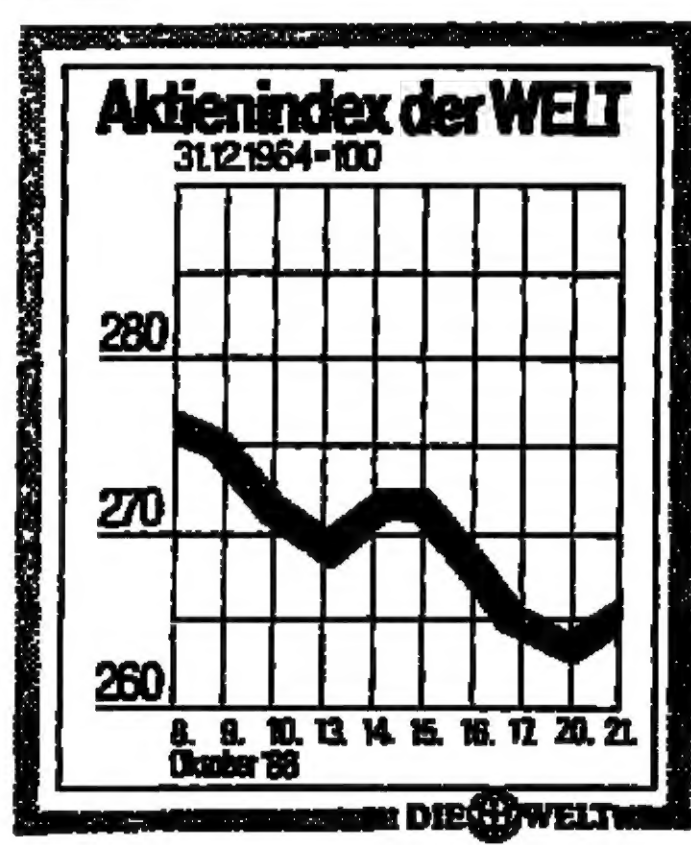
Flucht: Einem 30-jährigen Maurer aus der „DDR“ ist die Flucht nach Westberlin gelungen. Der Mann überwand in der Nacht zum Dienstag unverletzt die Sperranlagen an der Mauer.

WIRTSCHAFT

Antrieb: Die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie wird sich noch beschleunigen. Das hat die Mitfinanz GmbH in Mülheim/Ruhr in ihrer jüngsten Umfrage bei 13 Branchen ermittelt. Eine „Delle“ in der Investitionstätigkeit gebe es nicht. (S. 11)

Börse: Die Kurse an den deutschen Aktienmärkten zogen am Dienstag mit Unterstützung ausländischer Käufer zum Teil kräftig an. Dagegen tendierten die Kurse öffentlicher Anleihen am Rentenmarkt uneinheitlich bis schwächer. WELT-Aktienindex: 266,15 (264,22). BHF-Rentenindex: 106,249 (106,296). BHF-Performance-Index: 106,838 (106,859). Dollar:

Mittelkurs: 1,9935 (1,9788). Goldpreis je Feinunze 425,10 (425,00) Dollar.



KULTUR

Musical: „The Phantom of the Opera“ heißt das neue Musical von Andrew Lloyd Webber, das in London uraufgeführt wurde. Eine Aufführung ganz ohne High-Tech-Elektronik und Rock-Maschinenmusik. Das Westend jubelt. (S. 21)

Museum: Ein in Deutschland einzigartiges Museum für Bilderrahmen hat die Stadt Stendal in der Altmark eingerichtet. Die außergewöhnliche Schau dokumentiert eindrucksvoll die Geschichte der Rahmen, die es bereits im alten Ägypten gab. (S. 21)

SPORT

Europapokal: In allen Dritten Programmen (außer Bayern) wird heute von 16.00 Uhr an das Fußball-Europapokalspiel Torpedo Moskau gegen VfB Stuttgart live übertragen. Der WDR sendet von 20.00 Uhr an live das Spiel Mönchengladbach gegen Rotterdam.

Fußball: Die WM in Mexiko hat mit Einnahmen von 144 Millionen und einem Gewinn von 71,5 Millionen Schweizer Franken ein Rekordergebnis erzielt. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) erhält vom Gewinn eine Summe von 4,045 Millionen Mark. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Unwetter: Die ersten schweren Herbststürme dieses Jahres mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 170 Stundenkilometern haben in weiten Teilen Europas schwere Schäden angerichtet. Der Orkan kostete fünf Menschen das Leben, 27 wurden schwer verletzt. (S. 22)

Mordprozess: Das Verfahren gegen den 19-jährigen Dieter Wildhagen hat gestern in München begonnen. Der Jugendliche wird beschuldigt, seine 52-jährige Mutter und seinen 22 Jahre alten Bruder in ihren Betten erschossen zu haben. (S. 22)

Leserbriefe und Personalien
Fernsehen
Wetter: Regen und stürmisch

Seite 8
Seite 20
Seite 22

Bonner Landgericht setzt Beugehaft für Lappas aus

Verwirrung über Verhalten des BGAG-Chefs / Heute Aktuelle Stunde

DIETHART GOOS, Bonn
Der in Beugehaft genommene Gewerkschafter Alfons Lappas ist wieder auf freiem Fuß. Das Bonner Landgericht gab gestern Nachmittag die Beschwerde von Lappas gegen die vom Amtsgericht verhängte Verhaftung wegen totaler Aussageverweigerung vor dem Neuen Heimat-Ausschuss teilweise statt. „Der Vollzug ist ausgesetzt“, sagte der Vorsitzende Richter der ersten Strafkammer, Hans Brenner.

Zuvor hatten widersprüchliche Meldungen über die Aussagebereitschaft des obersten DGB-Finanzmanagers für Verwirrung gesorgt. Am zweiten Tag seiner zur Aussagegezwungung angeordneten Beugehaft signalisierte Lappas am Morgen dem Untersuchungsausschuss, er wolle sein Schweigen brechen und den Parlamentariern zur Verfügung stehen.

Auf Wunsch von Lappas begab sich der Ausschussvorsitzende Hüsch zu ihm in die Bonner Justizvollzugsanstalt. Wie er anschließend mitteilte, sei die Bereitschaft von Lappas zur Aussage klar erkennbar gewesen. Dann platze der Verteidiger von Lappas, Christian Raabe, in das Gespräch und habe eigene Vorstellungen über das Verhalten seines Mandanten vorgebracht.

In Kreisen des Untersuchungsausschusses wurde die neue Wende im Fall Lappas mit deutlicher Verärgerung registriert. Offenbar hätten die Anwälte der gewerkschaftseigenen Finanzholding BGAG, deren Vorstandsvorsitzender Lappas ist, ihren Mandanten „zurückgepfiffen“. Die BGAG habe wohl abwarten wollen, SPD hat beantragt, den Beschluss über die Beugehaft aufzuheben. Um 9.00 Uhr beginnt dann die öffentliche Zeugenvernehmung von Harro Iden, der bis zur Aufdeckung des Skandals der Neuen Heimat Anfang 1982 Mitglied der Geschäftsführung war. Auf Antrag der CDU/CSU beschließt sich der Bundestag um 14.30 Uhr erneut mit der spektakulären Verhaftung von Alfons Lappas am Sonntag auf dem Kongress der IG Metall in Hamburg. Es ist die fünfte Aktuelle Stunde des Bundestages zum Thema Neue Heimat innerhalb von zwölf Monaten.

SEITE 4:
Streit spitzt sich zu

wie die Erste Kammer des Bonner Landgerichtes in der Beschwerde über die von der Vorinstanz verhängte Beugehaft gegen Lappas entschieden.

Nach dem zunächst bekundeten Einlenken des prominenten Gewerkschaftsmanagers wurde bereits der Termin seiner Zeugenvernehmung auf morgen 10.00 Uhr festgelegt.

Heute früh findet eine nichtöffentliche Sondersitzung des Untersuchungsausschusses statt. Denn die

Die immer schärfere Kontroverse um die Verhaftung von Lappas hielt auch gestern an. Das SPD-Präsidium bezeichnete die Beugehaft als unverhältnismäßig und als eine Provokation der Gewerkschaftsbewegung.

Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach (CDU) sagte, es sei schon fast ein Wunder, „daß die Bonner Regierungskoalition immer noch ein weiteres Stück Porzellan findet, das sie zerschlagen kann, um ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften zu verschlechtern“.

Die mutige Rede des Delegierten Wagner

GÜNTHER BADING, Hamburg

Der Gewerkschaftstag der IG Metall hat in der Aussprache über die Rechenschaftsberichte der Vorstandsmitglieder zu den eigentlich absehbaren Kongress-Themen gefunden, die bisher durch die Reaktion auf die spektakuläre Verhaftung des Gewerkschaftsmanagers Alfons Lappas überlagert worden waren.

Die Mehrzahl der Diskussionsredner formulierte vor den 536 Delegierten die auch in zahlreichen Anträgen zum Gewerkschaftstag enthaltene Kritik an der Bundesregierung in scharfer Form. Die Regierung betreibe eine Politik der Konfrontation gegen die Gewerkschaften, die „Koalition von Kapital und Kabinett“ – ein immer wieder gebrauchtes Wort in der Diskussion – wolle Gewerkschaftsrechte schmälern. Das zweite beherrschende Thema waren die Aussparung und als eventuelle Antwort darauf Betriebsbesetzungen durch die Gewerkschaften.

Mutigster Redner auf dem Gewerkschaftstag war gestern der IG-Metall-Bevollmächtigte in Leverkusen, Hel-

mut Wagner. Er war der erste Christdemokrat, der auf dem Kongress die Konfliktstrategie der IG Metall gegenüber der Bundesregierung kritisierte.

Wagner erntete Buh-Rufe, Pfiffe und zahllose empörte Zwischenrufe als er die fast ausnahmslos sozialdemokratischen Delegierten daran erinnerte, daß mit dem Wort von der angeblichen „Koalition von Kabinett und Kapital“ im Grunde „die Mehrheitsentscheidung des Volkes brüskiert wird“, da ja das Volk das Parlament gewählt habe. Die ihm „unheimlich“ erscheinende Personalisierung der Angriffe auf die Bundesregierung durch die Angriffe auf Bundesarbeitsminister Norbert Blüm sei unerträglich.

Wagner wurde das Weitersprechen durch die zunehmenden Störungen unmöglich gemacht, als er begann die „positiven Akzentverschiebungen“ durch die Politik seit der Bonner Wende aufzuzeigen. Erst durch das Eingreifen des Tagungspräsidiums – sinnigerweise Punkt fünf Minuten

vor zwölf – konnte Wagner weiterreden.

Wieviel Haß dem CDU-Mann entgegengebracht wurde an der Bemerkung eines Dortmunder Delegierten deutlich, der unter Anspielung auf die Festnahme von Lappas sagte: „Ich glaube, man hat am Sonntag den Falschen mitgenommen.“

Eigentlich hatten die wenigen Christsozialen auf dem Gewerkschaftstag ein klares Wort gegen die Konfliktstrategie der IG Metall von dem CDA-Mitglied im Gewerkschaftsvorstand Willi Sturm erwartet. Der aber setzte auf die Mehrheitsströmung, als er in seinem Rechenschaftsbericht über den Bereich Handwerk und Ausländische Arbeitnehmer sagte: „Bei Fortsetzung der derzeitigen Koalition bleiben sicher weitere Angriffe auf Arbeitnehmerrechte zu befürchten.“ Der Bundesregierung beschönigte er „Fehlverhalten“ gegenüber dem DGB, das aber „nicht zu Spannungen zwischen Mitgliedern verschiedener politischer Überzeugungen“ in der IG Metall führen werde.

„Termin der Kohl-Visite hervorragend“

Shultz begrüßt den Bundeskanzler / Gespräch mit Reagan / Jugendaustausch wird verstärkt

BERNT CONRAD, Washington

Bundeskanzler Helmut Kohl hat den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan gestern in Washington empfangen. Gegenüber sicherheitspolitisch bedenklichen Forderungen Moskaus fest zu bleiben, gleichzeitig aber weiterhin den Dialog mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow zu suchen und die Genfer Abrüstungsverhandlungen intensiv fortzusetzen. Kohl betonte, er habe auch die Moskauer Führung aufgefordert, sich mit Reagan zu arrangieren und nicht auf den nächsten Präsidenten zu warten.

Der Kanzler war am Montagabend in Begleitung von Außenminister Genscher, Verteidigungsminister Wörner und des stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rühle gemeinsam mit seiner Frau Hannelore in Washington eingetroffen und am Flughafen von US-Außenminister Shultz begrüßt worden. Shultz bezeichnete den Zeitpunkt des Besuchs unmittelbar nach dem Treffen

fen von Reykjavik als „hervorragend“.

Bei strahlendem Sonnenschein empfing Präsident Reagan dann gestern vormittag seinen Gast im Garten des Weißen Hauses. In der anschließenden Unterredung im Oval Office berichtete der Präsident über den Verlauf seiner Begegnung mit Gorbatschow in Island und bekräftigte die Einschätzung, daß die Gespräche trotz ihres ergebnislosen Ausgangs die Grundlage für weitere erfolgversprechende Abrüstungsverhandlungen geschaffen hätten.

Der Kanzler bestärkte Reagan darin und bemühte sich seinerseits, dem Präsidenten die europäischen Interessen plausibel zu machen. Dabei unterstrich er die zentrale Frage der Einbeziehung der Kurzstreckenraketen in eine Vereinbarung über Mittelstreckenwaffen (INF). Daß der Kanzler damit auf offene

Ohren stieß, ließ sich bereits aus einer Äußerung der Abteilungsleiterin im Außenministerium, Ridgway, ablesen. Sie hatte zuvor erklärt, für die USA seien Verhandlungen über Kurzstreckenraketen integraler Bestandteil eines jeden Abkommens über Mittelstreckenraketen.

Kohl wies Reagan auch darauf hin, daß bei einer Null-Lösung für INF in Europa und einer radikalen Reduzierung der strategischen Systeme erhebliche Sicherheitsprobleme für Europa entstehen könnten. In allen diesen Punkten konnte Kohl nach Absprache mit Premierminister Thatcher, dem holländischen Regierungschef Lubbers und der französischen Regierung auch die Interessen der europäischen Partner wahrnehmen.

Reagan und Kohl vereinbarten die Schaffung eines deutsch-amerikanischen Rates zur Förderung des Jugendaustausches. In diesem Gremium sollen die beiden Regierungen, nicht-staatliche Organisationen und Einzelpersonen, vertreten sein und eine beratende Funktion haben.

Sturm auf deutsche Botschaft

AP, Harare

Aus Empörung über den Tod des mosambikanischen Präsidenten Samora Machel haben in der zimbabwischen Hauptstadt Harare etwa 5000 jugendliche Demonstranten südafrikanische Einrichtungen gestürmt. Bei den gewalttätigen Demonstrationen seit der Unabhängigkeit Zimbabwes vor neun Jahren wurden auch Vertreter der USA, der Bundesrepublik Deutschland und Malawis angegriffen. Der südafrikanische Außenminister Roelf Botha richtete einen Appell an die zimbabwische Regierung, unverzüglich Maßnahmen zum Schutz von Personal und südafrikanischen Institutionen zu ergreifen.

In Sprechchören forderten die Jugendlichen „Tod für Botha“ und beschuldigten Südafrika, für den Tod Machels verantwortlich zu sein. Der Präsident war bei einem Flugzeugabsturz über südafrikanischem Gebiet ums Leben gekommen.

Kreml sucht nach SDI-Definition

dpa, Moskau

Die sowjetische Forderung, daß die Vereinigten Staaten ihre Forschungen für eine Raketenabwehr im Weltraum (SDI) auf Laboratorien beschränken sollen, bietet nach wie vor Spielraum für mehrere Interpretationen. Der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadi Gerasimow, erklärte gestern auf einer internationalen Pressekonferenz, daß die sowjetischen Wissenschaftler noch keine genaue Definition des Begriffs „Forschung im Weltraum“ gefunden hätten. Allerdings sei ausgeschlossen, daß die Sowjetunion Versuche im Weltraum erlaube.

Der sowjetische Parteichef, Michail Gorbatschow, hatte auf dem Gipfeltreffen in Reykjavik seine Abrüstungsvorschläge davon abhängig gemacht, daß die Vereinigten Staaten ihre SDI-Forschungen auf Laboratorien beschränken. Der Kremlchef hatte den Begriff nicht weiter erläutert.

Peking hofiert den SED-Chef

DW, Peking

Chinas Präsident Li Xianlian hat den „DDR“-Staatsratsvorsitzenden und SED-Chef, Erich Honecker, mit militärischen Ehren und den für Staatsbesuche üblichen 21 Schuß Salut vor der Großen Halle des Volkes in Peking zu einem sechsstägigen offiziellen Besuch empfangen. Anschließend traf Honecker, der als erster Staats- und Parteichef der „DDR“ die Volksrepublik besucht, zu ersten von zwei Gesprächsrunden mit KP-Generalsekretär Hu Yaobang zusammen.

Nach der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen in den vergangenen drei Jahren bedeutet diese Begegnung die Wiederaufnahme des Dialogs auch zwischen der SED und der KP Chinas auf höchster Ebene. Gleichzeitig ist sie ein weiterer Schritt der Wiedernäherung Pekings an die engsten Bündnispartner Moskaus in Europa. Seiten 2 und 16: Weitere Beiträge

DER KOMMENTAR

Verkalkuliert

MANFRED SCHELL

Alfons Lappas ist auf freiem Fuß. Das ist noch keine Entscheidung in der Sache. Er war nach wenigen Tagen Beugehaft bereit, dem Untersuchungsausschuss Neue Heimat mit gewissen Einschränkungen Rede und Antwort zu stehen. Dann allerdings fuhr sein Anwalt dazwischen. Immerhin, Lappas' zeitweiliger Sinneswandel ist bezeichnend. Er hätte durchaus Sinn gemacht.

Denn der gestrige Tag – das überwiegende Pressebild, noch mehr aber die Diskussion auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg – hat gezeigt: Die DGB-Führung hat sich schlicht verkalkuliert. Es ist ihr mit noch so aufheizenden Reden und absurden Vergleichen etwa zu den Ereignissen im Jahr 1933 nicht gelungen, Lappas zum Märtyrer eines willkürlich vorgehenden Staates zu machen. Durchgesetzt hat sich vielmehr das Bild einer Gewerkschaftsführung, die glaubte, sie könne sich selbst in der tiefsten Krise selbstherrlich aufspielen und Parlament und Justiz vor den Kopf stoßen. Der Versuch, die

Festnahme von Lappas für eine polemische Auseinandersetzung mit der Bundesregierung zu nutzen, ist gescheitert. Und zwar deshalb gescheitert, weil ein Richter und die (in Hamburg einer SPD-Regierung unterstellte) Polizei, nicht aber Bonn, für die Umstände dieser Festnahme verantwortlich sind.

Die Solidarität mit der DGB-Führung im Fall Lappas ist schnell verfliegen. Die DAG hat die Bundesregierung in Schutz genommen. Noch gravierender ist, wie sich die Basis der IG Metall gestern zu Wort gemeldet hat. Der Betriebsratsvorsitzende von Opel hat die Stimmung so charakterisiert: „Der Kongress hätte die Aufgabe, das Problem der Neuen Heimat zu diskutieren, nicht aber, sich vor Leute zu stellen, die sich eigentlich in dieser Diskussion rechtfertigen müßten“.

Nein, entgegen der Erwartung von Lappas („das dreht sich jetzt gegen die um“) hat die Affäre sich nicht gegen Bonn gedreht. Sie ist beim DGB und bei der SPD, die auf einen Befreiungsschlag gehofft hatte, geblieben.

Kurssturz in Tokio steckt Frankfurter Börse nicht an

In Japans Hauptstadt fällt der Index um mehr als 300 Punkte

DW, Tokio/New York

An den Weltbörsen herrscht Unsicherheit. Die Furcht vor sinkenden Kursen zwingt die Anleger offenbar zur Zurückhaltung. Die Verkäufe mehrten sich. Die Aktienbörse in Tokio, an der Spekulant in diesem Jahr viel Geld verdienen konnten, ist von einer Abwärtsbewegung erfaßt.

Die Entwicklung gipfelte gestern in einem Kursschritt. In der japanischen Hauptstadt fiel der Nikkei-Dow-Jones-Index um 317,80 auf 16 205,77 Punkte. Zwar lag er damit über dem Niveau, das am Ende der ersten Sitzungshälfte prophezeit worden war. Dennoch: In der Tokioter Börsengeschichte wurden erst zwei größere Verluste als gestern verbucht. Außerdem ist der Statistik zu entnehmen, daß die Kurse erstmals seit mehr als vier Jahren in sieben aufeinanderfolgenden Sitzungen gesunken sind.

Begründet wurde der Einbruch vor allem mit der deutlich schwächeren New Yorker Börse am Montag. Aufgrund des Abgedrucks angesichts steigender Zinsen war es an der Wall Street zu einem Kursverfall auf breiter Front gekommen. Der Dow-

Jones-Index für 30 ausgesuchte Industriewerte fiel um 28,02 Punkte unter den Wert vom Freitag und schloß mit 1811,02 Punkten.

Aber nicht nur die Entwicklung in New York, sondern auch die derzeitige Baisse-Stimmung habe Käufer vom Markt ferngehalten, meinen Händler. Ob es sich um einen anhaltenden Trend oder nur um eine vorübergehende Laune handelt, beurteilen Experten unterschiedlich. Einige werten als positiv, daß die Umsätze wieder recht niedrig waren, viele Anleger also abwartend reagieren. Umgesetzt wurden 350 Millionen Aktien, verglichen mit 360 Millionen am Vortag. Andere werten diese leichte Zunahme jedoch als Zeichen für eine weitere Verschlechterung der Situation.

Frankfurt ließ sich von der schlechten Stimmung in Tokio gestern nicht anstecken. Nicht stürmisch, aber lebhaft war die Aktiennachfrage. Die Aufwärtsbewegung des Dollarkurses sowie eine technische Reaktion auf den Kursverfall der vorangegangenen Tage führten zu Kursbesserungen meist bis zu drei Mark, bei Auto- und Elektroaktien auch darüber hinaus.

Kronzeuge noch 1986

DW, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat die Einführung eines Kronzeugenregelung für voraussichtlich noch dieses Jahr angekündigt. Auf die Frage, ob die Koalition sich noch 1986 im Kampf gegen den Terrorismus für die Einführung einer solchen Regelung entscheiden werde, sagte Zimmermann gestern vor Journalisten: „Das sieht so aus.“ Die nach dem Mordanschlag auf den Bonner Diplomaten Gerold von Braunnmühl eingesetzte Kommission werde sich am Mittwoch mit diesem Ziel treffen.

Kernfusionsprojekt nach Karlsruhe?

DW, Stuttgart

Die baden-württembergische Landesregierung bemüht sich, das europäische Kernfusionsprojekt NET – Next European Torus – nach Karlsruhe zu holen. Auf einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion erklärte sich das Land bereit, in Bonn und bei der EG entsprechend initiativ zu werden. Das Bundesforschungsministerium räumt Karlsruhe offenbar besondere Chancen ein, zumal das Land die Kosten für ein Tritium-Labor in Höhe von insgesamt 34 Millionen Mark zur Hälfte übernehmen will.

SPD und SED einig über atomwaffenfreien Korridor

Chance für Beseitigung der Kurzstreckenwaffen?

p. p. Bonn

Im Zentrum der von SPD und SED gemeinsam erarbeiteten „Grundsätze über einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa“ steht die Definition, daß „zu den Atomwaffen im Sinne dieser vereinbarten Grundsätze alle Trägersysteme gehören, die zum Einsatz von Kernmunition fähig sind, sowie die Kernmunition selbst, einschließlich Kernminen“. Aus einem jeweils 150 Kilometer breiten Korridor beiderseits der innerdeutschen Grenze sowie eines entsprechenden Territoriums der Tschechoslowakei sollen also nach den Vorstellungen der Partei-Abteilungsgruppe alle Waffensysteme abgezogen werden, die sowohl atomar wie konventionell verwendet werden können, also auch Rohrartillerie und Flugzeuge.

Das SPD-Präsidiumsmittglied Egon Bahr und das SED-Politbüromitglied Hermann Axen haben gestern mittig in Bonn an der Spitze ihrer Partei-Delegationen die gemeinsam in den vergangenen zwölf Monaten erarbeiteten „Grundsätze“ vorgestellt. Axen verwies auf laufende

„Konsultationen“ mit Moskau, auf westlicher Seite sind nach Bahr Worten Bundesregierung und USA regelmäßig unterrichtet worden.

Im gemeinsamen Kommuniqué heißt es, daß nach dem Erfolg der Stockholmer KSZE-Konferenz ihre Vereinbarung „die politischen Vorwarnzeiten noch einmal verlängern und die Angriffsfähigkeit weiter mindern“ würde. Dabei beschränkte man sich auf ein Feld, das von den Großmächten nicht verhandelt wird.

Wenn diese „Grundsätze“ durch regierungsmittliches Verhandeln in Vertragsform gegossen würden, so Bahr, gehe man damit „auch einen ersten Schritt auf konventionellem Gebiet“. Aber vor allem würden „die Kurzstreckenraketen weggeschafft, mit denen die Bundesregierung die Verhandlungen in Reykjavik nicht zusätzlich belasten wollte. Zu den Verifikationsmaßnahmen gehört die Überlebensfähigkeit, das neben „permanenten Kontrollpunkten erstmalig in einer formulierten Ost-West-Initiative Stichprobenkontrollen niedergelegt“ wurden.“

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Schere im Geldbeutel

Von Hans-Jürgen Mahnke

In dem sonst recht optimistischen Gutachten der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute muß eine Zahl schrecken: Im nächsten Jahr werde das Einkommen an Lohnsteuer um fast zehn Prozent steigen. Und das, obwohl für die Brutto- und Nettolohn- und -gehaltssumme eine Zunahme um 5,5 Prozent unterstellt wird.

Zwar nimmt auch die Beschäftigung zu, was zu höheren Staatseinnahmen führt. Aber im Kern liegt die Diskrepanz daran, daß nach der ersten Stufe der Steuerreform dieses Jahres „die Progression des Einkommensteuertarifs wieder voll wirksam wird“, wie es die Gutachter ausdrücken.

Unter dem Aspekt, daß dadurch das Staatsdefizit sinkt, mag dieses begrüßt werden. Nur: Das kann nicht relevant sein. Eine solche Scherenentwicklung schürt den Verdruss, treibt in die Schattenwirtschaft und lähmt die Leistungsbereitschaft.

Auch wenn der Vorschlag der Institute realisiert würde, die zweite Stufe der Steuerreform, die auf den 1. Januar 1988 terminiert ist, aus konjunkturellen Gründen praktisch um ein Jahr vorzuziehen, so wäre das eigentliche Problem damit keineswegs gelöst, allenfalls für ein Jahr gemildert. Es kann nicht in erster Linie darum gehen, eine leichte Abschwächung der Wirtschaft mit steuerlichen Mitteln abzufangen. Entscheidend kommt es darauf an, die Schere zu schließen, nicht nur für eine gewisse Zeit, sondern möglichst dauerhaft. Und auch nicht erst in den neunziger Jahren, für die eine umfassendere Steuerreform ins Auge gefaßt wird, sondern möglichst rasch.

Dafür sprechen allein schon wachstumspolitische Überlegungen. Es geht auch nicht nur um eine Senkung der Steuerlast, sondern ebenfalls um eine Vereinfachung der Gesetzgebung, etwa durch drastische Reduzierung der Vergünstigungen, wie es jetzt in den USA geschieht. Damit ließe sich ein erheblicher Teil der Reform des Tarifverfalls bereits finanzieren.

Solche Eingriffe stoßen auf den Widerstand der bisher Begünstigten. Trotzdem sind sie notwendig. Ist Mut gefordert – der sich auszahlen dürfte. Der Grundsatz, Arbeit müsse sich wieder lohnen, ließe sich so am besten in die Tat umsetzen.

Peking für Teilung?

Von Jochen Hehn

Hat Peking in seinem Eifer, mit den Warschau-Pakt-Staaten an der Sowjetunion vorbei zu einer schnellen Normalisierung der Beziehungen zu kommen, seine Sensibilität in der Frage der geteilten deutschen Nation verloren? Die als „Staatsbesuch“ von chinesischer Seite behandelte Visite Honeckers läßt einen solchen Eindruck durchaus entstehen.

Mit ihren Lobpreisungen für die großartigen Errungenschaften des „Volkes der DDR“ und den Ehrungen für Honecker, den „langjährigen Freund des chinesischen Volkes“, – der SED-Chef und der chinesische KP-Generalsekretär Hu Yaobang kennen einander aus den fünfziger Jahren, als sie beide Vorsitzende ihrer Jugendverbände waren – bedient sich die chinesische Führung einer Formel, die selbst zu Zeiten der ungestörten Beziehungen zwischen Peking und Ost-Berlin vor einem Vierteljahrhundert hätte aufhorchen lassen, als Bonn noch keine diplomatischen Beziehungen zu Peking unterhielt.

China, selbst ein geteiltes Land, hat die deutsche Frage immer mit Samthandschuhen angefaßt und Völkerrechtlern niemals die Gelegenheit zu Mißdeutungen gegeben. Die Führung der chinesischen KP hat die Wiedervereinigung des geteilten deutschen Volkes – im Bewußtsein der eigenen Teilung – immer in glasklaren Stellungnahmen als wünschenswert gefordert und dabei Bonner Politikern oftmals sogar den Rang abgelaufen. Sie kannte bisher ein „Volk der DDR“ so wenig wie ein „Volk von Taiwan“. So hält es übrigens umgekehrt auch Taiwan, das als „Republik China“ trotz zunehmender internationaler Isolierung immer noch den Alleinvertretungsanspruch aufrechterhält und seinerseits mit dem chinesischen Festland die Wiedervereinigung anstrebt, wenn auch unter anderen Vorzeichen.

Die deutschen Politiker jenseits und in manchen Fällen auch diesseits des Eisernen Vorhangs können von den Chinesen hinter und vor dem Bambusvorhang lernen. Der Wille zur Einheit ist bei ihnen immer noch ungebrochen. Dies gilt auch für jene Chinesen, die in Europa, den USA und anderen Teilen der Welt eingebürgert sind. Umso beklagenswerter die unfreundliche Äußerung von Hu Yaobang.

Folgen von Reykjavik

Von Rüdiger Moniac

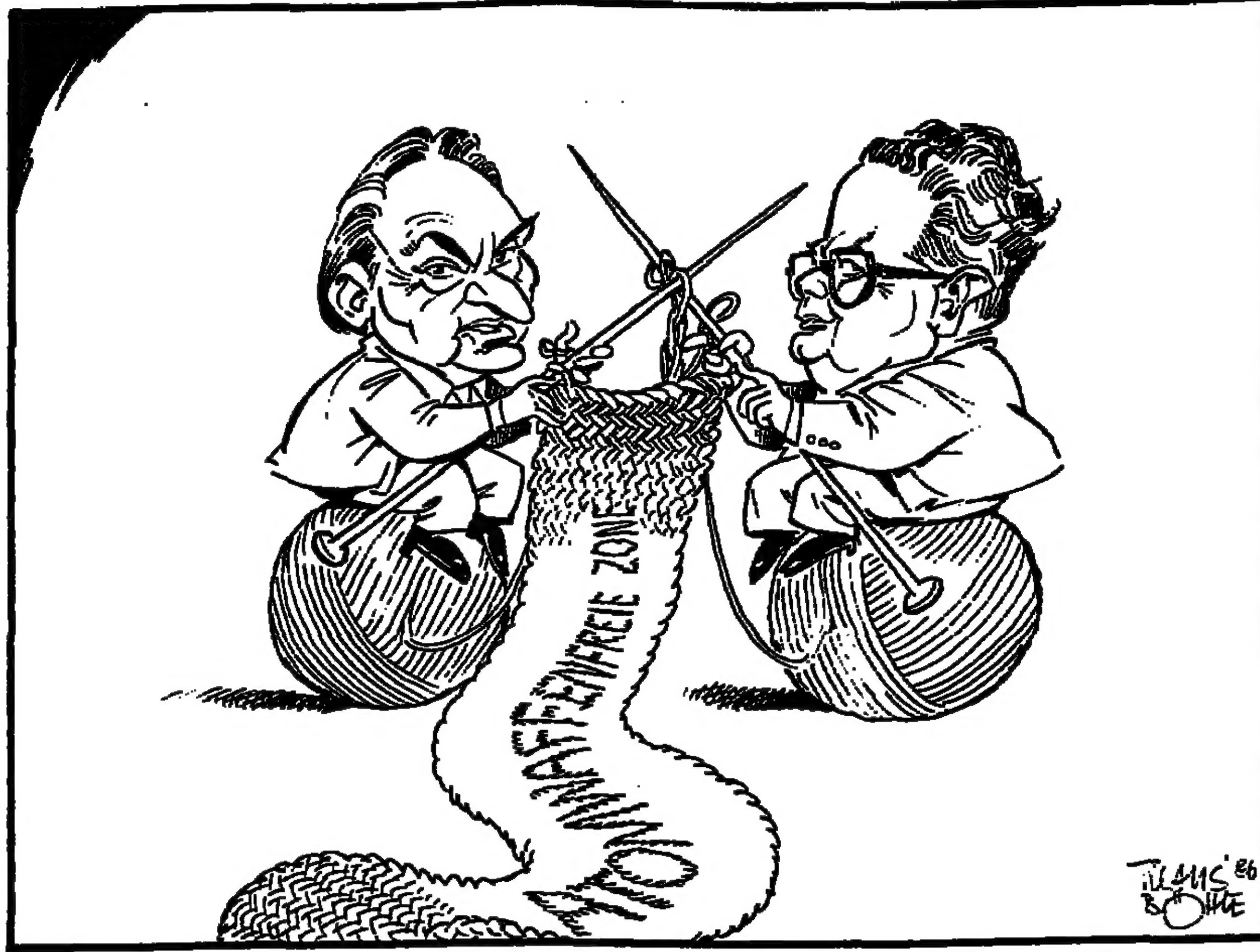
Die nach dem Reykjavik-Gipfel nicht mehr nur theoretische Aussicht auf den Abzug aller nuklearen Mittelstreckenwaffen längerer Reichweite (SS 20 und Pershing II) aus dem westlichen und östlichen Teil Europas verschärft die Sicherheitsprobleme der NATO ungemein.

Denn zum einen wäre dann nicht mehr garantiert, daß auch der sowjetische Boden von Westeuropa aus mit amerikanischen Nuklearmitteln „unter Risiko gestellt“ gestellt ist. Zum anderen aber erhalten die nicht-atomaren Potentiale der Sowjets (die Streitkräfte der UdSSR sind denen der NATO in Europa konventionell um das Dreifache oder mehr überlegen) sowie die Nuklearmittel Moskaus mit Reichweiten von 150 bis 1000 Kilometer, die vor allem Ziele in der Bundesrepublik Deutschland und die Versorgungshäfen an der Kanalküste bedrohen, einen ganz neuen militärischen und damit auch politisch-psychologischen Wert.

Die NATO sieht sich nach Reykjavik vor der Aufgabe, für die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite (SRINF) ein Mittel der Zähmung zu entwickeln. Auf diesem Gebiet hat die Sowjetunion eine komfortable Überlegenheit von sechs zu eins. Zwei Wege sind theoretisch möglich.

Entweder man verhandelt auch über die SRINF-Systeme in der Hoffnung, daß die Sowjetunion deren Abbau ohne westliche Gegenleistung zugestimmt. Sehr aussichtsreich ist das nicht. Dann kann der Westen sich in Verhandlungen das Recht auf gleiche Obergrenzen bei diesen Waffen zu sichern suchen. Das hätte die Folge, daß der Westen ein neues Potential von Raketen mit Reichweiten bis zu 1000 Kilometer entwickeln und in Europa stationieren müßte.

Das würde erstens gewaltige neue Kosten verursachen – ebenso wie ein konventioneller Ausgleich, fielen sämtliche Nuklearkosten weg, enorme Zusatzkosten verursachen müßte. Überdies würde eine Kurzstrecken-Nachrüstung eine enorme psychologische Belastung herbeiführen, wie man sie vom Herbst 1983 bei den Auftritten gegen die Nachrüstung in Erinnerung hat. Der Westen muß sich diese Zusammenhänge überlegen; die Sowjetunion hat es gewiß schon getan.



Axeri-Müchte

KLAUS BOHLE

DGB: Wandel tut weh

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Gewerkschaften können sich vom Bundespräsidenten bestätigt fühlen. Auf dem Hamburger DGB-Kongreß im Mai hat Richard von Weizsäcker gewürdigt, daß die Gewerkschaftsbewegung neben der kommunalen Selbstverwaltung „die älteste und mächtigste Lebenswurzel der Demokratie in Deutschland“ darstelle. Gleichwohl widerfuhr dem Staatsoberhaupt harsche Kritik. Richard von Weizsäcker hatte auch gesagt, es sei das allerbeste Recht der Gewerkschaften, sich mit der jeweiligen Regierung auseinanderzusetzen, aber das dürfe „nicht in eine Auseinandersetzung mit dem Staat selbst ausarten“.

Diese selbstverständliche Einschränkung bohrte sich manchen Funktionären wie eine Harpune ins Fleisch. Es gab Widerspruch: Auf das Staatsverständnis komme es an. Damit war offensichtlich der Sozialstaat nach DGB-Vorstellung gemeint. Wer sind jene Funktionäre, wer sind jene Gewerkschaften, daß sie sich herausnehmen, über den demokratischen Verfassungsstaat zu Gericht zu sitzen?

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Staat der Wahlbürger. Wir stehen vor der Bundestagswahl. Erinnern wir uns des Ergebnisses vom 6. März 1983. Kanzler Kohl legitimierte den Regierungswechsel vom Herbst 1982 mit einem Anteil der Unionsparteien von 48,8 Prozent der Zweitstimmen und von 52,2 Prozent der Erststimmen. Hätten nicht so viele Unionsanhänger ihre Stimme aus Koalitionsgründen der FDP gegeben, Helmut Kohl hätte für die Union die absolute Mehrheit erreichen können.

In den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ wurde analysiert: Die SPD sei auf das Niveau von Anfang der sechziger Jahre zurückgefallen; in der Arbeiter-Wahlkreise sei sie unter das Niveau der Bundestagswahl 1976 gerutscht. In den Großbetrieben, wo die Arbeitnehmer am dichtesten gewerkschaftlich organisiert sind, habe die SPD schon 1976 Wählerverluste erlitten; diesem Trend seien 1983 die Arbeitnehmer der Mittel- und Kleinbetriebe nachgefolgt.

Zwar sind DGB und SPD nicht ein und dasselbe. Der DGB war weder mit den Sparmaßnahmen noch mit der Beschäftigungspolitik der Regierung Schmidt einverstanden. Aber dennoch gilt, daß die treuesten SPD-Wähler zugleich Gewerkschaftsmitglieder sind. Da sie 1983 in Massen zur Union überliefen, muß man folgern, daß sehr viele Gewerkschafter ihre Arbeitnehmerinteressen bei der SPD nicht mehr in guten Händen sahen.

Der DGB wendet sich weltanschaulich und politisch traditionell der SPD zu. Deshalb ist die Frage berechtigt, ob er seinerseits die Interessen der Arbeitnehmer noch so definiert wie diese selbst.

Darüber wird am 25. Januar die Bundestagswahl neuen Aufschluß geben. Schon jetzt stehen die Zeichen an der Wand. Sie sagen dreierlei:

– Wahlpolitisch sei der DGB an die SPD gekoppelt. Emnid hat im Juli und August ermittelt, daß 56 Prozent der Bevölkerung die Gewerkschaften parteipolitisch zu eng mit der SPD verflochten sehen.

– Knapp zwei Drittel der von Emnid befragten Personen – bei den Arbeitern waren es sogar vier Fünftel – lehnten den „Allzuständigkeitsanspruch“ der Gewerkschaften ab. Der DGB solle sich auf tarif- und arbeitsnahe Themen beschränken.

– Auch bei diesen ureigensten Gewerkschaftsthemen erforderte der DGB kühle Zurückhaltung. Eine vom DGB veranlaßte Infas-Umfrage zeigte, daß die meisten Bürger

dem Gewerkschaftsbund nicht folgen, wenn er mit beliedigendem Verbalradikalismus der Regierung Kohl die Verantwortung für die Massenarbeitslosigkeit ankreidet. 58 Prozent der Gewerkschafter und 56 Prozent der SPD-Anhänger halten weltwirtschaftliche Ursachen für bedeutend.

Der DGB wird unsanft auf die Tatsache gestoßen, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder ihr Urteil weit mehr an den Informationen der unabhängigen Presse als an den Kampagnen der Funktionäre bilden. Am schmerzhaftesten trifft dies den DGB im Herzstück seines Selbstverständnisses, seiner emanzipatorischen Philosophie und seines Programms: der Mitbestimmung.

Der Bundespräsident hat den Delegierten in Hamburg versichert, daß die qualifizierte Mitbestimmung sich immer mehr bewähre; jedoch laut Infas nehmen nicht mehr als zwölf Prozent der Arbeitnehmer die Mitbestimmung wichtig. Und das nach einem halben Jahrhundert Kampf nach vier Jahren neu aufgelegter „Mitbestimmungsinhalte“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jene 88 Prozent der Arbeitnehmer, die nicht viel davon halten, werden sich nach der eklatanten Mißachtung der Mitbestimmung durch den DGB im Fall der Neuen Heimat in ihrer Meinung bestärkt fühlen.

Nimmt man hinzu, daß die DGB-Gewerkschaften es ohnehin nicht schaffen, mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer zu organisieren, dann blickt man auf einen Verband, der sich in einer schweren Krise befindet. Davon zeugt auch die Tatsache, daß nach dem Desaster der Neuen Heimat so mancher Funktionär die Flucht aus dem gewerkschaftlichen Ideal der Gemeinwirtschaft antritt. Wird der DGB an sich selber irre?

Er trauert dem verlorenen proletarischen Sozialismus nach. Mit Ach und Krach machen sich die DGB-Gewerkschaften auf den Weg zum Interessenverband, der sich im Wandel der Strukturen in das nachindustrielle Zeitalter einpaßt, sich für höhere Löhne und humane Arbeitsbedingungen einsetzt und nicht jeden Tag darauf aus ist, die Welt zu verbessern.

Am Herzstück sind die Arbeitnehmer kaum interessiert. Mitbestimmungssporolen beim Mai-Aufmarsch



Am Herzstück sind die Arbeitnehmer kaum interessiert. Mitbestimmungssporolen beim Mai-Aufmarsch

Anklage in Sachen Alkem, aber keine Stillegung

Merkwürdiges aus der rotgrünen Koalition in Hessen / Von Dankwart Guratzsch

In zweieinhalb Wochen müssen hessische Polizeibeamte ein weiteres Mal den Kopf für eine Unternehmensgruppe hinhalten, die in Hessen nicht aus den Schlagzeilen herauskommt: die Hanauer Nuklearkraftwerke. Wieder ist eine bundesweite Demonstration angekündigt – bei der letzten vor zwei Jahren liefen schwarzgekleidete Chaoten Steine und Feuerwerkskörper fliegen. Es gab Verletzte und stundenlange Straßenschlachten. Immerhin konnten die Polizisten jedoch davon ausgehen, daß sie Recht und Gesetz verteidigten. Aber die Begriffe sind in Hessen ins Wanken geraten.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen Geschäftsführer der Firmen und gegen Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums Anklage erhoben. Die amtliche Begründung lautet, es gehe um ein „Formaldelikt“. An Betrieb und Anlagen der Firma Alkem seien „wesentliche Veränderungen“ ohne die nach Atomgesetz erforderliche Genehmigung vorgenommen worden.

Aber die Beschuldigung klingt ein wenig vordergründig. Ergänzend teilen die sabbarbeitenden Staatsanwälte nämlich mit, von „wesentlichen Veränderungen“ werde dann gesprochen, wenn „Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau zu erwarten“ seien. Der Umgang der Firma Alkem mit höheren Transporteinheiten von Plutoniumoxid zum Beispiel bedeute, daß eine erhöhte „Kritikalität“ des Spaltstoffs erreicht werde – in Übersetzung: daß sich die Gefahr einer unkontrollierten Kettenreaktion erhöht.

Gleichwohl sehen sich die Juristen weder zu Warnungen noch auch nur zu Empfehlungen an die politisch Verantwortlichen in Hessen veranlaßt, wie sie sie in früheren Fällen, etwa beim Verfahren gegen Verantwortliche eines Altkö-Entsorgungsunternehmens, durchzuführen pflegten. Ministerpräsident Börner lehnt eine Stillegung der Firmen seinerseits ausdrücklich ab und reduziert den Streit auf „unterschiedliche Rechtsauffassungen“. Sind die Si-

cherheitsbedenken also aus der Luft gegriffen?

Nicht einmal die Grünen haben in ihrer Stellungnahme zu den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft das Sicherheitsargument gebraucht. Sie nehmen freilich den Ministerpräsidenten, ihren Koalitionspartner, in die von ihm selbst mitgeschmiedete Zange: Wie Börner vor einem Jahr in eine Vereinbarung sozialdemokratischer Energieexperten mit den Grünen einwilligte, daß der Genehmigungsantrag von Alkem „nicht entscheidungsreif“ sei, so muß er sich jetzt von ihnen vorführen lassen als potentieller Gesetzesbrecher. Originallation der grünen Presseerklärung: „Wer jetzt diese Anlagen noch weiter betreibt oder betreiben läßt, muß davon ausgehen, daß er nicht nur gesetzwidrig handelt, sondern sich sogar strafbar machen kann.“

An dieser Stelle muß man sich erinnern, was die Formulierung vom „nicht entscheidungsreifen“ Antrag der Firma Alkem für die hessische Innenpolitik vor einem Jahr bedeutete: Sie war der Preis,

IM GESPRÄCH Hermann Axen

Verbindungsmann zur SPD

Von Werner Kahl

Für Kontakte mit der SED-Führung hat die SPD seit längerem – an der Bundesregierung vorbei – ein Nebengleis verlegt. Dort werden die Weichen für Alleingänge der Opposition zum Zwecke von Abmachungen mit dem Ostberliner Regime gestellt. In dieser Woche wurde abermals das Einheitszeichen für eine SED-Delegation gegeben. Hermann Axen, außenpolitischer Entscheidungshelfer seines Staatsratsvorsitzenden und Parteichefs, den Moskau um Bonn herum in die Mongolei und nach Peking geleitet hat, verhandelt ganz im Stil eines Regierungsbeauftragten.

Sein Auftreten am Rhein dürfte die volle Zustimmung im Krimi gefunden haben. Von dem siebzehnjährigen Mitglied des Politbüros sind keinerlei Abweichungen oder gar Extratouren auf dem deutschen Feld zu erwarten. In seiner Kaderakte wird die bedingungslose, der jeweiligen Parteilinie folgende Haltung hervorgehoben. Die „Linie“ geht für ihn ohne jeden Zweifel von Moskau aus.

Flexibel machte er in seiner Karriere seit 1945 jede Kursänderung mit. Mal war er für den totalen Machtanspruch der kommunistischen Parteien; andererseits – ein Schritt zurück – trat er ein Kompromißangebot an die nichtkommunistischen Parteien für eine „Nationale Front“, eine „Sicherheitspartnerschaft“ oder wie immer der jeweilige Einfall etikettiert wird.

Honecker hatte den 1916 in Leipzig geborenen Sohn eines KP-Funktionärs an der Organisation für die Gründung der Staatsjugendorganisation FDJ beteiligt. Schon 1950 wurde er in das SED-Zentralkomitee berufen. Als Agitationsleiter entwickelte er eine „Partei- und Massenarbeit“ und wurde anschließend mit der Leitung des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ beauftragt. Nach Walter Ulbricht übertrug ihm die SED-Führung die Funktion des Sekretärs



Angst vor dem Gehängtwerden: Axen

für internationale Verbindungen; damit war er nicht nur für die Beziehungen zu den „Bruderparteien“, sondern insgesamt für die Partei-Außenpolitik zuständig.

Ulbrichts Nachfolger Honecker änderte an dieser Funktion nicht nur nichts, er übertrug Axen obendrein im vergangenen Jahr die Aufgaben des früheren Politbüromitglieds Häber. Axen folgte die ultima ratio seiner Politik aus einer Clausewitz-Interpretation eigenen Zuschnitts. „Nach Erschöpfung aller politischen Möglichkeiten die rechtzeitige sozialistische Waffenhilfe“ („Einheit“, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Nr. 10, Jahrg. 1988, Seite 1209). Die Begründung gibt er mit einer berechtigenden Rechtfertigung für den Überfall auf die CSSR: „Hätten die Parteien und Regierungen der fünf sozialistischen Bruderländer ihre Aktion erst beginnen dürfen – wie leider einige Kommunisten in Europa sagten – nachdem in Prag... Kommunisten aufgehängt worden wären?“

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Verhaftung Lappas stand im Mittelpunkt der Kommentare:

Frankfurter Rundschau

Er hat kategorisch und in dieser schroffen Totalität unbegründet jede Aussage vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß verweigert und spürt nun die Instrumente des Rechtsstaats. Das mag mancher für überzogen halten (die Gerichte können das klären), aber das berechtigt noch lange nicht, den Verhaftungsvorgang in die Nähe von 1933 zu rücken.

SÜDKURIER

Von interessierter Seite sind bereits Worte gefallen, die um unserer Demokratie willen besser nicht gesagt worden wären... Soll plötzlich nicht mehr gelten, daß vor einem Untersuchungsausschuß des Parlaments – wie vor dem Gesetz – letztlich alle gleich sind? (Konstanz)

Schwabenspiegel

Bei allem Verständnis für die Aufgaben des Neue-Heimat-Untersuchungsausschusses: Die spektakuläre Verhaftung des Chefs der Gewerkschaftsholding BGAG, Lappas, am Rande des IG-Metall-Kongresses belastet die laufenden Ermittlungen mehr, als sie der Sache nutzen könnte. (Oberndorf)

Allgemeine Zeitung

Wenn schon eine Verhaftung unumgänglich erschien – die jetzt dafür ins Feld geführte bevorstehende Auslandsreise hätte Lappas wahrschein-

lich verschoben können – so hätte die Festnahme doch gewiß nicht in einem „Parlament der Arbeit“ erfolgen müssen. Ob Sünder, ob Märtyrer – den Anspruch auf Respektierung ihrer Würde haben sowohl Lappas als auch die Gewerkschaften. (Mainz)

STUTTGARTER NACHRICHTEN

In welchem Staat, so muß man fragen, leben (die Rechtsgelehrten der Gewerkschaft) eigentlich? Wissen sie nichts von der Justiz als dritter unabhängiger Gewalt, lassen sich Richter neuerdings von den Politikern bei uns nach Belieben gängeln?

Offlinger Zeitung

SPD und Gewerkschaften haben allen Grund, die Provokationen des Herrn Lappas nicht länger zu decken. Was haben sie, was hat Lappas eigentlich zu verbergen? Diese Kernfrage hält viel länger vor als der miserable Eindruck von der Verhaftung am Rande des IG-Metall-Kongresses, der übrigens glimpflicher hätte ausfallen können, hätte die SPD-geführte Hamburger Polizei mehr Fingerspitzengefühl gezeigt.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Lappas hat vor einem Bundestagsuntersuchungsausschuß die Aussage total verweigert. Die Beugehaft ist zwar ein hartes Mittel, ihm zum Sprechen zu bewegen, aber Lappas ist dieses Risiko eingegangen, er hat es selbst in der Hand, die Haft jederzeit zu beenden.

Der Koloß vom Capitol gibt den hohen Sessel frei

Er hat mehr Niederlagen erlitten als Siege errungen. Dennoch war er in Washington in den letzten zehn Jahren das politische Bollwerk der Demokraten: Thomas O'Neill, genannt Tip, der Sprecher des Repräsentantenhauses, hat die politische Bühne verlassen.

Von FRITZ WIRTH

Keine Figur, sondern ein mächtiger, zerfließender menschlicher Berg. Kein Kopf, sondern ein irischer Schädel, unproportioniert und mit schlohweißen Haaren bedeckt. Kein methodischer Politiker, sondern eine leicht chaotische, desorganisierte Institution. Kein Mann, sondern eine Legende aus Härte und Gütmütigkeit.

Am letzten Samstag hat dieses überlebensgroße, komplexe Wesen für immer die amerikanische politische Szene verlassen. Thomas O'Neill, 73 Jahre alt, räumte den Sessel des 47. Sprechers des Repräsentantenhauses. Zehn Jahre lang saß er auf diesem Stuhl, länger als jeder andere Sprecher in der amerikanischen Geschichte, zuweilen gehäuft, manchmal sehr einsam und gelöst von seinen Freunden im Stuhl gelassen, und am Ende dennoch verehrt als einer der wenigen großen Männer im amerikanischen Kongress, die Spuren hinterlassen werden.

Er hat in diesen zehn Jahren auf dem Capitol Hill weitaus mehr politische Schlachten verloren als gewonnen. Seine Rolle war schwer und undankbar. Er war der letzte Kopf einer sonst kopf- und führungslos gewordenen demokratischen Partei und er war in den letzten sechs Jahren oft der einzige Widersacher des populärsten amerikanischen Präsidenten dieses Jahrhunderts. Es war ein Kampf, den er nicht gewinnen konnte, der ihn dennoch aber profilierte, weil er meist ein fairer Verlierer war. Er war es bis zum letzten Wort in diesem Amt, als er sich von Ronald Reagan mit den Sätzen verabschiedete: „Sie waren als Politiker mein Gegner, doch als Individuum waren Sie stets ein wunderbarer Mann.“

Er wird in Erinnerung bleiben als der Koloß, der im Repräsentantenhaus von hohem Sessel herab, mit dem Hammer in der Hand, sein Amt mit gelangweilter Beiläufigkeit zu versehen schien, das notwendige Zeremoniell, das ihm verdrücklich schien, in rasender, monotoner Eile herunterbetete und wie ein Kutscher vom hohen Bock aus seine Abgeordneten stets zur Eile antrieb.

Diese routinemäßige Beiläufigkeit jedoch täuschte. Er hat in Wahrheit etwas gemacht aus diesem Amt. Thomas O'Neill gab dem Sprecheramt mehr Macht als es jemals in diesem Jahrhundert besaß, indem er die Macht der Ausschussvorsitzenden brach, und er machte aus seinem Job ein öffentliches Ereignis, indem er ein Fernsehen in seine Kammer hinholt. Seitdem haben ihn die Amerikaner als ein lebendes Denkmal in Erinnerung, nicht nur als den Sprecher des Hauses – er war für viele



Ein Verlierer von Format: Thomas O'Neill (73)

FOTO: CAMERA PRESS

Bürger das verkörperte Repräsentantenhaus.

Sein Abgang umreißt ein Stück amerikanischer Geschichte. Er übernahm im achten Distrikt von Massachusetts 1952 das Mandat John F. Kennedys, zog als dessen Nachfolger ins Repräsentantenhaus ein und überlebte es am 4. November an Joe Kennedy II, den Sohn Robert Kennedys, weiter.

Thomas O'Neill hat es in seinen 36 Jahren im Repräsentantenhaus mit acht Präsidenten zu tun gehabt, und sein Freund-Feind-Verhältnis zu ihnen war keineswegs nach deren parteipolitischen Herkunft orientiert. Er bewunderte und verehrte Harry Truman und John F. Kennedy, doch er befand sich auf ständigem Kollisionskurs mit Lyndon Johnson wegen dessen Vietnam-Politik. Er verachtete Richard Nixon als Präsidenten und als Poker-Spieler. Nach einer Poker-Session mit Nixon sagte er: „Ein Mann, der beim Poker über den Verlust von 40 Dollar Schreikrämpfe kriegte, sollte nicht Präsident der Vereinigten Staaten sein.“

Mit Gerald Ford dagegen verbindet ihn bis auf den heutigen Tag enge Freundschaft. „Gott schenkte uns mit diesem Mann den richtigen Präsidenten zum richtigen Augenblick“, sagte er. „Es ist schade, daß man ihn nicht genug Zeit gab, seine Fähigkeiten zu beweisen.“

Sein Verhältnis zu Jimmy Carter war problematisch. 1978, als die Unruhe der Demokraten über ihren Präsidenten wuchs, geriet O'Neill mit ins Kreuzfeuer ihrer Kritik. Es gab hinter seinem Rücken Intrigen, die auf seinen Sturz als Sprecher hinführten. Es begann die Krisenjahre seiner Amtszeit. Sie dauerten bis zum Beginn der Reagan-Jahre im Weißen Haus.

O'Neill gibt heute zu: „Mein größter Fehler war, daß ich Ronald Reagan unterschätzte.“ Er ging zu Reagan auf Konfrontationskurs und verpönte damit sogar seine demokratischen Wähler. „Gib Reagan eine Chance“, appellierten selbst die liberalen Bürger seines Wahlkreises in Boston in Tausenden von Briefen an O'Neill, nachdem er Reagan in einer

Budget-Debatte scharf attackiert hatte.

Zwei kritische Jahre brauchte O'Neill, die ihn an den Rand seiner politischen Existenz im Repräsentantenhaus brachten, bis er begriff: „Kein Präsident in der amerikanischen Geschichte hat bisher so viel Zuneigung beim Bürger gefunden wie Ronald Reagan.“ Er schraubte die Intensität seiner Angriffe zurück, arrangierte sich zähneknirschend mit politischen Entscheidungen, die er nur wenige Jahre zuvor noch scharf verurteilt hatte, und lernte im übrigen, in Kämpfen mit Reagan mit Würde zu verlieren, wie beispielsweise in mehreren Nicaragua-Debatten, in denen bei keinem anderen Abgeordneten so sehr das alte Vietnam-Trauma aufbrach wie bei O'Neill.

Dieser Kurs der Besonnenheit, für einen feurigen Politiker irischer Herkunft ein Akt der Selbstverleugung, trug jedoch Früchte. Seine Partei scharte sich wieder hinter ihm, und der Bürger zollte ihm Respekt. Seine gegenwärtige Popularitätsrate liegt bei 63 Prozent. Sie macht ihn zum meistrespektierten Politiker Amerikas hinter Ronald Reagan.

An Popularität war ihm jedoch nie gelegen. Er glaubte nicht an Cocktailpartys und exklusive Dinner in den teuersten Washingtoner Wohnstuben als politisches Forum, und er lehnte es ab, sich am Sonntagmorgen zu politischen Talk-Shows vor die Fernsehkameras zu stellen. „Der Sonntag gehört der Kirche, dem Golfspiel und der Familie“, sagte er.

Außerdem liegt ihm über alle politische Intrigen hinweg das Schicksal einer Mannschaft am Herzen, die ihm bisher seine Freizeit mehr versüßt hat als jedes andere Vergnügen dieser Welt. Es ist das Baseballteam der „Boston Red Sox“. Und sollten diese „Rotsocken“, über die im Augenblick ganz Amerika spricht, an diesem Wochenende als Weltmeister feststehen, wird Thomas O'Neill als ein sehr glücklicher und zufriedener Mensch in den Halbschatten seines Privatlebens zurückkehren, das er sich in den kommenden Monaten finanziell damit versüßt, indem er für eine Million Dollar seine Memoiren schreiben läßt.

Die Morde der NS-Richter werden endgültig zu den Akten gelegt

Die Arbeit war gewaltig, das Ergebnis ist frustrierend. Über sieben Jahre lang studierten sie tausende von Urteilen. Gestern erklärten die drei Berliner Staatsanwälte, warum die Terror-Justiz des Volksgerichtshofes ungesühnt bleibt.

Von DIETER DOSE und HANS-R. KARUTZ

Berlin-Moabit, Turmstraße 91, ein wilhelminischer Kuppelbau, Schauplatz der Skandalprozesse gegen Dietrich Garski oder Wolfgang Antes – ein Justizpalast. In Zimmer 544, fast unter dem Dach, brannte in den vergangenen sieben Jahren abends fast immer Licht. Drei jüngere Staatsanwälte versuchten, das dunkelste Kapitel deutscher Rechtsgeschichte aufzuhehlen.

„Unsere Versuche, überlebende Richter oder Staatsanwälte des Volksgerichtshofes wegen ihrer Blutjustiz zu überführen und ein Ermittlungsverfahren bis zur Anklageerhebung zu führen, sind gescheitert“, sagte gestern Staatsanwalt Bernhard Jahnitz gegenüber der WELT. „Wir haben uns intensiv bemüht, aber es war alles vergeblich.“ Der 40-jährige Staatsanwalt hatte sich gemeinsam mit seinem Kollegen Bernd Schimmeler und Abteilungsleiter Matthias Priestoph durch Tausende von Akten gearbeitet.

„Von den 7010 Terrorurteilen, die dieses Gericht jemals fällte, konnten wir 2648 Verfahren fast vollständig rekonstruieren – mit sämtlichen Protokollen, Handakten, Terminvermerken, Gnadenakten und Vollstreckungsunterlagen“, berichtet Jahnitz. „Für immer ehrlös, wird der Angeklagte zum Tode verurteilt.“ Mit diesem Satz zogen die Schergen in der kardinalroten Robe des Volksgerichtshofes den Schlüsselstrich unter die Leben vieler deutscher Widerstandskämpfer.

Berlins Justizchef, Senator Professor Rupert Scholz (CDU), legte gestern eine 213 Seiten umfangreiche, minutiös und detailliert ausgefeilte Untersuchung über die seit 1979 laufenden Bemühungen der Berliner Staatsanwaltschaft vor, das Kapitel „Volksgerichtshof“ neu zu schreiben. In grauen Karton geschlagen, auf blütenweißem Papier in der Gefängnisdruckerei hergestellt.

Das Vorwort von Scholz läßt die Resignation erkennen, die sich nach dem erfolglosen Bemühen einstellt, dem Gerechtigkeitssinn der Bürger zu entsprechen: „Die Berliner Nachkriegsjustiz war aufgerufen, die Tätigkeit der Richter und Staatsanwälte am VGH nach den Grundsätzen des Rechtsstaates strafrechtlich zu untersuchen und zu würdigen. Trotz umfangreicher Bemühungen ist niemand rechtskräftig verurteilt worden. Dieses Ergebnis muß für jeden, der an eine materielle Gerechtigkeit glaubt, unbefriedigend sein.“

Co-Autor Volker Kähne, Oberstaatsanwalt und Sprecher von Scholz, notierte gemeinsam mit seinem Justizkollegen Jahnitz, was die Ermittler in siebenjähriger Tätigkeit ausgruben: gesammelt, geordnet und katalogisiert in 113 Ordnern, 59 Akten mit Personalunterlagen, 85 Heften mit Hintergrundmaterial und 150 Bänden voller Ermittlungsakten.

Die Fahnder kamen dabei folgenden Zahlen auf die Spur:

Beim Volksgerichtshof – das Gebäude befand sich unmittelbar an der heutigen Mauer im Bezirk Tiergarten am Potsdamer Platz – arbeiteten 577 Richter und Reichsanwälte, darunter 106 Berufsrichter, 292 Schöffen und 179 Staatsanwälte.

Sie vollzogen zwischen 1934 und 1945 an 16 342 Angeklagten die unerbittliche Rache des NS-Systems, schickten 5243 Opfer unter das Richtbeil im Hinrichtungsschuppen von Plötzensee, verhängten in 768 Fällen Freiheitsstrafen, kamen lediglich zu 1089 Freisprüchen. Die Willkür des Volksgerichtshofes belegen die Verfasser des Berichts an Beispielen. So wurde zum Beispiel der Postschaffner Georg J. zum Tode verurteilt, weil er auf der Straße gesagt hatte, Hitler werde bald nicht mehr leben. Der sächsische Fabrikant Fritz B. starb wegen der Äußerung, „der Führer muß gehen, wenn er die Lage nicht mehr meistern kann“.

Zitat aus dem Abschlußbericht der Staatsanwälte: „Das Schicksal von 87 Mitarbeitern des VGH – darunter 27 Personen, die am 1. Mai 1986 90 Jahre oder älter gewesen wären – konnte nicht geklärt werden.“ Die meisten von ihnen wohnten 1945 auf heutigem „DDR“-Gebiet.

Keine Anklage wegen Krankheit und Siechtum

Als die drei Staatsanwälte, durch eine Weisung des damaligen Berliner Justizsenators Gerhard Meyer (FDP), 1979 mit der Arbeit begannen, waren bereits 380 der 577 VGH-Mitarbeiter verstorben. „Als Beschuldigte konnten 110 Personen im Alter zwischen 70 und 87 Jahren ermittelt werden, von denen 17 als Richter, 25 als Schöffen und 68 als Staatsanwälte tätig gewesen waren.“ Von jenen 110, die die Fahnder aus der Turmstraße ins Visier nahmen, starben im Laufe der Ermittlungen wiederum 27 – zwischen 71 und 93 Jahre alt.

Bei 17 zunächst Beschuldigten stellte sich heraus, daß sie doch nicht im Justizpalast von Roland Freisler, des VGH-Präsidenten, verankert waren. Dann tendierte die Zahl derer, die verdächtig waren, Bluturteile gefällt zu haben, weiter gegen Null: 18

Personen war keine Urteilsbeteiligung nachzuweisen. Neun wirkten nachweislich nicht an Todesurteilen mit. Die anderen rettete Krankheit und Siechtum vor weiterer Aufklärung. „Dauernde Verhandlungsunfähigkeit“ bescheinigten ihnen neutrale Fach- und Gerichtsmediziner.

Im vergangenen Monat schlossen die Staatsanwälte deshalb über einen schwerkranken Staatsanwalt die Akten. Wieder stand, zum letzten Mal, der Vermerk „Verfahren eingestellt“ auf dem Aktenstück.

Nur im Falle von Paul Reimers, in Norddeutschland beheimatet, ergab sich vor zwei Jahren eine dramatische Entwicklung: „Ihm war unsere Anklageschrift im September 1984 zugestellt worden. Wir wiesen ihm nach, in 62 Fällen Menschen aus niedrigen Beweggründen zum Tode verurteilt zu haben.“ Reimers entzog sich wenige Wochen später der irdischen Gerechtigkeit – er hängte sich in seinem Haus auf, 82 Jahre alt.

Die VGH-Ermittlungen unter dem Kürzel 3 P (K) Js 6/79 waren nach vorangegangenen erheblichen Bemühungen des einstigen US-Chefanklägers Robert W. Kempner durch einen neuerlichen Vorstoß des amerikanischen Juristen 1979 wieder in Gang gesetzt worden. Kempner erfuhr von einem Film, den Goebbels unter dem Titel „Verräter vor dem Volksgerichtshof“ drehen ließ, aber niemals öffentlich aufführen ließ. Die NS-Machthaber fürchteten die verheerende psychologische Wirkung der teuflischen Gebärden Freislers und seiner Tobtschmausbrüche auf das Publikum im sauer und mehr zerbombten Reich.

Am 26. Juni 1979 stellte die Staatsanwaltschaft das eingeleitete Verfahren ein. Der Streifen bringe „keine neuen Erkenntnisse“. Dazu sagte Staatsanwalt Jahnitz zur WELT: „Man muß dazu auch wissen, daß es überhaupt keine Überlebenden der Verfahren über den 20. Juli mehr gab.“

Fünf Monate nach dem Einstellungsbeschuß erging dennoch die politische Weisung vom damaligen Justizsenator Meyer, endlich den Gesamtplan „Volksgerichtshof“ aufzugreifen.

Als die drei Staatsanwälte dann auf folgendes Schreiben mit der Unterschrift von Roland Freisler stießen – spätestens zu diesem Zeitpunkt war

die eigentliche Aufgabe des Volksgerichtshofes als Vernichtungsinstanz jeglicher Opposition deutlich: „Ihnen, mein Führer, bitte ich melden zu dürfen: Das Amt, das Sie mir verliehen haben, habe ich angetreten und mich inzwischen eingearbeitet... Der Volksgerichtshof wird sich stets bemühen, so zu urteilen, wie er glaubt, daß Sie, mein Führer, den Fall selbst beurteilen.“

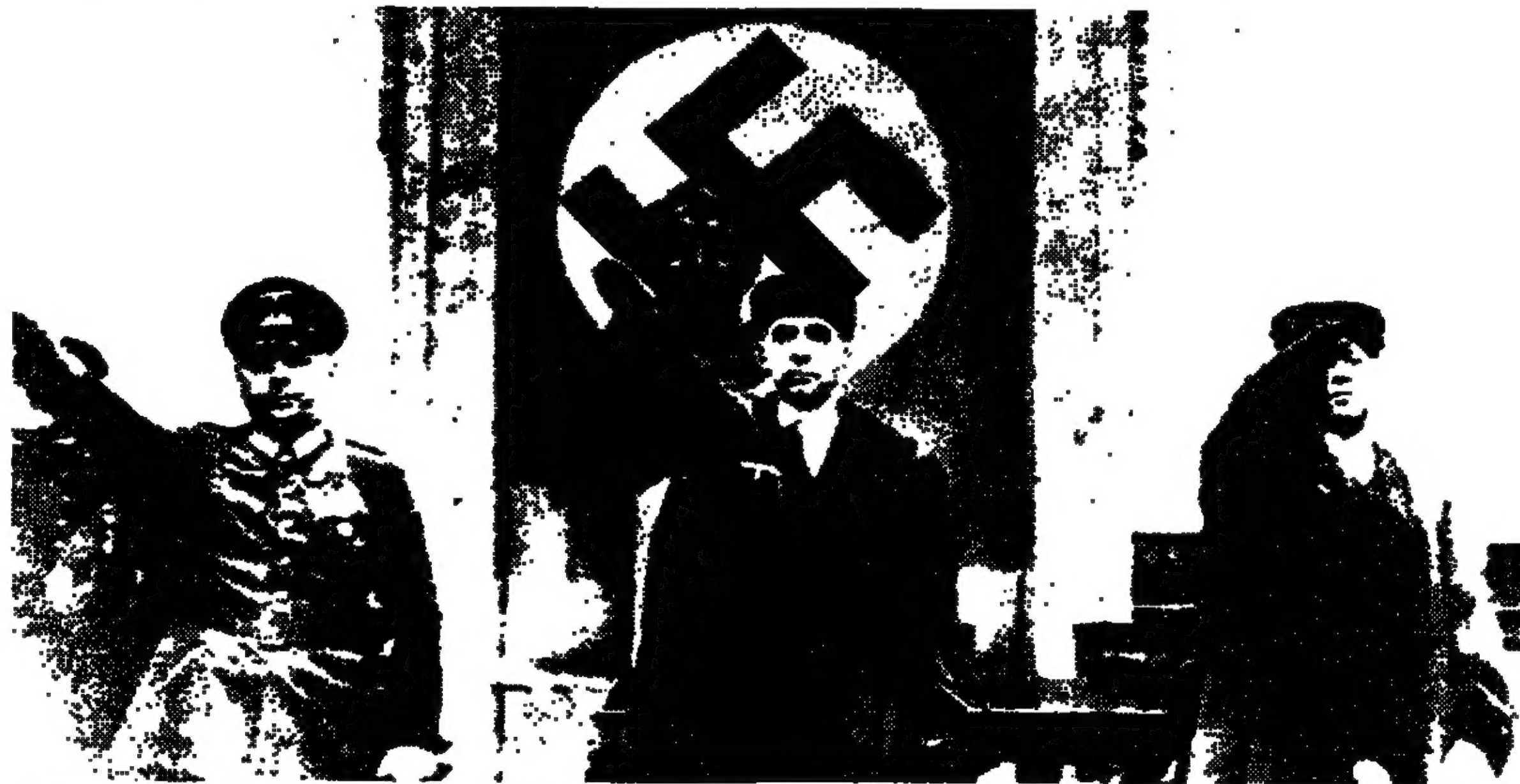
Spätestens seit Mitte 1942 sei der VGH somit nur noch als „Scheingericht“ zu betrachten, waren sich Berliner Staatsanwälte sicher. Ihre Erkenntnisse stehen in frontalem Gegensatz zu Sätzen wie diesen aus einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes vom 30. April 1968 in Sachen des Richters Hans-Joachim Rehe: Der VGH sei „nach damals geltendem Recht unabhängig, gleichberechtigt, nur dem Gesetz unterworfen und seinem Gewissen verantwortlich“. Bei Rehe sei nicht erkennbar, „daß er aus niedrigen Beweggründen für die Todesstrafe stimmte...“.

Rehe starb, bevor die letzte Instanz ihr Urteil sprach.

Suche in Washington, Prag und Ost-Berlin

„Auch Papier kann viel Leid erzählen, kann sehr bedrückend sein“, schildert Staatsanwalt Jahnitz seine Empfindungen bei diesem Sisyphos-Werk. Die Ermittlergruppe im fünften Stock des Kriminalgerichts Moabit stöberte Unterlagen im Preußischen Geheimen Staatsarchiv auf, richtete zehn (erfüllte) Rechtshilfeersuchen an den „DDR“-Generalstaatsanwalt, schrieb Archive in Washington und Prag an, zog Akten aus dem französischen Nationalarchiv bei, bekam Hilfe vom US-„Document Center“ in Berlin, dem Archiv nahezu aller NS-Personalakt. „Auch Familien von Opfern schrieben uns, sie hatten von unseren neuen Bemühungen gelesen.“

Bellevuestraße 15, damals Freislers Hauptquartier, liegt heute als Baugrube da. Nebenan gleitet bald die Magnetbahn entlang, in der Nachbarschaft entsteht ein „Glitzerding“ von Filmzentrum. Die Spuren des Terrors sind, äußerlich, getilgt. Aber Gerechtigkeit – sie ist nie geschehen.



5243 Mal ließ das Urteil des Volksgerichtshofes, dessen Vorsitzender Roland Freisler von Juli '44 bis März '45 war: Tod durch das Beil

FOTO: URSULA ROHNERT

„Der Studienplatz von Robert ist finanziell gut gepolstert. Meine Bank und ich haben dafür gesorgt. Beste Spar- und Finanzierungstips für die Ausbildung kann sie geben, weil sie zusammen mit führenden Finanzinstituten einen leistungsfähigen Verbund bildet. Auch ich habe einiges gelernt bei der Wahl meiner Bank.“



Der Verbund:
Volksbanken, Raiffeisenbanken
mit mehr als 19.000 Bankstellen
DG BANK
Deutsche Genossenschaftsbank
7 regionale Zentralbanken
Bausparkasse
Schweischl Hall
DG HYP
Deutsche Genossenschafts-
Hypothekenbank
HFA
Deutsche Immobilien Fonds AG
Münchener Hypothekenbank AG
R+V Versicherung
Union-Investment-Gesellschaft

Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Volksbanken Raiffeisenbanken

Jenninger: Hohe Dienstzeit bei Soldaten abbauen

DW, Bonn

Bundestagspräsident Philipp Jenninger (CDU) hat an die Bundesregierung appelliert, dafür zu sorgen, daß die Dienstzeitbelastung für alle Soldaten auf ein vertretbares Maß reduziert wird. Jenninger verlangte einen spürbaren Abbau der hohen Dienstzeitbelastung der Soldaten der Bundeswehr. Auf der Jubiläumsveranstaltung anlässlich des 30jährigen Bestehens des Bundeswehr-Verbandes

Interessante berufliche Positionen bietet Ihnen die BERUFS-WELT!

Wichtig ist, daß Sie über alle Berufs-Chancen für qualifizierte Bewerber rechtzeitig informiert sind. Nutzen Sie deshalb regelmäßig die BERUFS-WELT, den großen Stellenzeitung für Fach- und Führungskräfte mit wichtigen Informationen für mehr Erfolg im Beruf. Jeden Samstag in der WELT.

Auf Wunsch: 4 Wochen kostenlos. Telefon 0130-60 60 (zum Ortsnetz). Oder Postkarte an

DIE WELT
VERLAGS- und DRUCKEREI-GESELLSCHAFT
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

sagte Jenninger in Bad Honnef, auch der Wehrbeauftragte des Bundestages, Willi Weiskirch, habe in seinem Jahresbericht 1985 auf die nicht mehr zumutbare, die Grenzen des Erträglichen überschreitende Dienstzeitbelastung hingewiesen. Es erhebt sich nach Meinung von Jenninger jetzt die Frage, ob dem Kostenfaktor Zeit in der Bundeswehr nicht vielleicht doch zu wenig Bedeutung beigemessen werde. Die Bundeswehr sollte sich stärker als bisher auf allen Ebenen bemühen, mit der Zeit der Soldaten kostengünstiger, effektiver und damit für die Einzelnen befriedigender umzugehen.

Der FDP-Wehrexperte Uwe Ronneburger und der Vorsitzende des Bundeswehr-Verbandes, Oberstleutnant Rolf Wenzel, forderten ebenfalls eine Verringerung der hohen Dienstzeiten für die Bundeswehrsoldaten. Nur acht Prozent der Soldaten hätten eine 40- bis 45-Stunden-Woche, 20 Prozent eine 60- und drei Prozent eine über 85-Stunden-Woche bei unzureichenden Ausgleichsmaßnahmen. Das sei so nicht mehr hinnehmbar, meinte Wenzel.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Berliner CDU sieht auch Gefahren für Dieppen

Fraktion berät über Verbleib Buwitts im Amt

Die Berliner Union sieht offenbar die Gefahr, daß auch der Regierende Bürgermeister Eberhard Dieppgen durch die Häufung von CDU-Skandalen in der Stadt an Autorität verlieren könnte: CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky wies jetzt öffentlich darauf hin, daß Dieppgen eine „Symbolfigur“ sei, mit der die Union „bei allen Kontroversen“ sorgfältig umgehen müsse, um mit ihm auch bei den Berlinern „glaubwürdigen Repräsentanten“ die Politik der nächsten Jahre gestalten zu können.

Am Vorabend der Fraktionsentscheidung über den weiteren Verbleib des belasteten Vorsitzenden Dankward Buwitt im Amt (die Debatte dauerte bei Redaktionsschluss noch an) sprach Landowsky auf einem CDU-Kreisparteiabend von „mageren Jahren“, die die Union zur Zeit erlebe.

Um aus der gegenwärtigen Vertrauenskrise herauszukommen, müs-

Ronneburger: Neues Interesse an der deutschen Frage

hrk, Berlin

Gedanken und Vorstellungen über eine Wiedervereinigung Deutschlands nehmen nicht ab, sondern erkennbar zu. Diese Überzeugung äußerte der FDP-Deutschlandpolitiker Uwe Ronneburger bei einem Liberalen-Treff in Berlin.

Angesichts der erfolgreichen rechtsnationalen Propagierung der „Republikaner“ in Bayern sprach er von einer „ernsten Warnung“ an die Politiker, dieses Thema weder diesen Kreisen noch SPD oder den Grünen zu überlassen. Der FDP-Politiker stellte ein „starkes neues Interesse an der unbeantworteten deutschen Frage“ fest.

Eindringlich warnte er angesichts anhaltender Debatten über eine Anerkennung der DDR-„Staatsbürgerschaft im Ostberliner Sinne vor einem derartigen Schritt. „Das Völkerrecht kennt eine derartige Anerkennung überhaupt nicht.“ Überdies sei die Forderung von Erich Honecker nach „Respektierung“ der Staatsbürgerschaft längst Genüge getan. „Respektierung ist exakt der Zustand, den wir jetzt haben. Kein DDR-Bürger wird gezwungen, sich unter das Grundgesetz zu stellen.“

Die Bundesrepublik habe „alle Veranlassung“, an der einheitlichen Staatsangehörigkeit aller Deutschen nicht zu rütteln. Wer davon abginge, stelle die Situation West-Berlins „in unverantwortlicher Weise“ in Frage. „Denn Sie als West-Berliner könnten, falls es dazu käme, nicht die Staatsbürgerschaft der Bundesrepublik haben, sondern eine eigene.“ Damit wäre das Hauptziel Ost-Berlins erreicht: „Der Westen Berlins als freischwebender dritter Teil Deutschlands.“

se die Union „so schnell wie möglich“ wieder die Hände für die eigentliche Politik freibekommen. Berlin- und deutschlandpolitische Entscheidungen – wie die über die Annahme der Honecker-Einladung durch Dieppgen – seien jedoch nur zu fällen, „wenn die Verhältnisse im Hause selbst geregelt sind“.

Die Ereignisse der letzten Wochen machten die Union „unruhig“, räumte Landowsky ein. Es hätten sich „kleine Flecken und Probleme ergeben, die sich nun doch etwas dynamisiert haben“. Der CDU-Funktionär verteidigte – nachdem er noch am Wochenbeginn Kritik an CDU-Fraktionschef Buwitt als „abstrus“ bezeichnet hatte – die Vorhaltungen von Dieppgen gegenüber Buwitt.

Dem Fraktionschef sei kein rechtlicher Vorwurf zu machen, aber auch das „Bedürfnis des Gemeinwesens nach Transparenz und Überschaubarkeit“ sei bei der politischen Beurteilung des Falles zu bedenken.

Mischnick für neue Schnellbahn nach Berlin

hrk, Berlin

FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick will das Drei-Milliarden-Projekt einer elektrischen Schnellbahn zwischen Berlin und Hannover durch die „DDR“ in Angriff nehmen: „In der Finanzierungsfrage sollten wir nicht kleinlich sein“, sagte er am Montag auf einer Veranstaltung der FDP.

Im Gegensatz zu Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der dem kostspieligen, aber vom Senat forcierten Projekt offenbar skeptisch gegenübersteht, meinte Mischnick auf dem deutschlandpolitischen Abend: „Ein Städte-Dreieck Hamburg-Berlin-Hannover mit elektrifizierten Strecken wäre für uns von großer Bedeutung.“ Dabei sei es selbstverständlich, „daß kein Geld zum Fenster hinausgeworfen werden dürfte“.

Die Schnellbahn-Trasse wäre vor allem im Sinne der „DDR“, die dabei – über etwa zehn Jahre verteilt – mit rund zwei Milliarden D-Mark als Kostenanteil für den „DDR“-Streckenbereich rechnen könnte. Ost-Berlins Interesse ist vor allem deshalb verständlich, weil nach dem Ausbau der Süd-Transitautobahn (148 Millionen D-Mark Bundesanteil) vom Frühjahr 1988 an kein geldbringendes deutsch-deutsches Projekt mehr besteht.

Mischnick berichtete bei demselben FDP-Treff, Ost-Berlin zähle den ersten Milliardenkredit punkthaltig ab, so daß die „DDR“-Schuld bald getilgt sei. Er stellte die Mitwirkung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß bei der Vermittlung des Kredits in Abrede: „Zum Einfädeln waren zunächst Knopf und Faden nötig; beides war längst vor Strauß vorhanden.“

Das sagte der GdP-Vorsitzende in Hamburg

AP, Hamburg

Die umstrittenen Äußerungen des GdP-Chefs Günter Schröder auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall haben nach dem vorläufigen Sitzungsprotokoll folgenden Wortlaut: „Kollegen und Kollegen, verehrte Gäste! Ich bin seit über 30 Jahren Polizeibeamter. Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird.“

Ich glaube, daß diese Lehrer mir das Rechte gelehrt haben. Ich vertraue auf die Kraft, die die Arbeitnehmer der Bewegung und insbesondere diese IG Metall haben. Ich habe draußen mit den Kriminalbeamten gesprochen. Ich habe ihnen gesagt, daß an diesem Ort, der nach meiner Idee und Vorstellung genauso immunn ist wie das Parlament oder eine Universität, daß an diesem Ort kein Arbeitnehmer, weder ein ausländischer noch ein deutscher, festgenommen werden darf. Die Kriminalbeamten haben mir versprochen, dies zu beachten.“

Ich habe ihnen gesagt, Alfons Lappas hat so viel Kraft, und ich glaube, durch diesen Kongreß noch mehr, daß er frei aus dem Saal geht und draußen dann in Beratung mit den Juristen des Deutschen Gewerkschaftsbundes dies mit den Kriminalbeamten bespricht.“

Meine Botschaft an Euch: Es geht nicht um diesen Akt, es geht darum, daß diejenigen, die das inszeniert haben, den Tag der IG Metall genommen haben, um Macht zu zeigen!

Und es geht um das, den Spiegel umzudrehen, um ihn Herrn Hirsch und anderen zu zeigen. Kämpfen wir für die Zukunft.“

DAG widerspricht DGB und SPD

AP, Hannover

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft hat die Bundesregierung gegen Vorwürfe von SPD und DGB im Zusammenhang mit dem Fall Lappas in Schutz genommen. Der stellvertretende DAG-Vorsitzende Roland Isen sagte in einem Interview der in Hannover erscheinenden „Neuen Presse“, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die Regierung eingemischt habe oder gar „direkt tätig“ gewesen sei. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß habe den Antrag auf Beugehaft gestellt, das Gericht habe diesem Begehren entsprochen. Es bleibe Tatsache, daß die DGB-Gewerkschaften mit der Handhabung des Neue-Heimat-Verkaufs dazu beigetragen hätten, die Arbeitnehmerorganisationen einschließlich der unbeteiligten DAG „pauschal in Verruf“ zu bringen.

Die Angestellten-Gewerkschaft strebe ein „vernünftiges Verhältnis“ zur Bundesregierung an, betonte Isen, „egal, wer die Regierung stellt“. Für die DAG bleibe das Selbstverständnis als Einheitsgewerkschaft mit Mitgliedern unterschiedlicher parteipolitischer Herkunft oberstes Prinzip.

Streit um die Verhaftung des BGAG-Chefs Lappas spitzt sich zu

Kriminalbeamte zeigen Schröder an. SPD: Festnahme unverhältnismäßig

DW, Berlin/Bonn

Im Zusammenhang mit den umstrittenen Äußerungen des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, zur Verhaftung des BGAG-Chefs Lappas haben mehrere Berliner Kriminalbeamte Strafanzeige wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik und der Bundesregierung gestellt. Die Beamten sind der Ansicht, daß Schröder die Bundesrepublik verächtlich gemacht und in den Verdacht gerückt habe, nationalsozialistische Methoden angewendet zu haben.

Schröder hatte am Sonntagabend auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg erklärt, diejenigen, die dies inszeniert hätten, hätten sich den Tag der IG Metall genommen, um Macht zu zeigen. Er hatte noch hinzugefügt: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird.“

Der Deutsche Richterbund hat es als ungeheuerlich bezeichnet, daß Gewerkschafter die Beugehaft für Lappas mit der Rechtsprechung in der Nazi-Zeit verglichen. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte der stellvertretende Vorsitzende des Richterbundes, Rainer Voss, solche Äußerungen deuteten auf ein gestörtes Ver-

hältnis zum Recht hin. „Man kann ja fast den Eindruck gewinnen, Herr Lappas habe ein ähnliches Schicksal erlitten wie die Opfer des Naziterrors“, fügte Voss hinzu. Durch solche Vergleiche würden die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft „auf das äußerste beleidigt und verunglimpft“. Er sei erschüttert, daß Gewerkschafter und andere mit derartigen Parallelen die Justiz in der Bundesrepublik belasteten.

Von Seiten der Gewerkschaften und der Sozialdemokraten wurde vor allem die ihrer Ansicht nach fehlende Verhältnismäßigkeit der Mittel bei dem Vorgehen gegen Lappas beklagt. Das SPD-Präsidium nannte die von den Mitgliedern der CDU/CSU und FDP im Untersuchungsausschuß veranlaßte Beugehaft in einer gestern verbreiteten Erklärung unverhältnismäßig und ein „Beispiel für den Verlust an politischem Augenmaß“. Sie symbolisiere die in den vergangenen Jahren vollzogene Veränderung der politischen Atmosphäre in der Bundesrepublik Deutschland.

In die gleiche Richtung stößt eine gemeinsame Pressemitteilung des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Walter Momper, und des Berliner DGB-Chefs, Mi-

chael Pagels. Bei aller gebotenen Kritik an den Umständen des Verkaufs der Neuen Heimat sei es politisch „im höchsten Grade unverhältnismäßig“, wenn ein führender Gewerkschaftskongreß „herausgegriffen und in Beugehaft genommen wird“.

Der FDP-Abgeordnete Josef Grünbeck, Mitglied des Untersuchungsausschusses, dagegen meinte, mit der Art und Weise, wie die Verhaftung von Lappas auf dem Gewerkschaftskongreß „inszeniert“ worden sei, habe man den BGAG-Chef zum Märtyrer machen und Solidarisierung erzeugen wollen. Grünbeck kritisierte, „der oberste Chef der zuständigen Hamburger Polizeibehörde sei letztlich Bürgermeister von Dohnanyi“, der neben Lappas gesessen habe und von dem ein einziges Wort genügt hätte, daß die Verhaftung erst nach Ende der Veranstaltung vollzogen worden wäre.

Nach Ansicht des früheren Verfassungsrichters Martin Hirsch (SPD) haben die Vorgänge um Lappas gezeigt, daß die rechtlichen Befugnisse eines Bundestags-Untersuchungsausschusses „völlig unvollkommen geregelt“ sind.

Vogel spricht von „Provokation der Gewerkschaften“

p.p. Bonn

Der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel hat gestern nachmittag in seinem Lagebericht vor der SPD-Bundestagsfraktion den Vorwurf gegenüber CDU/CSU und FDP bekräftigt, mit der Beantragung der Beugehaft für Gewerkschafts-Mitglieder Lappas einen „eklatanten Verstoß gegen das Verfassungsverbot der Verhältnismäßigkeit und eine direkte Provokation der Gewerkschaften“ begangen zu haben. Für Vogel reichte sich das Hamburger Ereignis ein in Planungen der Regierungskoalition, den Neue Heimat-Ausschuß des Bundestages in ein Kampagneninstrument zur Bekämpfung und zur Demütigung der deutschen Gewerkschaften umzufunktionieren.

Aus den Wertungen des SPD-Fraktionschefs wurde allerdings deutlich, daß auch er Lappas absolute Aussageverweigerung nicht billigt und beispielsweise die Verhängung des „Erzwingungsgeldes“ durchaus für angebracht hält. Dessen „Rechtmäßigkeit“ hätten die Gerichte zu überprüfen. Ihm gehe es vor allem darum, sagte Vogel, daß „man nicht in jeder Situation Konflikte auf die Spitze treiben“ dürfe.

Eschenburg: Eine völlige Verkennung des Rechts

are, Bonn

Der Tübinger Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg geht davon aus, daß der Untersuchungsausschuß zur „Neuen Heimat“ mit dem Antrag auf Beugehaft für den



Theodor Eschenburg

früheren Chef der gewerkschaftsfeindlichen Holding BGAG, Alfons Lappas, seine Kompetenzen nicht überschritten hat. Da „der Konzern steuerrechtlich Gemeinnützigkeit in Anspruch genommen hat und der Staat damit auf öffentliche Einnahmen verzichtet, könne der Ausschuss auch Einsicht in die Akten eines Privatkonzerns verlangen“, sagte der Wissenschaftler in einem Gespräch mit der WELT.

Zu den Äußerungen des GdP-Chefs auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall in Hamburg („Ich habe 30 Jahre bei der Polizei. Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen wird.“) und zu den Meldungen, er habe auf die Beamten, die Lappas festnehmen wollten, eingewirkt“, sagte Eschenburg: „Die Schröder die Polizeibeamten, die Lappas festnehmen wollten, beschimpfte, hat er sich der Beamteneinweisung oder der Amtsanmaßung schuldig gemacht. Er ist Beamter auf Urlaub, er hat die Interessen der Polizisten zu vertreten und er hat kein Recht, unmittelbar in das Polizeihandeln einzugreifen. Der für Schröder zuständige Innenminister könnte ein Disziplinarverfahren einleiten. Das aber wird kaum eine Regierung in der heutigen Zeit wagen.“

Eschenburg zu dem Einwurf Schröders, „dieser Ort sei genauso immun wie das Parlament oder die Universität“, „Immunität heißt, ein Gericht darf jemanden nicht anfangen. Wenn also der Vorsitzende der GdP von Immunität auf dem Gewerkschaftskongreß spricht, so ist das eine völlige Verkennung des Rechts.“

HÄRENBERG KALENDERVERLAG

Hätten Sie's gewußt?

NEUE BEGRIFFE 87
WISSEN 87
ENGLISCH KALENDER 87

Aktuelles Wissen
Lesen Sie Tag für Tag, wie sich unsere Welt verändert. Lernen Sie die neuen Begriffe kennen, und erweitern Sie Ihre Wortschatz.

Tagesspruch
Für jeden Tag des Jahres ein Spruch, der Sie inspiriert, motiviert, und Ihnen die besten Gedanken zum Leben und Werk dieser Person.

Englischkurs
Der 365-Tage-Sprachkurs für alle, die ihr Englisch verbessern und erweitern wollen. Damit Sie auf dem Laufenden bleiben!

SCHLANK & FIT 87
RÄTSEL KALENDER 87
QUIZ KALENDER 87

Gesundheit
Jeden Tag Anregungen für Ihr persönliches Fitness-Programm. Dazu auf der Rückseite das tägliche Diät-Rezept.

Rätselspaß
Lösen Sie sich täglich neu herausfordernd mit überraschenden Rätseln – für alle 365 Tage des Jahres.

Quiz-Master
Der Quiz-Master sind Sie. Für jeden Tag drei spannende Fragen. Prüfen und erweitern Sie Ihr Wissen in der ganzen Familie.

NEU
In Buchhandlungen, Schreibwarengeschäften und Kaufhäusern für je nur **DM 9,95**

6 kluge Kalender für alle 365 Tage – für Sie selbst und zum Verschenken!

ERDBEBENHILFE FÜR EL SALVADOR

El Salvador wurde von einer schweren Erdbebekatastrophe betroffen. Das Erdbeben hatte am 10. Oktober 1986, um 11.55 Uhr Ortszeit schwere Verwüstungen im Süden der Hauptstadt San Salvador angerichtet. Das Beben hatte eine Stärke von 6,8 Punkten auf der Richter-Skala. Über ein tausend Menschenleben sind bis jetzt zu beklagen, und etwa sechstausend Menschen sollen verletzt worden sein. Nach den letzten Meldungen sollen weitere Erdstöße die Verwüstungen fortgesetzt haben. Eine endgültige Feststellung über Zahl der Opfer und Ausmaß der Schäden ist bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich.

Der Präsident El Salvadors, José Napoleón Duarte, hat den Ausnahmezustand angeordnet.

In Abstimmung mit dem im Bonn akkreditierten Botschafter El Salvadors, S.E. Dr. Juan Ricardo Ramirez R., und den Konsulaten ruft die Deutsche Ibero-Amerika Stiftung die Bevölkerung zur Linderung der Not zu Spenden auf. Für diesen Zweck bestimmte Beträge können unter dem Stichwort

„Erdbebenhilfe El Salvador“
auf folgende Konten der Deutschen Ibero-Amerika Stiftung eingezahlt werden:

Deutsche Bank AG, Hamburg
Kto. 0 136 515 (BLZ 200 700 00)

Deutsch-Südamerikanische Bank AG, Hamburg
Kto. 20 166 200 (BLZ 200 801 00)

Commerzbank AG, Hamburg
Kto. 5 454 111 (BLZ 200 400 00)

Postsparkasse Hamburg
Kto. 6 444-205 (BLZ 200 100 20)

Auch in diesem Katastrophenfall werden wir dafür sorgen, daß eingehende Beträge so rasch und wirkungsvoll wie möglich in El Salvador eingesetzt werden.

Die Deutsche Ibero-Amerika Stiftung ist befugt, Bescheinigungen über die steuerliche Abzugsfähigkeit der Spenden auszustellen.

DEUTSCHE IBERO-AMERIKA STIFTUNG

Esprit

Aus Politik und Gesellschaft mit Deutschlands erstem Gourmet-Journal.
Ein Magazin für Lebenskünstler das Spaß macht.

Erhältlich an führenden Kiosken und Buchhandlungen

Generationswechsel der Spree-Society ging durch den Magen: Berlin ist eine Speise wert

Jürgen Wohlrabe, mit 50 ohne Tempolimit: Adenauers CDU verbeamtete

Deutschlands größter Exportauftrag, 8 Atomkraftwerke für Brasilien: Das vergessene Milliardending

Bedenkenloses Moralpredigen als Fortsetzung der Politik

COUPON
Bitte senden Sie mir die zwei neuesten Ausgaben von Esprit. Als Schutzgebühr füge ich DM 6,- in Briefmarken bei.

Name _____
Anschrift _____

HEINZ MÖLLER VERLAG
Provinzialstraße 89-95, 5300 Bonn 1
Dieses Angebot gilt nur für die Bundesrepublik und West-Berlin

Ein gerechtes Urteil kann Hasenfus kaum erwarten

Nicaraguas politische Schnelljustiz / Abschreckende Wirkung

WERNER THOMAS, Lima
Es soll ein Schauprozess werden, um aller Welt den angeblichen Beweis zu liefern, daß die Reagan-Regierung einen heimlichen Krieg gegen ein kleines Land führt. Dem Angeklagten Eugene Hasenfus, dessen Transportflugzeug über Nicaragua abgeschossen wurde, droht die Höchststrafe: 30 Jahre. Das Verfahren in Managua kann jedoch auch weitreichende Diskussionen über das betreffende Gericht auslösen. Der 45jährige US-Bürger steht nämlich vor dem „Anti-Somozistischen Volkstribunal“, einer der meist kritisierten Institutionen des sandinistischen Nicaragua.



Gibt sich als CIA-Mann aus: Hasenfus

Die Entscheidung, die „Tribunales Populares Antisomozistas“ (TPA) mit dem Fall Hasenfus zu betrauen, ist nicht ohne Diskussionen innerhalb höchster Regierungskreise in Managua gefallen. Skeptiker argumentierten, der Propagandawert dieses Prozesses werde geschmälert. Als das Justizministerium in der vergangenen Woche verkündete, der prominente Häftling müsse sich vor dem nicaraguanischen Volksgerichtshof verantworten, reagierte die Reagan-Regierung prompt entrüstet.

Die Studie kritisierte besonders, daß die Angeklagten Monate, manchmal sogar länger als ein Jahr ohne einen Kontakt zu ihren Familien auf ihren Prozess warten. Bei vielen Verfahren würde sich das Gericht lediglich auf die Vernehmung protokollieren. Die Vernehmungen erfolgten ohne die Anwesenheit eines Verteidigungsanwaltes. Während der Verhandlungen dürfen die Verteidiger keine Zeugen vernehmen.

In Nicaragua gibt es keine Todesstrafe. Die Höchststrafe ist 30 Jahre Freiheitsentzug. Die meisten Angeklagten erhalten zwischen 10 und 20 Jahre Gefängnis. Viele werden beschuldigt, Sympathisanten oder Helfer der anti-sandinistischen Contra-Rebellen zu sein. Als Konterrevolutionäre machen sich jedoch auch jene verdächtig, die eine „ideologische Abweichung“ erkennen lassen. Auch dieses Delikt wird bestraft.

Die Bevölkerung Managuas wird ständig an die Existenz der „Anti-Somozistischen Volkstribunale“ erinnert, auch wenn die Parteizeitung „Barricada“ nicht über die letzten Urteile gegen die Feinde der Revolution berichtet. Durch die Straßen rollen täglich die fensterlosen Häftlingswagen, auf denen Soldaten mit Kalaschnikows sitzen. Es handelt sich um IFA-Fahrzeuge aus dem kommunistischen Teil Deutschlands. Die TPA's sollen eine abschreckende Wirkung haben, meint Marta Baltodano. Sie haben ihre abschreckende Wirkung auch auf sie nicht verfehlt. Die junge Frau lebt heute in Costa Rica.

Wahlen in Haiti schwächen die neue Regierung

tho, Lima

In Haiti ist die Situation nach den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung noch konfus als zuvor. Die Mehrheit der Bevölkerung war dem Boykott-Aufruf der meisten Parteien gefolgt. Die Regierung des Generals Henry Namphy wurde weiter geschwächt, und viele Kommentatoren fragten, ob der Staatschef noch bis Februar 1988 durchhalten kann. Erst dann soll die demokratische Ära beginnen.

Da die Wahlbeteiligung nur fünf Prozent betrug, besteht die Möglichkeit, daß die verfassunggebende Versammlung nie zusammentritt. In manchen Städten mit 90 000 Einwohnern wählten nicht einmal 30 Personen. In der Hauptstadt Port-au-Prince, die mehr als eine Million Einwohner hat, gingen nur 3000 Menschen zu den Urnen. Die Politiker werteten die massive Abstinenz als Abstimmung gegen die Regierung.

Sie hatten die Wahl bereits zuvor zur Fälschung erklärt und General Namphy beschuldigt, er führe Haiti zurück in die Vergangenheit. Die 90 Kandidaten seien „Duvalieristen“. Anhänger des im Februar gestürzten Diktators Jean-Claude Duvalier. Die Regierung ließ 41 Abgeordnete der Versammlung wählen und die restlichen zwanzig Mitglieder nominieren. Namphy erwartet von dem Gremium bereits bis Februar 1987 eine neue Verfassung, die als Grundlage der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im November 1987 dienen soll. Die bisherige Verfassung war auf die Wünsche Duvaliers zugeschnitten, der sich eine Präsidentschaft auf Lebenszeit garantieren ließ. Angeklagt haben 99,8 Prozent der Bevölkerung dem Referendum im August vergangenen Jahres ihre Zustimmung gegeben.

Im waren blutige Demonstrationen gefolgt, denen „Baby Doc“ Duvalier schließlich weichen mußte. Er lebt heute mit seiner Frau Michelle und vier Kindern an der französischen Riviera.

Henry Namphy (54), der ehemalige Generalstaatschef der haitianischen Armee, hatte nach dem Sturz Duvaliers nur widerwillig die Präsidentschaft übernommen. Er erweckte von Anfang an den Eindruck eines zögernden Mannes, der lediglich auf Krisen reagiert. Die Opposition erhob immer wieder den Vorwurf, Namphy schütze „Duvalieristen“. Im Mittelpunkt der Kritik steht Oberst William Regala, der mächtige Innen- und Verteidigungsminister. Namphy weigerte sich bisher jedoch, Regala zu entlassen.

Maputo steht vor Machtkampf

Fünf Kandidaten für die Nachfolge Machels / Renamo-Rebellen wollen Chance nutzen

M. GERMANI, Johannesburg
Der Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel bei einem Flugzeugabsturz wird nach Ansicht von Diplomaten nicht nur für sein Land, sondern auch für das ganze südliche Afrika weitreichende Folgen haben. Machel war jene Kraft, die angesichts der wachsenden Bedrohung des Systems durch die Widerstandsbewegung Renamo und katastrophaler Wirtschaftsverhältnisse den Zerfall des Landes noch hätte aufhalten können.

Der Bauernsohn aus der südlichen Provinz Gaza verließ nach nur sechs Jahren die Schule, wurde Krankenschwäger und trat 1963 der von Edoardo Mondlane gegründeten Freilimo bei, die gegen die portugiesische Kolonialmacht kämpfte. Mondlane, der den Ausgleich mit Lissabon befristete, wurde 1969 bei einem Bombenattentat getötet. Bis heute ist unklar, ob die Bombe auf Anweisung Machel oder im Auftrag der portugiesischen Geheimpolizei Pide gelegt wurde.

Wirtschaft sozialisiert

Nur ein Jahr später war Machel unumschränkter Führer der Freilimo. Mit dem Coup in Portugal brach das Kolonialreich zusammen. 1975 wurde Moçambique unter Machels Führung unabhängig. Die verschnittenen Stämme des Landes und sozialisierte die Wirtschaft nach östlichem Muster, was zusammen mit dem Massenexodus der Weißen den Zusammenbruch zur Folge hatte.

Helfer aus Ostblockstaaten, darunter der „DDR“, die den Geheimdienst Snasp aufgebaut hat und kontrolliert,

konnten diese Entwicklung nicht aufhalten. Ein Teil seiner ehemaligen Gefolgschaft wandte sich enttäuscht von Machel ab und gründete die „Resistência Nacional de Moçambique“ (Renamo), die begann, gegen die Regierung in Maputo zu operieren.

Die USA, die hofften, Machel werde sich aus der Umklammerung der Sowjets lösen, mit denen er 1976 einen Freundschafts- und Unterstützungsvertrag geschlossen hatte, waren zusammen mit britischen und südafrikanischen Wirtschaftsinteressen die Hauptinitiatoren des im März 1984 geschlossenen Nkomati-Abkommens zwischen Moçambique und Südafrika. Beide Länder verpflichteten sich, weder der südafrikanischen Untergrundbewegung ANC noch der Renamo Unterstützung und Waffenhilfe zu gewähren, beschuldigten sich jedoch seither mehrmals, dieses Abkommen gebrochen zu haben. Als ANC-Mitglieder, darunter der Chefstrategie des militanten Flügels, Umkhonto we Sizwe, in den vergangenen Monaten nach Maputo zurückkehrten, war es offensichtlich, daß die Existenz des Vertrages an einem seidenen Faden hing.

Gleichzeitig konnte die Renamo, deren Zusammenbruch nach dem Nkomati-Abkommen allgemein erwartet worden war, ihre Guerilla-Tätigkeit von ursprünglich drei auf alle zehn Provinzen Moçambiques ausweiten und auch die großen Städte Maputo und Beira praktisch einkreisen.

Die Renamo stellt außerdem eine ernste Bedrohung für die Transportwege der sogenannten Frontstaaten dar, besonders für Zimbabwe, das ein reges Interesse an der Kontrolle des

Beira-Korridors zeigt, den es mit 12 000 Soldaten für sich offenzumachen versuchte. Machel kehrte von einem Treffen mit Zimbabwes Regierungschef Mugabe, Zaires Präsident Mobutu und dem sambischen Präsidenten Kaunda in Lusaka zurück, als das Unglück geschah.

Gegen Teilung des Landes

In dem zu erwartenden Kampf um die Nachfolge Machels werden folgende Namen genannt: Joaquim Chissano, Außenminister und überzeugter Marxist, der strikt gegen jeden Ausgleich mit Südafrika ist; Marcelino dos Santos, Mitglied des Politbüros und Generalsekretär der Freilimo-Partei, der aus Alters- und Gesundheitsgründen jedoch kaum Chancen haben dürfte; Alberto Chipande, der Verteidigungsminister, der bei eventuellen Verhandlungen für die Renamo als einziger akzeptabel sein könnte. Auch der erst kürzlich ernannte Premierminister Mario Murchango, ein Wirtschaftsachmann, und Armando Gueduza, Minister im Büro des bisherigen Präsidenten, sind im Gespräch. Beobachter erwarten, daß der Kampf der Renamo ein Machtkampf der Lage im Lande noch verschlechtern dürfte.

In der Zwischenzeit ist zu erwarten, daß die Renamo die Gunst der Stunde nutzt und ihre Position weiter ausbaut. Sie wird sich jedenfalls erbittert gegen jede Teilung des Landes wehren. Südafrika befürwortet eine „Regierung der nationalen Versöhnung“ zwischen beiden Parteien, ein Konzept, das von der Renamo bislang ebenfalls abgelehnt wurde.

In Tschernobyl fehlen Wohnungen

rt, Moskau

Die Entseuchung im Gebiet um das Atomkraftwerk Tschernobyl in der Ukraine geht wegen fehlender Wohnungen für die Spezialisten offenbar nur schleppend voran. Die sowjetische Gewerkschaftszeitung „Trud“ kritisierte den äußerst langwierigen Bau der provisorischen Siedlung Zelyonyj Myr. Aufgrund von Schwierigkeiten bei der Wasserversorgung könnten 400 Wohnungen nicht bezogen werden. Ein anderes Problem sei der Mangel an Medikamenten für Radioaktivität in der Umgebung. Auf lange Sicht soll jedoch nach dem Bericht von „Trud“ in der Region Tschernobyl eine „Stadt der Zukunft“ für das Personal entstehen.

Trotz Amnestie viele politische Häftlinge

JGG, Köln

In Polen sind trotz der verfürgten Amnestie noch etwa 1000 Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung in Haft. Darauf weist das „Buletyn Informacyjny“ der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ hin. Eine von dem Blatt veröffentlichte Liste der politischen Gefangenen nennt Milizbeamte, Bergarbeiter sowie einen Redakteur der polnischen Presseagentur, der mit der Emigrationspresse zusammengearbeitet hatte und dafür zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde. Aufgeführt sind außerdem Mitglieder der Friedensbewegung und 800 Angehörige der „Zeugen Jehovas“. Wie es weiter heißt, finden die durch die Amnestie freigesetzten Polen keine Arbeit.

Elie Wiesel reist in die Sowjetunion

dpa, Moskau

Der diesjährige Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel wird nach Angaben der amerikanischen Botschaft in Moskau heute in die Sowjetunion reisen. Anlaß seines Besuchs sei die Vorbereitung einer Konferenz von Veteranen des Zweiten Weltkrieges, die im Februar nächsten Jahres in Washington stattfinden soll. Zu möglichen Treffen mit sowjetischen Politikern machte die Botschaft keine Angaben. Wiesel hatte in Boston erklärt, er wolle sich auch für die Freilassung des Regimekritikers Sacharow und für verstärkte Ausreisemöglichkeiten für jüdische Sowjetbürger einsetzen. Er hoffe, seinen Status als Nobelpreisträger in den Dienst der Menschenrechte stellen zu können.

Ungarn vor dreißig Jahren (letzter Teil): Der große Ent-Stalinisierer Chruschtschow handelte getreu nach Stalins Macht-Maxime

Von C. G. STRÖHM

Ein Tag vor dem massiven sowjetischen Panzerangriff auf Budapest am 4. November 1956 hielt sich der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow zu unerwarteten und damals geheimgehaltenen Gesprächen bei Tito auf. Das Thema war Ungarn – und es gab Diskussionen um zwei Schlüsselfiguren der damaligen Ereignisse. Der sowjetische und der jugoslawische Parteichef sprachen über Imre Nagy und Janos Kadar. Der erstere war zu dieser Zeit noch Ministerpräsident der legitimen ungarischen Regierung – der letztere befand sich, was Tito noch nicht wissen konnte – bereits bei den Sowjets, um wenige Stunden später im Gefolge der Sowjetarmee die Regierungsgewalt im okkupierten Budapest zu übernehmen.

Chruschtschow war, wie ein Augenzeuger der Gespräche, der damalige jugoslawische Botschafter Veljko Micunovic, in seinen Tagebüchern berichtet, sehr emotional. In Ungarn, so behauptete er, würden Kommunisten abgeschlachtet und aufgehängt. Mit einem Male zeigte sich, daß der große Ent-Stalinisierer Chruschtschow absolut stalinistisch und sowjet-imperialistisch argumentierte. Es handelte sich bei den ungarischen Ereignissen um eine „Restaurierung des Kapitalismus“. Wörtlich erklärte der sowjetische Parteichef: „Wir können das niemals dulden, weder als Kommunisten-Internationali-

Zwischen allen Stühlen saß Janos Kadar

sten, noch als sowjetischer Staat. Die Kapitalisten würden damit an die Grenze der UdSSR gelangen.“ Dann brüstete sich Chruschtschow damit, es seien „genügend“ sowjetische Truppen in Ungarn konzentriert worden, um „in ein, zwei Tagen“ diese Entwicklung in Ungarn zu verhindern und jeden Widerstand zu ersticken. Dazu vermerkte der jugoslawische Diplomat in seinem Tagebuch: „Man sieht, daß die Russen frontal und sehr scharf intervenieren werden, denn sie sind völlig isoliert vom ungarischen Volk. In Wirklichkeit ist das Volk gegen die Russen.“

Beim sowjetischen Entschluß, die ungarische Erhebung erbarmungslos niederzuschlagen, spielte sicher auch das gleichzeitig von Briten, Franzosen und Israelis begonnene Suez-Unternehmen gegen Ägypten eine Rolle. Chruschtschow sagte den Jugoslawen, es werde im Westen angesichts der britisch-französischen Landung um Suezkanal wegen etwaiger sowjetischer Aktionen in Ungarn „weniger Lärm“ geben – womit er völlig recht behalten sollte. Nachdem Chruschtschow gegenüber den Jugoslawen – in deren Budapest-Botschaft sich Imre Nagy wenige Stunden später flüchten sollte – keinen Zweifel daran ließ, daß er den ungarischen Regierungschef für einen Verräter halte, machte er Tito

eine freudige Mitteilung: Zwei prominenten ungarischen Kommunisten, Janos Kadar und Ferenc Müncsi, sei die „Flucht“ aus Budapest gelungen. Beide befanden sich auf dem Flug nach Moskau.

Zugleich aber vermerkte die Jugoslawen, daß Chruschtschow und die anderen hochrangigen Sowjets „in der Begleitung des Parteichefs befand sich damals das Politbüro-Mitglied Malenkow – Kadar mit einem gewissen Mißtrauen gegenüberstand.“ Man sieht, daß dies nicht ihre Wahl ist, schrieb Micunovic. Besonders aufschlußreich waren zwei Bemerkungen Chruschtschows über jene beiden Länder und Völker im sowjetischen Machtbereich, die als die größten Sorgenkinder des sowjetischen Imperiums galten: über Polen und Ungarn.

Von den Polen sagte der sowjetische Parteichef, sie wollten den Sowjets die Stadt Lemberg (Lwow) und damit die Westukraine wieder entreißen. Und weiter: „Ungarn hat zwei-

mal in einer Koalition des Westens gegen Rußland Krieg geführt.“

Niemand konnte ahnen, daß Kadar, der am Morgen der sowjetischen Attacke auf Budapest und noch während schwere Straßenkämpfe tobten, als Ministerpräsident einer „revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ an die Öffentlichkeit trat, der einst zu einer der respektiertesten politischen Persönlichkeiten der kommunistischen Welt werden konnte. Als Kadar unter dem Schutz sowjetischer Panzer sein Amt in Budapest antrat, war er in seinem eigenen Volk verhaßt, während ihn die Weltöffentlichkeit als Kollaborateur der Sowjets betrachtete. Die Legitimität seiner Regierung wurde angezweifelt – und es sollte Jahre dauern, bevor der Westen sich dazu bereit fand, mit Ungarn mehr als die allergeringsten formalen Beziehungen zu pflegen.

Zunächst wurde nach Niederschlagung des Aufstandes – was erheblich länger als die von Chruschtschow prognostizierten zwei Tage dauerte – ein Regime der harten Hand praktiziert. Es gab – nach offiziellen kommunistischen Angaben – 70 Hinrichtungen und 28 000 Verurteilungen wegen „Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung“ – und das allein in der Zeit vom 4. November 1956 bis Ende Juli 1957.

Erst zu Beginn der sechziger Jahre begann sich die Situation in Ungarn zu entspannen. Damals verkündete Kadar eine neue These der „wiederaufgebauten“ kommunistischen Partei: „Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.“ Damit machte die kommunistische Macht eine wesentliche Konzession – sie verzichtete auf die totale Zustimmung des Volkes, der Gesellschaft, der Intellektuellen. Nicht mehr Jubel wurde verlangt, sondern – wenn es nicht anders zu haben war – schweigende Loyalität. Unter Kadar entstand so etwas wie ein selbstsamer, ungeschriebener „Gesellschaftsvertrag“ im Dreieck zwischen der ungarischen Nation, den ungarischen Kommunisten und der Sowjetunion.

Alle drei Partner – so ungleich ihre Positionen auch sein mochten – wußten, was sie voneinander zu halten hatten. Die Sowjets werden nie vergessen, daß Ungarn das einzige Volk Europas ist, das nach Ende des zweiten Weltkriegs einen Krieg gegen die

sowjetische Armee führte. Daraus resultiert der Respekt, den die Sowjets den Ungarn bis heute zollen – und die relative Beibehaltung, mit der Moskau gegenüber Budapest verfährt. Die ungarischen Kommunisten haben gelernt, daß es sehr ungünstig und gefährlich sein kann, wenn man ohne Rückhalt und ohne Anerkennung durch die eigene Nation regiert. Der „Kadarismus“ ist also der Versuch, in einem kommunistischen Regime, an dessen ideologischen Prinzipien kein Zweifel bestehen kann, einen modus vivendi zwischen Regierenden und Regierten herzustellen.

Die ungarische Nation wiederum hat gleichfalls ihre Lehren gezogen. Sie hat auf bittere Weise erkennen müssen, daß sie im Konfliktfall mit der kommunistischen und sowjetischen Macht auf Hilfe – etwa aus dem Westen – nicht rechnen kann. Mit dem Sinn für Pragmatismus und „Ausgleich“, der den Magyarern seit den Zeiten der Türken und Habsburger eigen ist, haben sie sich arrangiert. Dennoch: Der Aufstand von 1956 hat diese Nation traumatisiert. Und die Tatsache, daß über die Ursachen, den Verlauf und die Wirkungen einer der größten europäischen Volkserhebungen bis heute in Ungarn nicht offen und unbefangen gesprochen werden kann, zeigt, wie sehr der Schatten des „großen Bruders“ – und das nicht nur in Gestalt von 60 000 Mann sowjetischer Soldaten – über diesem Land lastet.

Ministerpräsident Bettino Craxi dem Parlament zugeleitet wurde. Daraus geht hervor, daß die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten von Ende 1984 bis Ende 1985 um 1,6 Prozent zugenommen hat.

Von den insgesamt 23,2 Millionen Italienern, die die arbeitende Bevölkerung des Landes stellen, beziehen fast 3,5 Millionen ihre Löhne oder Gehälter vom Staat oder von anderen öffentlichen Verwaltungen. Jeder siebente arbeitende Italiener wird also von der öffentlichen Hand bezahlt. Von diesen 3,5 Millionen öffentlichen Bediensteten erschienen freilich 1985 pro Arbeitstag durchschnittlich nur 91,94 Prozent an ihrem Arbeitsplatz. 8,16 Prozent fehlten krank oder waren aus anderen Gründen abwesend.

Da 64,4 Prozent der Abwesenden krankgeschrieben waren, liegt die Annahme nahe, daß die Arbeit in Italiens öffentlichen Ämtern sehr anstrengend ist. Wer direkt mit solchen Ämtern zu tun hat, gewinnt jedoch oft einen ganz anderen Eindruck. Das Arbeitstempo der Schalterbeamten zum Beispiel wirkt sehr gemächlich. Und nicht selten kommt es vor, daß der Kunde eine halbe Stunde auf die Unterschrift eines „Direktors“ warten muß, weil dieser gerade nicht an seinem Arbeitsplatz sitzt, was oft heißt, daß er eine Kaffeepause eingelegt hat oder im Zimmer nebenan mit einem Kollegen in eine Diskussion verflochten ist.

Hinzu kommt, daß die Effizienz der öffentlichen Verwaltung durch eine unvorstellbare Fülle von Gesetzen, Verordnungen und umständlichen Prozeduren behindert wird, von denen nicht wenige noch auf die faschistische und vorfaschistische Zeit zurückgehen. Eine seit 30 Jahren diskutierte große Verwaltungsreform ist bisher über das Stadium des guten Vorsatzes nicht hinausgekommen.

Selbst der Minister blickt nicht durch

F. M. Rom

Italiens neuer Gesundheitsminister Carlo Donat Cattin, ein Mann mit 20jähriger Kabinettspraxis, wurde kürzlich gefragt, was ihn bei der Übernahme seines neuen Amtes am meisten betroffen gemacht habe. Seine Antwort: „Die zunehmenden Verfallserscheinungen im Verwaltungsapparat, der heute einer zaristischen Bürokratie gleicht – mit einer Fülle von Gesetzen und Gesetzen, mit Komitees und Unterkomitees. Den ersten Monat war ich nur mit Lesen beschäftigt, und ich blinke noch immer nicht ganz durch.“

Wie diese Bürokratisierung den ganzen nationalen Gesundheitsdienst aufgebaut habe, zeige sich unter anderem am Zahlenverhältnis zwischen Patient und Sanitätspersonal. In Italien betrage es heute 1:1,6, im europäischen Durchschnitt 1:1,1. Der Gesundheitsdienst könne aber nicht als Instrument der Beschäftigungspolitik mißbraucht werden.

Daß Donat Cattins Ministerium keineswegs das schwarze Schaf unter lauter weißen Lämmern, sondern exemplarisch für die gesamte staatliche Verwaltung Italiens ist, läßt ein „Bericht über den Stand der öffentlichen Verwaltung“ vermuten, der von

Anzeige

Recht der Datenverarbeitung

RDV-Forum '86

am 29. 10. '86 Köln

- parallel zur 10. DAFTA -

DV-Mitbestimmung und Arbeitnehmerdatenschutz

- aktuelle BAG-Rechtsprechung
- betriebliche Auswirkungen
- Einigungsstellen
- betriebliche DV-Kontrolle

Teilnahmegebühr: DM 650,-

Aachener Str. 1052
50009 Köln 42
Tel. 0221/483298

Ministerpräsident Bettino Craxi dem Parlament zugeleitet wurde. Daraus geht hervor, daß die Zahl der im öffentlichen Dienst Beschäftigten von Ende 1984 bis Ende 1985 um 1,6 Prozent zugenommen hat.

Von den insgesamt 23,2 Millionen Italienern, die die arbeitende Bevölkerung des Landes stellen, beziehen fast 3,5 Millionen ihre Löhne oder Gehälter vom Staat oder von anderen öffentlichen Verwaltungen. Jeder siebente arbeitende Italiener wird also von der öffentlichen Hand bezahlt. Von diesen 3,5 Millionen öffentlichen Bediensteten erschienen freilich 1985 pro Arbeitstag durchschnittlich nur 91,94 Prozent an ihrem Arbeitsplatz. 8,16 Prozent fehlten krank oder waren aus anderen Gründen abwesend.

Da 64,4 Prozent der Abwesenden krankgeschrieben waren, liegt die Annahme nahe, daß die Arbeit in Italiens öffentlichen Ämtern sehr anstrengend ist. Wer direkt mit solchen Ämtern zu tun hat, gewinnt jedoch oft einen ganz anderen Eindruck. Das Arbeitstempo der Schalterbeamten zum Beispiel wirkt sehr gemächlich. Und nicht selten kommt es vor, daß der Kunde eine halbe Stunde auf die Unterschrift eines „Direktors“ warten muß, weil dieser gerade nicht an seinem Arbeitsplatz sitzt, was oft heißt, daß er eine Kaffeepause eingelegt hat oder im Zimmer nebenan mit einem Kollegen in eine Diskussion verflochten ist.

Hinzu kommt, daß die Effizienz der öffentlichen Verwaltung durch eine unvorstellbare Fülle von Gesetzen, Verordnungen und umständlichen Prozeduren behindert wird, von denen nicht wenige noch auf die faschistische und vorfaschistische Zeit zurückgehen. Eine seit 30 Jahren diskutierte große Verwaltungsreform ist bisher über das Stadium des guten Vorsatzes nicht hinausgekommen.

BAUME & MERCIER

GENEVE

BAUME & MERCIER GmbH - Postfach 10 02 65/W
6050 Offenbach/M. 1

avant-garde

Wolframkerb und 18 Karat Gold.
Extra-flaches Quarzwerk mit Datum, Wasserfest bis 30 Meter. Modelle in drei Größen.

Herrenuhr in poliertem 18 Karat Gold oder in Stahl/Piemal, Kalenderfunktion, Datum und Mondphasen, mechanisches Uhrwerk von höchster Präzision.

Herrenuhr in poliertem 18 Karat Gold, Herrenmodell, extra-flaches Quarzwerk.

مكتبة

Rot-grünes Bündnis in Braunschweig

rtf, Hannover

Nach den Kommunalwahlen in Niedersachsen haben SPD und Grüne bislang in Braunschweig eine Zusammenarbeit fest vereinbart und in mehreren anderen Städten und Kreisen Verhandlungen darüber aufgenommen. Eine Mitgliederversammlung der Braunschweiger Grünen stimmte dem Bündnis zu und empfahl der Ratsfraktion, am 5. November den SPD-Landtagsabgeordneten und früheren Oberbürgermeister Gerhard Glogowski gemeinsam mit der SPD anstelle des CDU-Amtsinhabers zum Stadtoberhaupt zu wählen.

Bei den Kommunalwahlen am 5. Oktober war die CDU in der zweitgrößten niedersächsischen Stadt zwar stärkste Fraktion geblieben, SPD und Grüne verfügten aber jetzt zusammen über eine Stimme Mehrheit gegenüber CDU und FDP. Gespräche mit den Grünen über eine Zusammenarbeit gibt es nach Angaben eines SPD-Sprechers auch in Oldenburg, Wilhelmshaven und Delmenhorst sowie in sieben Landkreisen. In zwei Kreisen werde mit der FDP verhandelt.

FDP fordert größeren Einfluß für Kommunen

Studie kritisiert fortschreitende Zentralisierung

DIETHART GOOS, Bonn

In den Koalitionsverhandlungen mit der Union nach der nächsten Bundestagswahl wollen die Freien Demokraten eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden erreichen. Gefordert werden klare Kompetenzabgrenzungen und stärkere Eigenverantwortlichkeit der Kommunen. Grundlage für die Verhandlungen ist ein umfangreiches Papier, das die FDP-Fachkommission „Föderalismus und Finanzverfassung“ unter Leitung des Kölner Wissenschaftlers Professor Karl-Heinrich Hansmeyer nach fast sechsjähriger Arbeit jetzt vorlegt.

Die FDP-Finanzexperten bemängeln eine zunehmende Kompetenzvermischung, wodurch die Eigenverantwortlichkeit besonders der Gemeinden geschmälert werde. Daher müsse eine weitere Zentralisierung und der Vermengung staatlicher Aufgaben der verschiedenen Ebenen energisch begegnet werden.

Nach Auffassung der Kommission haben sich die mit der Finanzreform von 1969/70 eingeführten Gemein-

schaftsaufgaben mit finanzieller Beteiligung des Bundes und der Länder nicht bewährt. Planungs- und Finanzierungskompetenzen seien unübersichtlich geworden, das Interesse des Bürgers für die Erfüllung staatlicher Aufgaben vermindert, die parlamentarischen Entscheidungsbefugnisse gegenüber der Exekutive beschnitten und die Bürokratisierung insgesamt erhöht worden. Daher wird gefordert, bisherige Gemeinschaftsaufgaben, wie den Ausbau und Neubau von Hochschulen sowie die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes auslaufen zu lassen. Nur die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ sollte nach Ansicht der FDP fortgesetzt werden.

Auch bei der Bildungsplanung und Forschungsförderung sollte die Kooperation von Bund und Ländern verringert werden. Die Förderung energiesparender Maßnahmen, die Studenten-Wohnraum-Förderung, die Städtebauförderung und die Verbesserung kommunaler Verkehrsverhältnisse sollte von den Ländern eigenständig wahrgenommen werden.

Esser warnt vor „Aufbruch in den Rechtsbruch“

dpa, Düsseldorf

Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, hat sich besorgt über die Diskussionen um die Frage von Betriebsbesetzungen bei Arbeitskämpfen geäußert. Solche Maßnahmen bedeuteten „den Aufbruch in den Rechtsbruch“, sagte Esser gestern auf einem Kongreß des Bundesverbandes der Bekleidungsindustrie in Düsseldorf. In der sozialen Marktwirtschaft seien Unternehmen und Arbeitgeberverbänden auch die Auseinandersetzung mit den politischen Ambitionen der Gewerkschaften aufgegeben. Esser betonte, in den vergangenen vier Jahren seien die Erfolge einer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung und finanziellen Konsolidierung immer deutlicher geworden. Bei nahezu absoluter Geldwertstabilität sei mit einem Zuwachs von mehr als vier Prozent der Nettoeinkommen und mit fast 600 000 neuen Arbeitsplätzen seit dem Tiefpunkt von 1983 die Trendwende erreicht. Die Unternehmen stellten sich ihrer sozialpolitischen Verantwortung auch mit der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und Qualifizierungsoffensiven.

Lutheraner sehen sich auf dem Weg zur Abendmahlsgemeinschaft mit Katholiken

Bischof Wilckens erwartet weitere ökumenische Fortschritte / Generalsynode in Bad Harzburg

MICHAEL JACH, Bad Harzburg

Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland (VELKD) will ihr ökumenisches Werben um die katholische Kirche „mit zäher, fröhlicher Geduld“ fortsetzen. Der Catholica-Beauftragte des Zusammenschlusses lutherischer Gemeinschaften innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Ulrich Wilckens (Lübeck), zeigte sich vor der heute in Bad Harzburg zu Ende gehenden Generalsynode der VELKD zuversichtlich hinsichtlich messbarer Fortschritte im Konfessionsdialog, zumal auf kirchenamtlicher Ebene.

Den aktuellen Anlaß zu solcher Einschätzung hat zweifellos das erstmalige Zusammentreffen evangelisch-lutherischer und katholischer Bischöfe vom 1. Oktober am Sitz der VELKD in Hannover gegeben. Ohne ungebührlichen „Stolz“ zwar, aber doch mit Bedacht wurde in Bad Harzburg auf die protokollarische Bedeutung des Treffens für die damit von der katholischen Kirche offiziell dokumentierte Achtung des reformatorischen Bischofsamtes hingewiesen.

Inhaltlich eröffnete das Bischofsgepräch von Hannover eine fortgesetzte gemeinsame Studienarbeit unter dem Leitthema „Gemeinschaft der Heiligen“.

Ziel ist für die evangelische Kirche ein Durchbruch zur wechselseitigen Zulassung der Gläubigen zu Abendmahl oder Kommunion. An dieser vom Vatikan bislang strikt verteidigten Konfessionsschranke hatte sich auf der vorjährigen VELKD-Synode in Schleswig harsche Kritik entzündet, insbesondere wegen der Gewissens- und Seelsorgenote in konfessionsverschiedenen Ehen. Diesmal in Bad Harzburg nahm das Kirchenparlament den Jahresbericht des Catholica-Beauftragten mit abwartender Haltung entgegen.

Das Abwarten ist Ausdruck von Erwartungen. Bischof Wilckens formulierte sie in nahezu listiger Argumentation anhand jüngerer katholischer Ökumene-Dokumente. So verwies er auf die Ergebnisse der vor einem Jahr in Rom in Fortführung des Zweiten Vatikanischen Konzils einberufenen Bischofssynode der katholischen Weltkirche. In deren Schlußberä-

schung, vermerkte Wilckens, ist ausdrücklich von der „unvollkommenen, aber schon bestehenden ökumenischen Gemeinschaft mit den nichtkatholischen Kirchen und Gemeinschaften“ die Rede – klarer und vorwärtssender als noch in den Konzilsjahren.

Aus lutherischer Sicht kann der Weg zu engerer Gemeinschaft so unüberwindbar weit nicht mehr sein, seit die von Papst Johannes Paul II. 1980 angestoßene Gemeinsame Ökumenische Kommission der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und des Rates der EKD zu Beginn dieses Jahres die wechselseitigen Verwerfungsurteile aus dem 16. Jahrhundert überwunden hat – vorbehaltlich der ausstehenden Zustimmung des Vatikans, an der kaum jemand zweifelt. Liege diese in wenigen Jahren erst einmal vor, dann werde sich erwartet Wilckens, „alsbald“ unaufrichtig diese Frage stellen: Was hindert dann noch, nimmere von einer Gemeinschaft im Glauben zu sprechen, die im Elementaren so vollständig ist, daß auch Abendmahlsgemeinschaft nicht mehr ausgeschlossen sein muß?

KAUFEN SIE IHR AUTO FÜR SICH ODER WEGEN DER ANDEREN?



EIN PAAR DIFFERENZIERENDE ARGUMENTE ZUM NEUEN LANCIA PRISMA.

In einem Lancia Prisma sitzen normalerweise Menschen, die etwas Besonderes sind. Und deshalb einen Lancia fahren. Weil sie sich zum Beispiel auskennen, wenn es um Autos und um deren Ausstrahlung geht. Und die etwas von Technik und von Lebensstil verstehen. Der neue Lancia Prisma ist ein solches Auto für Kenner. In jedem Detail steckt der Ehrgeiz, der Lancia be-

rühmt machte und Autos wie Lambda, Ardena, Astura, Aprilia, Aurelia, Appia, Fulvia, Stratos oder Thema entstehen ließ.

Gestählt auf den härtesten Auto-Prüfständen der Welt: den Renn- und Rallye-Pisten. Und das kombiniert mit Am-

biente und Niveau. Suchen Sie sich unter drei Motorvarianten »Ihren« Lancia

Prisma aus: Lancia Prisma 1500: Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1465 ccm, 160 km/h,

55 kW/75 PS, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h 12,1 Sek.

Lancia Prisma 1600 i.e.: Vierzylinder-Reihenmotor mit 2 obenliegenden Nockenwellen, IAW-Einspritzung, 1574 ccm, 185 km/h, 80kW/108PS,

Fünfganggetriebe, 0-100 km/h 10,0 Sek.

Lancia Prisma turbo diesel: Vierzylinder-Reihenmotor mit obenliegender Nockenwelle, 1911 ccm, 170 km/h, 59 kW/80 PS, KKK-Turbolader und Ladeluftkühlung, Fünfganggetriebe, 0-100 km/h 12,9 Sek.

Wie gut der Prisma ausschaut, zeigt er vor der Probefahrt. Und die wird Sie überzeugen, ein außergewöhnliches Auto zu fahren!

LANCIA



auf dem Weg
mit Katholik

9. Folge: Ost-Berlin wollte Gelände rund um westdeutsche Kernkraftwerke radioaktiv verseuchen

Im Zentrum der Spionage

Das Ostberliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begnügt sich nicht damit, von den Agenten der Hauptverwaltung Aufklärung aus der Bundesrepublik heranschaffen zu lassen, was von Interesse sein könnte. Im Zusammenhang mit der Entwicklung einer westdeutschen Anti-Kernkraftbewegung, so berichtet Stiller, wird auch die Intervention mit „aktiven Maßnahmen“ erwogen.

Agenten-Lohn: Dann flatterten die Tausender

Wir beobachten seit einiger Zeit ein beträchtliches Anwachsen der Anti-Kernkraftbewegung. Natürlich haben wir auch daran unseren, wenn auch mäßigen, Anteil. Diese Strömung arbeitet eindeutig gegen die Atompolitik der Bonner Regierung und damit objektiv, wenn auch auf Umwegen, für unsere Interessen. Im Moment paßt das uns nicht so sehr, denn es schwächt die Bonner Koalition. Aber wie sieht das Problem bei einer CDU/CSU-Regierung aus? Die Umweltschwermetalle sind ja systemdestabilisierend. Wie können wir dabei mitwirken?

Das trug uns Oberst Horst Vogel, der Leiter des Sektors Wissenschaft und Technik in der HVA, 1976 vor.

Vogel ließ uns an diesem Tag zu sich kommen, weil er von seinen Mitarbeitern erwartete, daß sie auch politisch an die Zukunft denken. Wir haben jetzt seit sechs Jahren eine SPD/FDP-Koalition in Bonn und wir können mit diesen sechs Jahren eigentlich ganz zufrieden sein. Es ist uns gelungen, den Alleinvertragsanspruch der BRD zu brechen, wir sind weltweit diplomatisch anerkannt, und die Entspannungspolitik trägt ihre Früchte. Die Klassenkampfsituation hat sich also weiter zu unseren Gunsten verändert. Dann kam er zur eigentlichen Sache.

Lancierte Meldung über einen Störfall in Stade

Habt ihr daran gedacht, daß im nächsten Jahr Bundestagswahl ist? Gewiß, wir hoffen, daß die jetzige Koalition im Amt bleibt. Aber können wir das garantieren? Nein! Wir werden natürlich versuchen, im Rahmen unserer Möglichkeiten die politische Situation in der BRD zu erhalten. So leicht wie beim Mißtrauensvotum am 27. April 1972, als zwei Stimmen genühten, deren eine wir uns sicher sein konnten, wird es nicht wieder sein, und wir müssen auf eine CDU/CSU-Regierung vorbereitet sein. Wir brauchen nicht mehr so große politische Rücksichten zu nehmen, sondern haben sogar alles zu unternehmen, um einer Rechtsregierung das Leben so schwer wie möglich zu machen. Die Situation für die politische Aufklärung ist klar. Perspektivisch können wir die Genossen schon heute darum, für uns effektive Positionen in der jetzigen Opposition zu schaffen, ohne dabei die Arbeit in Richtung SPD und FDP zu vernachlässigen. Aber was können wir dabei tun, liebe Genossen vom Atomreferat?

Mein Referatsleiter Christian Streubel hatte eine Antwort parat: „Horst, wir haben das analysiert. Wir werden unter Einsatz des Netzes in einem solchen Fall einige aktive Maßnahmen starten können. Erwinnere dich an den Test im letzten Jahr.“

Damit hatte es folgendes auf sich. Ein Agent hatte gemeldet, im Reaktor des Kernkraftwerkes Stade habe sich ein Störfall ereignet. Die Werksleitung wollte den Vorgang zunächst nicht publik machen. Die für derartige Fälle zuständige Abteilung X der HVA hatte aber die Meldung in eine westliche Zeitung lanciert, um festzustellen, wie sich diese „Schützenhilfe“ bei der Anti-Kernkraftbewegung auswirkt.

„Setzt euch zusammen und entwerft ein paar Ideen. Ich will nicht mit leeren Händen dastehen, wenn die Zeit kommt, in der wir weniger politische Rücksichten zu nehmen brauchen“, entließ uns Vogel.

Einige Bemerkungen gaben mir sehr zu denken. Ich fragte meinen Referatsleiter skeptisch, ob es tatsächlich stimme, daß die HVA den entscheidenden Draht gezogen hat.

© v. Hase & Koehler Verlag, Mainz

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie vorlesen wollen, schreiben Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

der damals in Bonn zur Ablehnung des Mißtrauensvotums geführt habe oder ob dabei der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen ist. Christian wies mich zurecht: „Wenn der Genosse Vogel das sagt, dann wird es schon seine Richtigkeit haben. Kümmer dich aber nicht um den Schnee vom letzten Jahr, sondern denke darüber nach, was der Genosse Vogel für die Zukunft von uns verlangt.“ Immerhin, der Leiter des Sektors hatte in komprimierter Form die Strategie erläutert, die langfristig zum Sieg des Kommunismus in der westlichen Welt führen soll.

Aktive operative Maßnahmen – davon wurde im MfS schon seit einiger Zeit viel geredet. In der HVA hat die Abteilung X die Aufgabe, in Zusammenarbeit mit anderen operativen Abteilungen, gelegentlich aber auch selbstständig, sogenannte aktive Maßnahmen durchzuführen, als Desinformation bezeichnet. Freilich reicht der Begriff längst nicht aus, um die ganze Bandbreite der Offensivarbeit dieser HVA-Abteilung zu erfassen. Präziser wäre wahrscheinlich der Ausdruck: psychologische Zersetzung und Kriegführung. Die Abteilung X kombiniert echte Sachverhalte, ausgewählte oder „frisierte“ Informationen und eigene Operationen zu Gesamtkomplexen, mit denen die öffentliche Meinung im Westen und auch im Osten manipuliert werden kann.

Wenn ich Oberst Vogel richtig verstanden hatte, so wollte er jedoch mehr als nur Vorschläge zur Lancierung von Kampagnen in den Medien. Ihm schwebten offenbar subversive Aktionen vor, die die politische Stabilität der Bundesrepublik weitestgehend belasten sollen. Er hatte die Anti-Kernkraftbewegung als Beispiel genannt. Mir kam dabei die Idee, in diesem Zusammenhang einmal zu testen, inwieweit im MfS, wenn überhaupt, noch allgemeine moralische Bedenken den Handlungsspielraum bei solchen Aktivitäten einschränken würden. Auf der Grundlage einer wissenschaftlich exakter Studie, so schrieb ich in einer Vorlage, müßte man in der Umgebung von Kernkraftwerken der BRD gezielt und systematisch radioaktive Stoffe platzieren, wie sie in Atommeilern anfallen. Dementsprechend an die Kernkraftgegner – unter denen das MfS einige zuverlässige Vertrauenspersonen hatte – dürften dann ausreichen, um einen Proteststurm zu entfachen, der die westdeutschen Politiker unter erheblichen Druck setzen würde. Die Wirkung der Operation könne durch Enthüllungen über angebliche Lücken im Sicherheitssystem der Kernkraftwerke, durch die Lancierung von Meldungen über Beinahe-Unfälle oder gar durch provozierte wirkliche Unfälle bei radioaktiven Materialtransporten noch verstärkt werden.

Der Nachweis, daß diese Aktion fremdgesteuert sein könnte, wäre bei geschickter und technischer „sauberer“ Vorbereitung nur außerordentlich schwer zu führen. Ich stellte eine Liste möglicher Zielobjekte zusammen und fügte Unterlagen über die bis dahin eingetretenen Schädigungen der Atomwirtschaft der BRD durch die Umweltschutzbewegung hinzu. Christian befürwortete meinen Vorschlag und reichte ihn an den Leiter des Sektors weiter. Nach der nächsten Parteiversammlung nahm mich Vogel tatsächlich beiseite und erklärte mir, meine Ausarbeitung sei höherer Orts besprochen, da ja ein solches Vorhaben den Rahmen der Abteilung X bei weitem übersteige, und grundsätzlich gebilligt worden. Die Zeit müsse dafür reif werden. Ich hatte eigentlich keine andere Reaktion erwartet.

In alten Unterlagen fand ich 1975 zahlreiche Hinweise auf interessante Personen beim Deutschen Atomforum. Diese Einrichtung in Bonn sei ein Informationsknotenpunkt der Atomforschung und Kernindustrie der BRD, und Christian riet mir, dort auf jeden Fall einzudringen. Er erinnerte mich an einen Namen: Dr. Bernhard Feigenspan, tätig im Zentralinstitut für Kernforschung der DDR-Akademie in Dresden-Rossendorf.



Vor Mozarts Geburtshaus im schönen Salzburg ein geplätzter Agententreff: Wie ließ sich „Sperber“ noch nach Ungarn umdirligieren?

FOTO: BERND-JÜRGEN FISCHER

dorf. Feigenspan war ebenfalls ein inoffizieller Mitarbeiter, Deckname „Max“. Ich schlug eine gemeinsame Aktion vor: „Am besten ist es, wenn wir Max ganz unverfänglich zur nächsten Reaktortagung nach Nürnberg schicken, die vom Atomforum dort veranstaltet wird. Und um das Ganze seriöser und unauffälliger zu machen, lasse ich noch einen meiner eigenen „IM“ mitfahren.“ Ich dachte dabei an den ebenfalls in Rossendorf tätigen Diplomphysiker Rudi Rockstroh. Er war ein enger Mitarbeiter von Professor Klaus Fuchs, 1949 in Großbritannien zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt wegen der Weitergabe angloamerikanischer Atomgeheimnisse an die Sowjetunion, nach seiner Begnadigung 1959 einer der führenden, gewiß aber der angesehenste Forscher der DDR.

Die Hauptabteilung I im MfS unterhält auch Referate, die nachrichtendienstlich gegen den Westen und dabei besonders gegen die Bundeswehr und die auf westdeutschem Boden stationierten NATO-Verbände arbeiten. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, das sogenannte „Vorfeld“ auszukundschaften – einen 50 Kilometer breiten Streifen jenseits der „Staatsgrenze West“ auf dem Territorium der Bundesrepublik, welcher im Kriegsfall zum unmittelbaren Angriffsbereich der NVA gehören würde. Diese Aufklärungseinheiten sind in Grenznähe stationiert, um ihrem speziellen Operationsgebiet möglichst nahe zu sein. Ich erhielt den Auftrag, einen Agenten dieser Abteilung zu einer wertvollen Quelle zu entwickeln.

Mit einiger Skepsis rief ich den Genossen Barnikol in Hildburghausen,

einer der südlichsten Kreistädte der DDR unmittelbar an der Grenze zum Freistaat Bayern, wegen der Übernahme des fraglichen Agenten an. Nach Hildburghausen waren es 450 Kilometer. Hinter dem Hermsdorfer Kreuz zog sich zu meiner Linken der Rücken des Thüringer Waldes an der Autobahn entlang. Bis zum Grenzübergang Herleshausen waren es keine 100 Kilometer mehr, als ich an der Ausfahrt Gotha abbog. In der Baracke der Hauptabteilung I beim Grenzkommando erwartete mich der Oberstleutnant Barnikol.

Im Ledergürtel hatte er Kleinbild-Dias versteckt

Ich fragte den Offizier unverblümt danach, warum sich die „Eins“ von dem Westagenten trennen wollte, und bekam zur Antwort, es sei fehlgeschlagen. Den Mann in das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung einzuschleusen, da er inzwischen geheiratet hatte und in Neustadt bei Coburg ansässig wurde. Er arbeitete jetzt im Siemenskabelwerk und könne nicht mehr die Informationen liefern, auf die es der Hauptabteilung I vor allem ankäme.

Als Ingenieur im Siemenskabelwerk konnte der Agent natürlich keine militärisch relevanten Informationen liefern. „Ernst Koehler“ war der Deckname des Agenten; Günter Senger hieß er tatsächlich, geboren 1946, Vater Justizangestellter, Schule und Lehre in Franken, danach beschäftigt bei Siemens, Besuch des Polytechnikums in Schweinfurt, Ausbildung zum graduierten Ingenieur und nun

erneut im Siemenskabelwerk tätig – eine ganz unauffällige Biographie.

Ich wurde neugierig auf den Mann. Kurz vor zehn Uhr langten wir am Treffort an, dem Kirchplatz in Eislefeld. Wir blieben im Auto sitzen und warteten. Ich wunderte mich: „Wir sind doch hier ganz nahe der Grenze. Hast du denn keine Sorge, daß der Mann eine Zufallsbeobachtung mit zum Auto bringen könnte?“ – „Nach unseren Kenntnissen machen die das drüben nicht“, lautete die Antwort. Ich war mehr als verblüfft – uns in der Zentrale wurde bei jeder Referatsbesprechung eingehämmert, nie Kontakt mit einem West-Agenten aufnehmen, ohne ihn vorher zu überprüfen, ob er nicht von der Gegenseite observiert wurde. Hier machte man sich darüber offenbar wenig Gedanken.

Nach zehn Minuten bog ein junger Mann von stattlicher Größe und sportlicher Figur um die Ecke. In der Hand trug er eine Aktentasche wie ein Büro eilender Familienvater. Die korrekte Kleidung vervollständigte noch dieses unpassende Bild. Entgegen ihrem Ruf bei der HVA mußten die Beamten der bayerischen Grenzpolizei eben doch harmlos sein, wenn ihnen ein solcher DDR-Besucher nicht auffiel.

„Koehler“ schnallte seinen Gürtel ab, spreizte das doppelte Leder an einer aufgetrennten Stelle auseinander und zog zusammengelegte Kleinbild-Dias hervor. Diese Idee für den Transport habe er selbst gehabt, erklärte er mir. Dann öffnete er den Verschluss der Aktentasche und fuhr mit einer Nadel in ein kleines, fast unsichtbares Loch, wodurch er ein

Geheimfach freilegte, aus dem er noch einige Filmstreifen hervorholte. Ich kannte dieses System des Transportcontainers. Es galt in der Zentrale als gefährlich, da bei einigen Verhaftungen ähnliche Taschen in die Hände des Gegners gefallen waren. Ich sah mir die Filmstreifen an, gelangene Kopien von Firmenunterlagen.

Ich konnte nicht ahnen, daß der Fall Günter Senger alias „Koehler“ eines Tages – freilich nur indirekt – zu einer entscheidenden Änderung meiner Lage führen sollte. Vorerst machte ich mich daran, mehr „Professionallität“ in die Sache zu bringen. Ich gab dem Mann einen neuen Decknamen und nannte ihn fortan „Hauser“. Ungenacht mein eigenes kritisches Einstellung bearbeitete ich ihn auch politisch, denn für das, was ich mit ihm plante – die Einschleusung in das Verteidigungsministerium in Bonn –, mußte er gut motiviert sein.

Ein sicherer Fluchtweg für den Ernstfall

An dem Fall „Hauser“ hatte ich ein persönliches Interesse gewonnen. Für den Fall drohender Verhaftung hatten die Genossen der Hauptabteilung I einen sicheren Fluchtweg für den Agenten aufgebaut. Er sollte sich dann in die DDR absetzen, und zu diesem Zweck hatte man ihm eine Stelle angegeben, an der die „Staatsgrenze West“ nicht vermint war und auch nicht regelmäßig bewacht wurde. Wenn diese Lücke für „Hauser“ weiter offengehalten wird, so sagte ich mir, würde sie auch in umgekehrter Richtung ihren Dienst tun. Deshalb wollte ich die Schleuse auch in meinen neuen Verbindungsplan für „Hauser“ übernehmen. Leider fand Christian an dieser Rückzugsvorkehrung keinen Gefallen. Ich mußte sie durch eine andere – über Österreich führende – ersetzen.

Bei einem der folgenden Treffs machte ich „Hauser“ mit seinem Instrukteur bekannt. Die nächste Zusammenkunft sollte bereits mit diesem in Coburg stattfinden.

Ich setzte meinen Instrukteur „Film“ (Deckname) auf „Hauser“ an. „Film“, Klarname Steffen Kind, sehr gewitzte und pfliff, war im Zivilberuf Werbeleiter in dem Dresdner Betrieb für Starkstromanlagenbau „Otto Buchwitz“. Zuvor viele Jahre hindurch bei der Kriminalpolizei tätig, eignete er sich vorzüglich für das Nachrichtengeschäft.

Dabei kam mir die Idee, „Film“ durch eine der offengehaltenen geheimen Schleusen an der Grenze, von denen ich ja nun schon mehrfach gehört hatte, nach Coburg zu schicken. Ich stand zu dieser Zeit schon in Verbindung mit dem BND, den solche Schleusen natürlich interessieren mußten, zumal diese „Einreise“-Praxis für Verbindungsagenten vom MfS nur mit äußerster Vorsicht genutzt wurde. Über meinen Kommunikationsweg mit Pullach teilte ich dem BND mein Vorhaben mit.

Wenn die politische Lage sich einmal änderte, oder andere Ereignisse die normalen Verkehrsverbindungen unterbrechen, würden wir sowieso gezwungen sein, unsere Leute auf diesem Weg in den Westen zu bringen. Ich setzte mich daraufhin mit der Arbeitsgruppe Grenze in Verbindung und vereinbarte einen Termin. Der zuständige Offizier bedeutete mir mit meinem Mann am 5. Oktober früh um sechs Uhr vor der Post in Hildburghausen zu sein. Ich könne ihn dann am gleichen Abend zurückhaben. Allerdings müßte ich darauf achten, daß er sich entsprechend kleidet.

Ich meldete nun auch den Termin und die Details, soweit mir bekannt, nach Pullach. Natürlich kannte ich nicht den genauen Ort, an dem „Film“ mit zwei Schleusern die Grenze überqueren sollte; aber ich wußte, wann und wo er in Coburg auf „Hauser“ warten würde. Das legte ich mir selbst fest. Der BND bekam so die Möglichkeit, von da ab die weiteren Bewegungen meines Instrukteurs zu beobachten und auch das Schlupfloch im Minenfeld zu lokalisieren.

Nach Entfernung von zwei nur lose eingedrückten Nägeln öffnete sich eine Lücke im Stacheldrahtzaun. Die beiden Schleuser sowie der Instru-

teur konnten auf westdeutsches Gelände kriechen. Sie fanden sich nach zehn Metern auf einem dicht an der Grenze vorbeiführenden Weg wieder. Eine Gefahr, daß patrouillierende bayerische Polizei die drei Grenzgänger aufgreifen könnte, bestand nicht, wie die Genossen von der Arbeitsgruppe mir bedeutet hatten, da ihnen der Dienst- und Streifenplan der bayerischen Grenzbeamten genau bekannt sei. Sie könnten daher sogar Agenten am helllichten Tag in den Westen schleusen.

Nach einem Marsch von einer Stunde bei strömendem Regen kam das Trio bis auf die Haut durchnäßt in Coburg an. Die Schleuser verabredeten sich hier, nachdem sie mit „Film“ verabredet hatten, ihn am Abend um 20 Uhr an der gleichen Stelle wieder abzuholen. Der Instrukteur zog allein weiter. Er suchte erst einmal die Bahnhofsgaststätte auf, um seine Kleider etwas trocknen zu lassen. Am Nachmittag rief er „Hauser“ im Kabelwerk an. Der staunte nicht schlecht, als ihn der Instrukteur nach Austausch der vereinbarten Parole aufsuchte, noch am selben Tag um 17 Uhr zum „Theater“ zu kommen. Hinter diesem Codewort verbergte sich das Kino „Union“, der im Verbindungsplan vorgesehene Treffort in Coburg. „Hauser“ sagte zu und kam auch pünktlich. Von hier an werden die beiden wohl nicht mehr allein gewesen sein. Eine Observationsgruppe vom BND dürfte die zwei auf Schritt und Tritt beobachten, in der gleichen Gaststätte gesessen haben, in der die beiden ihren Haupttreff abhielten, und meinem Instrukteur gefolgt sein, als er sich wieder mit den Schleusern traf, um den Rückweg durchs Minenfeld anzutreten. Sie waren vermutlich auch nicht weit entfernt, als diese drei durch die Stachelstraßperren zurück in die DDR krochen. Um 22 Uhr holte ich meinen vor Nässe triefenden Instrukteur in Hildburghausen ab.

Anfang Januar 1976 flog ich mit Christian nach Budapest zu einem Treff mit „Sperber“, der ursprünglich in Salzburg stattfinden sollte. Von Salzburg aus hatte ich versuchen wollen, Verbindung mit dem BND aufzunehmen. Daneben war das Problem zu lösen, wie „Sperber“ nach Ungarn umdirligiert werden sollte, der am 5. Januar vor dem Geburtstagsfeierlichkeiten auf uns oder einen ihm bekannten Mitarbeiter warten würde, wie bei seinem letzten Treff in der DDR festgelegt.

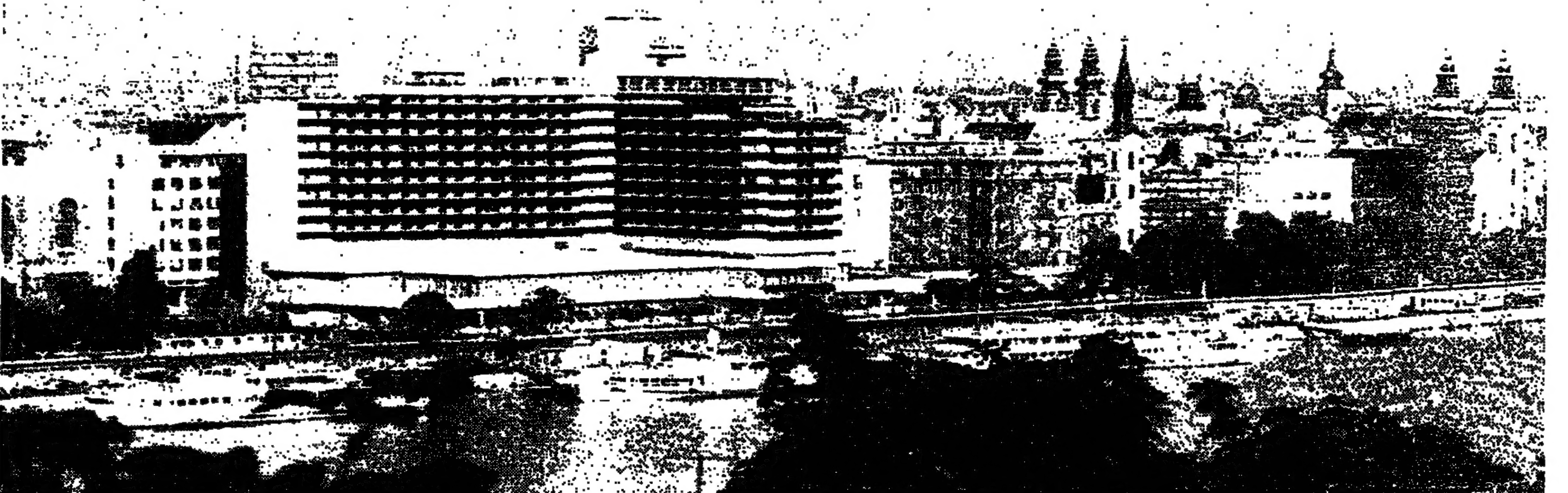
Eine Metro-Fahrkarte als Erkennungszeichen

Um ihn dort abzufangen und über die neue Disposition zu informieren, gab ich „Mark“ – Klarname Bernhard Theurer – ein Foto von „Sperber“, drückte ihm die im Verbindungsplan als Erkennungszeichen vorgesehene Pariser Metro-Fahrkarte in die Hand und schickte ihn mit einem gefälschten Westberliner Personalausweis nach Salzburg.

Christian und ich warteten in Budapest im Hotel „Intercontinental“ auf die Quelle.

Am Trefftag brachen wir schon nach dem Frühstück Richtung Kaufhaus „Corvin“ in der Rakoszi utca auf. Dorthin sollte „Sperber“ der neuen Planung gemäß kommen. Dann verließen wir in der Hotelhalle. Wir verfielen in Fachsimpeln und achteten kaum auf das Unterhaltungsprogramm, auch nicht auf eine Sängerin, die mit den Mikrofonen in der Hand auf der Bühne verlief, um die Gäste mit Gesangsnummern zu unterhalten. Ich schob „Sperber“ gerade eine Brieftasche über den Tisch, in die ich rund 5000 DM West – sein Salär für diesen Treff – gelegt hatte, als sie sich unbemerkt von hinten näherte und zum Scherz die Brieftasche an sich nahm. Die Scheinwerfer folgten ihr, und so wurde die ganze Bar Zeuge, wie die Banknoten zu Boden flatterten. Allgemeines Gelächter begleitete die Sängerin, als sie das Geld mit Entschuldigungen wieder einsammelte.

Morgen in der WELT: Die Leute aus Pullach face en face mit dem BND



Nach dem Warten auf die „Quelle“ Fachsimpeln und Feiern im Budapest Hotel „Intercontinental“

FOTO: JÜRGENS

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Luxemburg und Cattenom

Seit Tschernobyl müßte auch dem fervertesten Befürworter der Kernenergie nicht nur die reale Möglichkeit eines nuklearen Unfalls, sondern auch dessen Umfang bewußt geworden sein. Radioaktivität kennt nicht nur keine Staatsgrenzen, sie hat überhaupt einen spezifischen Bezug zu Raum und Zeit.

Radioaktive Verseuchung, wie sie in Tschernobyl in einem Umkreis von 20 und mehr Kilometern stattgefunden hat, ist nicht ein vorübergehendes Übel. Sie überdauert Jahrzehnte, sogar Jahrhunderte. Gerade hier erscheint mir, daß sich die Kernenergie von anderen Energie- oder Industrieanlagen, die ja auch für den Menschen und die Umwelt nicht unbedingt neutral sind, fundamental unterscheidet.

Ein Tschernobyl ähnlicher Unfall an Luxemburgs Grenzen hätte für den Staat und die Bevölkerung Luxemburgs verheerende Folgen. Der Großteil der luxemburgischen Bevölkerung, sowie des wirtschaftlichen Potentials unseres Landes, befindet sich heute in einem Umkreis von weniger als 30 Kilometer Entfernung von dem französischen Kernkraftwerk Cattenom. Sogar wenn die Sicherheitsvorkehrungen in Cattenom, übrigens eines der größten Kernkraftwerke der Welt (5200 MW), den üblichen Normen entsprechen, so bleibt ein Restrisiko, das für Luxemburg ganz einfach unzumutbar ist.

Die Luxemburger können sich mit diesem Atomgiganten nicht einfach dadurch abfinden, daß sie der rein statistischen „Fast-Unmöglichkeit“ eines größeren Unfalls Vertrauen schenken.

Es ist äußerst bedauerlich, daß in Sachen grenzüberschreitender Umweltbelastung noch immer ein juristisches Vakuum besteht. Auch der Euratom-Vertrag, der ja die Atomenergie der späten fünfziger Jahre widerspiegelt, bietet nur wenige Ansätze. Die Weiterentwicklung und Entwicklung der Kernenergie gilt hier noch als oberstes Ziel, während die Sicherheit und der Gesundheitsschutz eher eine untergeordnete Stellung haben.

Nun besteht jeder Staat darauf, seine eigenen Sicherheitsvorkehrungen und Normen selbst festzulegen, sogar wenn die Nachbarstaaten direkt, im Normalbetrieb wie im Unglücksfall, davon betroffen sind. Das ist auch der Fall bei Cattenom, das dicht an der

deutschen und luxemburgischen Grenze steht. Die luxemburgische Regierung hat im Rahmen einer bilateralen Konvention mit Frankreich gewisse Garantien ausgehandelt, die, was die radioaktive Belastung der Umwelt anbelangt, strengere Normen als die französischen vorsehen. Dies stellt ein Novum dar. Die Entscheidung über den Bau und den Umfang des Kernkraftwerks beruhte natürlich allein auf dem souveränen Recht Frankreichs, das die ablehnende Haltung der unmittelbaren Nachbarn (Luxemburg und Saarland) keineswegs berücksichtigte.

Was heißt nun aber in diesem Fall nationale Souveränität? Ist es nicht



Jacques F. Poos

gerade das fundamentale, souveräne Recht eines Staates, für die Sicherheit und das Überleben seiner Bevölkerung zu sorgen? Deshalb erscheint es der luxemburgischen Regierung als eine absolute Notwendigkeit, den Euratom-Vertrag in diesem Bezug zu ändern, so daß kein Atomwerk in unmittelbarer Grenzlage, ohne das Einverständnis der Nachbarstaaten, mehr gebaut werden kann.

Hier stellt sich natürlich allgemein die Frage, ob, wann und unter welchen Bedingungen der Ausstieg aus der Kernenergie möglich ist. Schon heute herrscht in Europa eher eine Elektrizitätsschwemme.

Die Atomzentrale in Cattenom ist sicherlich nicht ein Zeichen industriellen Fortschritts und europäischen Solidaritätsdenkens. Sie beunruhigt und bedroht die Bevölkerung der gesamten Region, stört die gutnachbarlichen Beziehungen und fordert dazu auf, neue energiepolitische Wege zu beschreiten.

Jacques F. Poos,
Vizepremier und Außenminister
von Luxemburg

Der Kronzeuge

„Kronzeuge“ auch bei uns? WELT vom 28. Oktober

Sehr geehrter Herr Schell,
Ihre Anregung, einen „Kronzeugen“ zunächst aus dem Ermittlungsverfahren herauszunehmen und erst dann das Verfahren gegen ihn einzustellen, wenn ein entscheidender Erfolg mit seiner Hilfe erzielt worden ist, sollte unbedingt Eingang in die Gesetzgebung finden. Dieser Gedanke läßt auch die Dürftigkeit der Argumentation des „Einserjüsten“ Vogel (SPD) offenbar werden, wonach die „Glaubwürdigkeit“ von Aussagen eines unter Mordanklage stehenden Beschuldigten erheblich in Zweifel zu ziehen sei; denn Straffreiheit sollte selbstverständlich erst gewährt werden, wenn die Offenbarungen des „Kronzeugen“ zu einem bedeutungsvollen Ergebnis führen und ihr Wahrheitsgehalt somit evident wird.

Edgar Hügel,
Grefath 1

„Anderes Maß“

„Die Verweigerung“ WELT vom 17. Oktober

Hätte der Bundeskanzler Kohl oder irgendein anderer prominenter Politiker der Koalition vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß die Aussage verweigert (z. B. in der sogenannten „Spendenaffäre“), wäre ein Entrüstungssturm durch die Presse gegangen. Bei Herrn Lappas aber gilt ein anderes Maß. Dagegen dürfen bürgerliche Politiker, wie Herr Barzel, vorverurteilt werden. Man darf gespannt sein, wie das Parlament auf den Affront in der Sache Lappas reagiert.

Dr. H. Weber-Unger,
Brannenburg

Gäbe es im berühmten „Guinness-Buch der Rekorde“ noch leere Seiten, Lappas hätte mit dieser Höchstleistung an Arroganz einen einmaligen Rekord erzielt.

Kurt Holler,
Bottrop

Wort des Tages

„Wer was zu sagen hat, hat keine Eile. Er läßt sich Zeit und sagt's in einer Zeile.“

Erich Kästner, deutscher Autor
(1899-1974)

Die Contras

„CDU distanziert sich von Contras“ WELT vom 12. Oktober

Dr. Heiner Geißler befürchtet, daß die „demokratische Entwicklung“ in Nicaragua durch die „Contras“ behindert wird. Hat die Zeitung „La Prensa“ in Managua auch die „demokratische Entwicklung“ in Nicaragua gestört, als sie von den Machenschaften der Sandinisten berichtete und deshalb geschlossen wurde? In Nicaragua ist – von Seiten der Sandinisten – nie eine „demokratische Entwicklung“ angestrebt worden, erst recht nicht ohne „Contras“.

Annarose Nicksch,
Hannover

„Hahn in Ruh!“

„Jagd – ein Hobby zum Töten“ WELT vom 18. Oktober

Die armen Vögel! Weiß der Professor nicht, daß die Tauben bei den Bauern auf dem Land großen Schaden anrichten und sich in den Städten bis zur Plage steigern? Ist ihm unbekannt, daß Elstern und Eichelhäher Singvögel nester plündern und die Verarmung der Natur bewirken?

Dr.-Ing. Wolfgang Weinreich,
Dinslaken

„Jagd – Naturschutz im Visier“ WELT vom 18. Oktober

Bei einem Vergleich der Pro- und Contra-Argumente zur Jagd kommen die Jagdbefürworter nicht gut weg. DJV-Präsident Frank artikuliert zwar das Selbstverständnis der Jäger als Naturschützer, aber man vermißt die zwingenden Argumente, welche seine Meinung fundieren. Professor Erz hingegen macht mit zahlreichen sachlichen Gründen einsichtig, daß Jagd und Naturschutz nichts miteinander gemein haben. Als ehemals Jagd ausübende ist mir heute wirklich unklar, inwiefern sich die Erliegung von „Raubzeug“, die Fallenjagd, die Winterfütterung, die Jagdreisen ins Ausland, die „Hege“ mit der Flinte, die Verbleibung der Landschaft, die Wildackermanie, der Abschluß „wildern“ Katzen und vieles mehr, ökologisch und vom Standpunkt des Naturschutzes aus legitimieren lassen. Fazit für die jagdlich interessierten Kreise: Jagd am Ende – Hahn in Ruh!

Ute Schulz-Kühnel, Würzburg

„Einen Hering“

Die Mär vom großen Friedenspräsidenten Reagan kann man vergessen. Das amerikanische Volk scheint soweit zu sein, einen Hering, den man ihm vorhält und drei Minuten dazu redet, für einen Seehund zu halten.

Robert Heuckmann,
Recklinghausen

Personen

Schwester Walbertis war bisher schon Mitglied im Generatrat und Oberin des St.-Franziskus-Hospitals in Bielefeld. Ihre Vorgängerin, Schwester M. Clothild Prothmann, hatte die Kongregation zwölf Jahre geleitet.

Rupert Scholz, stellte drei ehemalige Stipendiaten des Förderkreises vor: Pia Göthgen, Bengt-Ola Magnusson, Andreas Schmidt. Am Fingeleitete von Hans Hildebrand führten sie mit Liedern und Arien in den geselligen Teil des Abends über.

EMPFANG

Mit einem Empfang würdigen heute der Deutsche Sportbund (DSB), das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) und die Stiftung Deutsche Sporthilfe Helmut Meyer. Der leitende Direktor des Bundesausschusses Lei-



Helmut Meyer

stungssport (BAL) feiert heute seinen 80. Geburtstag. Bei dem Empfang in der Darmstädter Orangerie wird die gesamte deutsche Sportprominenz erwartet, darunter DSB-Präsident Hans Hansen, NOK-Präsident Willi Damm und Sporthilfe-Chef Josef Neckermann. Helmut Meyer ist Wegbereiter und hauptamtlicher Leiter des Bundesausschusses Leistungssport, der seit über einem Jahrzehnt Schaltzentrale des deutschen Spitzensportes ist.

GEBURTSTAG

Dr. Herbert Gruhl, Mitbegründer der Ökologiebewegung in der Bundesrepublik Deutschland und von 1964 bis 1978 Mitglied der CDU, wird heute 65 Jahre. Dr. Gruhl, Historiker, Germanist und Philosoph, gehörte von 1969 bis 1980 dem Deutschen Bundestag an und war Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Umweltvorsorge. Ab Juli 1978 arbeitete er als fraktionsloser Abgeordneter im Bundestag. Später trat er als Vorsitzender „Grüne Aktion Zukunft“ hervor. Als Schriftsteller wurde er unter anderem mit dem Titel „Ein Planet wird geplündert“ bekannt.

KIRCHE

Das Generalkapitel der Kongregation der Armen Schwestern vom heiligen Franziskus hat Schwester M. Walbertis Weber (59) in Aachen zur neuen Generaloberin gewählt.

GESTORBEN

Der Gründer und langjährige Leiter der Internationalen Filmfestspiele Berlin, Alfred Bauer, ist in Berlin im Alter von 74 Jahren gestorben. Bauer, gebürtiger Würzburger, hatte die von ihm angeregte Berlinale über ein Vierteljahrhundert seit ihrem Start 1951 geleitet. 1945 wurde Bauer, der sieben Jahre zuvor mit einer Arbeit über Filmrecht promoviert hatte, als filmhistorischer Sachverständiger und später als Filmreferent von der britischen Filmsektion in Deutschland verpflichtet. Im Juli 1950 verfaßte Bauer für den Magistrat von Berlin und die Alliierten eine Denkschrift über die Gründung eines Berliner Filmstudios, in der er auch die jährliche Veranstaltung von Berliner Filmfestspielen vorschlug, zu deren Leiter er am 1. November 1950 berufen wurde. Von den ersten Filmfestspielen im Sommer 1951 an übertrug er die Berlinale sowohl zu äußerem Glanz, als auch zu international anerkanntem künstlerischen Profil.

VERANSTALTUNGEN

Für die Aktivitäten der Deutschen Oper Berlin haben auch in Bonn ihr Generalintendant Professor Götz Friedrich und Edmund Benter gewonnen, der Vorsitzender des Förderkreises der Oper ist. Die Deutsche Oper, die im September 25. Geburtstag feierte, will mit Hilfe ihres Förderkreises ihre Auslandsaktivitäten verstärken. Götz Friedrich wies vor einem Kreis Bonner Wirtschaftler darauf hin, daß letzte Woche in New York ein neuer Förderkreis gegründet wurde, damit Berlin in den USA mit Gastspielen verstärkt werben könne. Der Gastgeber des Abends in der Berliner Landesvertretung in Bonn, Senator

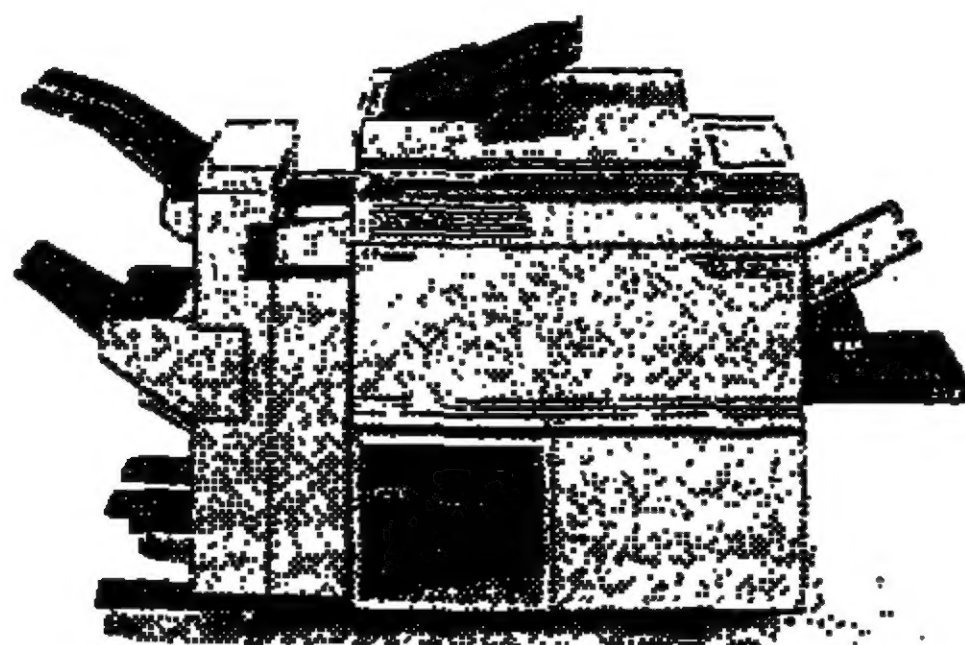
SCHNELLHEFTER

Dieses neue Kopiersystem bestätigt Canons technologische Schrittmacherrolle. Der neue, schnelle Canon NP-4540 vereint Leistungsmerkmale wie kein Kopierer vor

ihm: Schnelles Heften, präzises Falzen, automatische Zweifarbenkopie.

Wo höhere Kopierervolumen häufiger zu Broschüren geheftet, gefalzt, sortiert wer-

den, kommt es nicht nur auf Schnelligkeit an. Mächtigend ist das gleichmäßige einwandfreie „Finish“ von der ersten bis zur letzten Kopie. In all diesen Disziplinen

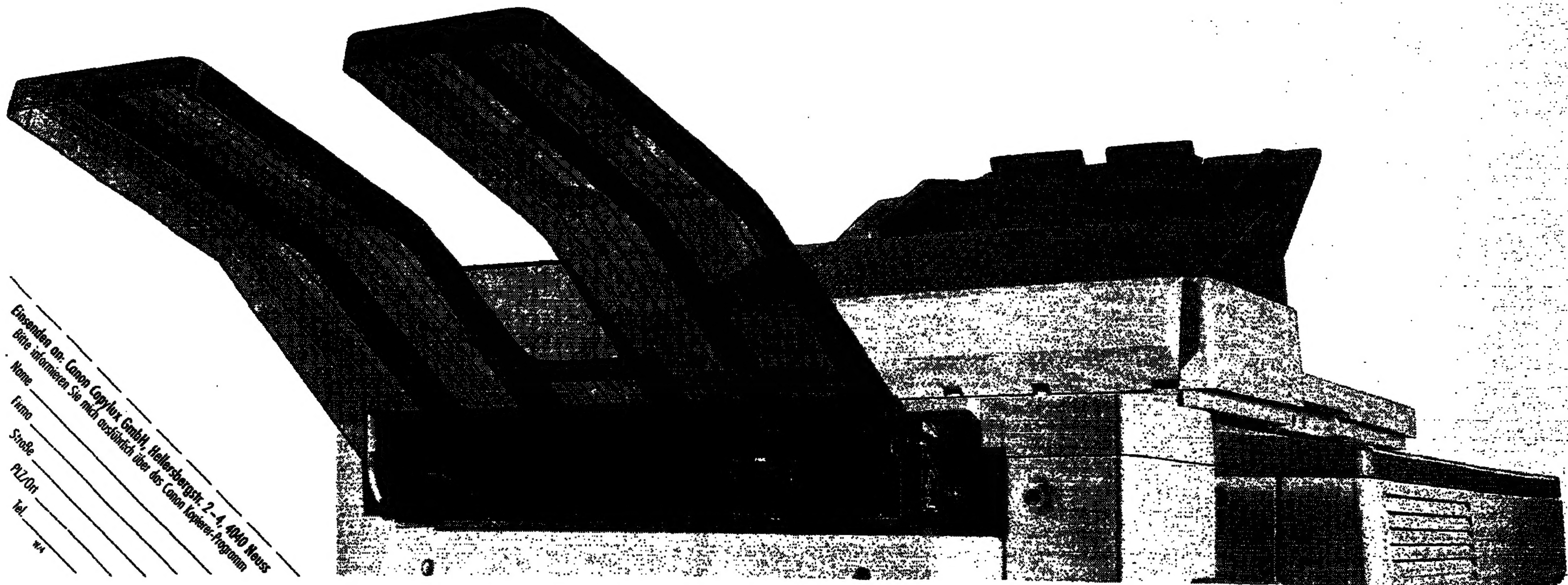


leistet der Neue Vorbildliches. Mit einem Ediersystem für Farbgestaltung, mit einer 2-Farbenautomatik und mit einer Duplexeinheit für doppelseitiges bzw. doppelbe-

lichtetes Kopieren wartet er sein vielseitiges Erscheinungsbild weiter auf: Heft- und Falzeinheiten gelten als Option.

Wenn Sie die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit Ihres Systems einem unverbindlichen Vergleich unterziehen wollen – der NP-4540 kann beweisen, daß es oft rentabler ist, das Alte durch das Neue zu ersetzen.

NP-4540



Einsenden an: Canon Copiers GmbH, Hohlweg 2-4, 4000 Neuss
Bitte informieren Sie mich ausführlich über das Canon Kopiersystem
Name _____
Firma _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Tel. _____

NACHRICHTEN

Becker weiter Dritter

Düsseldorf (sid) - Wimbledonseger Boris Becker aus Leimen nimmt trotz seines Finalsieges bei den Offenen Hallenmeisterschaften von Australien in Sydney gegen den Weltweit-Rangierten Ivan Lendl (CSSR) weiterhin den dritten Rang in der Weltrangliste der Tennis-Profis ein. Neben Lendl rangiert weiter der Schwede Mats Wilander vor ihm.

B-Mannschaft nominiert

Frankfurt (dpa) - 18 Spieler aus der Fußball-Bundesliga stehen im Aufgebot der B-Nationalmannschaft für das Freundschaftsspiel am 28. Oktober gegen Schweden in Essen. Mit Thomas Allofs, Engels (beide Köln), Mill (Dortmund), Bommer (Uerdingen) und Schreier (Leverkusen) stehen Spieler im Team, die bereits zum Kreis der A-Mannschaft gehören.

Milutinovic trat zurück

München (sid) - Velibor Milutinovic hat seine Arbeit als Nationaltrainer von Mexiko beendet. Der 42-Jährige alte Jugoslawe will künftig wieder in Europa tätig sein. Bei der WM in Mexiko scheiterten die Mexikaner im Viertelfinale an Deutschland (1:4 nach Elfmeterschießen).

Moskau-Reise abgesagt

Frankfurt (dpa) - Der Deutsche Badminton-Verband (DBV) hat seine Teilnahme an den Internationalen Badminton-Meisterschaften in Moskau (22.-28. 10.) abgesagt. Die Sowjets weigerten sich, dem als Delegationsleiter vorgesehenen Paul Reinhard, der in West-Berlin ansässig ist, ein Visum zu erteilen.

Nachfolger traf ein

München (sid) - Mit 14-jähriger Verspätung ist der Pole Jan Strzelczyk in München eingetroffen, um die Nachfolge von Volleyball-Bundestrainer Andrzej Niemczak als Trainer beim Damen-Bundesligaklub Bayern Lohhof anzutreten. Niemczak wird sich verstärkt um die Stützpunkte bei den Erstligaklubs Feuerbach, Münster und Schwerte kümmern.

Galopprennen abgesagt

Dortmund (sid) - Die für heute vorgesehene Veranstaltung auf der Galopprennbahn in Dortmund wurde wegen starker Sturmschäden abgesagt. Ein umgestürzter Baum hatte Video- und Telefonleitungen erheblich beschädigt.

Hofediz gab auf

Berlin (sid) - Der 24-Jährige alte Dortmunder Radprofi Ralf Hofediz mußte beim Berliner Sechstagesrennen auf ärztliche Anraten wegen Magenbeschwerden aufgeben. Es führen Urs Freuler (Schweiz) und Rene Pijnen (Holland). Vierte sind der Frankfurter Dietrich Thurnau und der Berliner Joachim Schlapphoff.

Hofweier beachtlich

Hofweier (dpa) - Zu einem beachtlichen Erfolg kam der Handball-Bundesligaklub TuS Hofweier. In einem Freundschaftsspiel wurde die Nationalmannschaft der CSSR mit 26:21 besiegt. Bei Hofweier zeigten Baur (7 Tore), der Jugoslawe Elezovic (5) und Henrich (5) die besten Leistungen.

ZAHLEN

TENNIS
Internationales Turnier der Herren in Tokio, erste Runde: Jelen (Bundesrepublik Deutschland) - Flach (USA) 7:6, 6:1; Connors - Leach (beide USA) 6:4, 3:6, 6:2; Gomez (Ecuador) - Kristian (Indien) 1:6, 6:4, 6:3; Fite - Freeman (beide USA) 6:3, 7:6, 7:6; Witsken - Davis (beide USA) 6:7, 6:3, 7:6; Witsken - Annaccone (beide USA) 3:6, 6:3, 6:3.
Internationales Turnier der Herren in Wien, erste Runde: Elter (Bundesrepublik Deutschland) - Ostoja (Jugoslawien) 6:6, 7:6, 7:6.

HANDBALL
Freundschaftsspiel: TuS Hofweier - CSSR-Nationalmannschaft 26:21.

GEWINNQUOTEN
Lotto: Klasse 1: 1 425 183,70 Mark; 2: 296 915,70; 3: 8641,00; 4: 118,40; 5: 8,50.
Toto: 1: 64 909,20; 2: 2132,00; 3: 168,00; 4: 55,40; 5: 1 093 363,50; 6: 151 040,80; 7: 2745,00; 8: 52,20; 9: 5,30.
Rennquoten: Rennen A: 1: 350,40; 2: 115,80; Rennen B: 1: 389,20; 2: 26,80. Kombinationsgewinn: unbesetzt; Jackpot: 121 450,80.
(Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Düsseldorf Torwart-Sorgen - Schalker Kreisel - Heute zweite Runde im Europapokal - Wirtschaftliche WM-Bilanz

Routiniers wie Kargus sind immer noch gefragt

ULLA HOLTTHOFF, Düsseldorf

Der Vertrag ist vorbereitet und unterschrieben. Beide Parteien sind sich einig. Nur ein Arzt könnte die Unterzeichnung des Arbeitsvertrages zwischen Rudi Kargus (34) und dem Fußball-Bundesligaklub Fortuna Düsseldorf jetzt noch verhindern. Heute morgen wird eine ärztliche Untersuchung Aufschluss darüber geben, ob der Torwart Rudi Kargus noch in dieser Woche in die Bundesliga zurückkehren wird.

Negative Erkenntnisse sind nicht zu erwarten, denn in den Trainingseinheiten der beiden vergangenen Tage offenbarte Rudi Kargus nur konditionelle, nicht aber gesundheitliche Probleme. Immerhin hat er seit einem halben Jahr keine Spielpraxis mehr gehabt. „Das ist auf jeden Fall ein Handicap“, sagt Düsseldorf-Manager Werner Faßbender, „aber das wiegt bei einem Torwart nicht so schwer wie bei einem Feldspieler.“

Im Frühjahr hat Rudi Kargus seine bisher letzte Saison im Tor des Karlsruher SC, seinem dritten Arbeitsplatz in 16 Berufsjahren. Der erste Arbeitgeber war der Hamburger SV. Im November 1970 war Rudi Kargus dort angekommen. Ein Jung aus der Provinz: Acht Einsätze in der Jugend-Nationalmannschaft hinter sich, eine vielversprechende Zukunft vor sich. Zehn Jahre später war er mit 27 Jahren der prominenteste arbeitslose Fußball-Profi. Als Verlierer im Gehaltspoker mit Manager Günter Netzer kassierte er vier Monate lang statt satter Prämien den Höchstzahl der Arbeitslosenunterstützung von knapp 2000 Mark.

Dann kam im Herbst 1980 das Angebot des 1. FC Nürnberg. Sein zweiter Arbeitsplatz. Vier Jahre lang. Bis zum Oktober 1984.

Erneut war Kargus der Verlierer in einer Machtkampagne mit dem Präsidenten. Er gehörte zu einer Gruppe von Spielern, die öffentlich gegen Trainer Höher rebelliert hatte und dafür fristlos entlassen wurde. Die fristlose Kündigung von Rudi Kargus wurde später in eine fristgerechte umgewandelt. Die Basis für eine Zusammenarbeit in Nürnberg war zerstört, Kargus wurde an den Zweitliga-Klub Karlsruher SC ausgeliehen.

In Karlsruhe hatte sich damals Stamm-Torwart Bernd Fuhr verletzt. Kargus mußte kurzfristig als Ausfalls-Torwart einspringen. So kennt er die Rolle schon, die ihm auch jetzt in Düsseldorf zugesprochen ist. Stamm-Torwart Jörg Schmadtke hat am Freitag beim Training vor dem Bundesligaspiel gegen den 1. FC Köln einen Fußbruch erlitten und wird bis zum Jahresende pausieren müssen. An seiner Stelle spielte am Samstag der 17-jährige Frank Kirm. Ein unglückliches Bundesliga-Debüt. Kirm mußte gleich vier Gegentore hinnehmen, ohne daß er selbst auch nur einen entscheidenden Fehler gemacht hätte.

Vorstand und Trainer jedenfalls entschieden: Ein neuer Mann muß her. Im Kampf gegen den Abstieg brauchen sie einen erfahrenen Torwart. „Wolfgang Kleff wäre für uns in Frage gekommen“, sagt Manager Faßbender. Aber der hatte drei Tage zuvor in Salzmünde unterschrieben. Kleff, schon 38 Jahre alt, half in der vergangenen Saison dem VfL Bochum in einer ähnlichen Situation.

Auf jeden Fall suchten die Verantwortlichen in Düsseldorf nur nach einer Übergangslösung, weil wir unseren jungen Torleuten nicht einen Mann vorgesetzt wollten, der ihnen vielleicht die Zukunft verbaute würde“, so Manager Faßbender. Weil der als Ausfalls-Torwart schon erprobte Wolfgang Kleff nicht zu haben war, entschieden sich die Düsseldorf für Rudi Kargus. Walter Jungmann (28), in Schalke nur noch Ersatz, war zu teuer. Dagegen muß Düsseldorf für Rudi Kargus voraussichtlich keine Ablösesumme mehr bezahlen. „Wir müssen noch mit Nürnberg Präsident Schmelzer sprechen, weil wir an Nürnberg noch abfegepflichtigt sind“, sagt Werner Faßbender. „Aber Rudi Kargus hat die Zusage gegeben, bei einem Vereinswechsel so gut wie abfegefrei gehen zu dürfen.“ Bis zum 31. Dezember datiert der ausgehandelte Vertrag. Eine Verlängerung ist möglich. „Anfang Dezember werden wir uns noch einmal zusammensetzen“, sagt Manager Faßbender. „Bis dahin müssen wir die Entwicklung abwarten. Unsere eigene und die von Rudi Kargus.“

STANDPUNKT / Und wieder ist Assauer Sieger

Wenn früher vom Schalker Kreisel die Rede war, dann waren damit verwirrende Kombinationen und atemberaubende Tricks auf dem Spielfeld gemeint. Lang, lang ist's her. Das neuzeitliche Schalke kreist zwar immer noch - zuweilen ebenso verwirrend, manchmal auch atemberaubend trickreich. Nur auf einer anderen Ebene: in der Führungsetage nämlich, wo in den vergangenen Wochen ein Krach den anderen abgelöst hat.

Präsident Hans-Joachim Fenne und Trainer Rolf Scharf bildeten eine Allianz gegen den ungeliebten Manager Rudi Assauer. Fenne warf ihm vor, seit seinem Amtsantritt vor fünf Jahren für viel Geld - im Gespräch sind zehn Millionen Mark -

die falschen Spieler eingekauft zu haben. Scharf hat öffentlich bekundet, daß er kein Vertrauen zum Manager habe. Vor diesem Hintergrund sind am späten Montagabend die Führungsgremien des Bundesligaklubs zu einer Sitzung zusammengekommen.

Und weil Vizepräsident Herbert Schmitz noch kurz vor der Zusammenkunft erklärt hatte, es gehe wohl keine Gemeinsamkeiten, speziell zwischen Fenne und Assauer nicht, es müsse so schnell wie möglich eine Personalentscheidung getroffen werden, schien die Entlassung des Managers beschlossene Sache. Doch um Mitternacht war alles anders. Da teilte Fenne mit: „Wir haben die Grundsatzentscheidung getroffen, daß Assauer im Amt bleibt.“ Während der derzeitigen Gastreise der Schalke in die „DDR“, wo sie im Rahmen des deutsch-deutschen Sportverkehrs heute Abend gegen Hans Rostock spielen, wollen Präsidium, Manager, Trainer und Mannschaft eine gemeinsame Basis für die Zukunft erarbeiten. „Ohne daß irgend jemand sein Gesicht verliert“, wie es hieß. Zweifel, daß es gelingt, sind erlaubt.

Aber fest steht, daß aus den Querelen nur einer als Sieger hervorgegangen ist - der vom Team gestützte Assauer. Zum zweiten Mal hat er den Angriff seines Präsidenten, der vor zehn Monaten schon den Ex-Schalke-Spieler Rolf Rüssmann zum Manager machen wollte, abgewehrt. BERND WEBER

Neuberger mit Gewinn zufrieden

sid, Zürich/Düsseldorf

Mexikos Schuldenberg von rund hundert Milliarden Dollar zum Trotz: Die Fußballweltmeisterschaft 1986 hielt wirtschaftlich, was sich die Weltverbände FIFA und der Weltverband des Weltverbandes FIFA von dem Millionen-Spektakel versprochen hatten. Mit Einnahmen von 144 Millionen und einem Gewinn von 71,5 Millionen Schweizer Franken brach das 13. Endturnier alle bisherigen Finanz-Rekorde in der WM-Geschichte seit 1930.

„Ich bin zufrieden. Alles, was wir versprochen hatten, ist erreicht worden“, lautet der Kommentar von WM-Chef Hermann Neuberger zur wirtschaftlichen WM-Bilanz, die das Ergebnis von 1982 deutlich übertraf. Das erste WM-Turnier mit 24 Teilnehmern hatte vor vier Jahren in Spanien Einnahmen von 115 Millionen und einen Gewinn von 64 Millionen Schweizer Franken erbracht.

FIFA-Präsident João Havelange nutzte in Zürich die Gelegenheit, um zu dokumentieren, daß der reiche Weltverband den Opfern und Hinterbliebenen des Erdbebens in Mexiko City vom letzten September Hilfgelder in Höhe von 1,3 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt hat. Dabei spendeten die 24 WM-Städte, von denen jeder mindestens 1,44 Millionen Franken von WM-Kuchen erhält, insgesamt 960 000 Dollar (je 40 000).

Als Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) konnte Neuberger, der bei der nächsten WM 1990 in Italien wieder als WM-Chef der FIFA fungiert, nicht ganz so zufrieden sein. Zwar spielte Franz Beckenbauer Team als Vizeweltmeister über vier Millionen Mark ein. Doch bei WM-Aufwendungen von rund fünf Millionen muß Schatzmeister Egidius Braun ein Minus von etwa einer Million Mark verbuchen.

In Spanien hatte der DFB 3,1 Millionen Mark erhalten und auch schon draufgezahlt. Als dickste Brocken schlugen bei den DFB-Kosten die Prämie von 70 000 Mark pro Spieler, die Abstellgebühren von rund einer Million Mark an die Bundesligaverbände und die Versicherung der Spieler von 600 000 Mark zu Buche.

Politgerangel: Witeczek darf nicht nach Lodz, und Götz traut sich nicht nach Prag

M. STOEßINGER, Düsseldorf

Die polnische Botschaft hat dem Uerdinger Marcel Witeczek die Einreise nach Lodz verweigert. Leverkusen-Falko Götz flog aus Sicherheitsgründen nicht nach Prag, Moskau sperrte drei Stuttgarter Journalisten aus, und der türkisch-griechische Konflikt um Zypern bedroht das vorgesehene Duell zwischen Besiktas Istanbul und Hapoel Nikosia. Vor den heutigen Hinspielen im Europapokal-Wettbewerb (Rückspiele am 5. November) der zweiten Runde herrscht hinter den Kulissen ein Politgerangel.

Uerdingens Manager Reinhard Rodder kehrte vor dem Abflug von Bayer Uerdingen zum UEFA-Pokalgegner Widzew Lodz mit einem abschlägigen Bescheid der polnischen Botschaft in Sachen Witeczek aus Bonn zurück. Hintergrund für die Visa-Verweigerung: Das 17-Jahre alte Talent war vor fünf Jahren mit seinen Eltern und Bruder Thomas nach einem Verwandten-Besuch in der Bundesrepublik nicht nach Polen zurückgekehrt.

Allerdings konnte Witeczek dem Einreise-Stopp auch einen positiven Aspekt abgewinnen: „Vielleicht wäre das Risiko auch zu groß gewesen.“ Von vornherein auf das Gastspiel bei Dukla Prag hatte der Leverkusener

Falko Götz verzichtet. Der vor drei Jahren aus der „DDR“ geflüchtete Mittelfeldspieler mußte eine Festnahme befürchten, denn nach Erfahrungen aus der Vergangenheit sind gerade die CSSR-Behörden für ihr restriktives Verhalten bekannt.

Auf völliges Unverständnis stieß in Stuttgart die Maßnahme der sowjetischen Botschaft, drei Journalisten die Einreise zum Spiel des VfB bei Torpedo Moskau zu verweigern. Der Klub-Vorstand der Schwaben richtete einen, so Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder, „geharmonisierten Protest“ an die Europäische Fußball-Union (UEFA). Die Überlegung, aus Protest gar nicht erst anzutreten, wurde wegen zu erwartender Sanktionen der UEFA wieder verworfen.

Strafen müssen der türkische Klub Besiktas Istanbul und der zyprische Gegner Hapoel Nikosia befürchten, sollte das geplante Duell im Landesmeister-Wettbewerb an der hohen Politik scheitern. Die Regierung des griechischen Teils hat Hapoel untersagt, gegen Besiktas anzutreten. So gerieten die beiden Klubs zwischen die Mühlsteine der griechischen und türkischen Regierung und wohl auch des europäischen Verbandes.

Zum sportlichen Teil des Europapokals: Teamchef Franz Beckenbauer

er spricht dem Bundesliga-Quintett Mut zu. „Die Zeichen stehen gut. Ich gehe davon aus, daß alle weiterkommen“, sagte der Teamchef und begründet seine Zuversicht so: „Die Gegner sind nicht stärker als die in der ersten Runde.“ Einen Vorteil sieht er für Leverkusen, Uerdingen und Stuttgart, die allesamt zuerst auswärts antreten.

Vor dem ewig reizvollen Duell zwischen der deutschen und österreichischen Bundesliga beim Spiel Bayern München gegen Austria Wien hat sich mal wieder Lästertum Max Merkel zu Wort gemeldet. Ausgerechnet im heimischen ORF-Fernsehen zog der Wiener einen sarkastischen Vergleich zwischen Münchner Ansprüchen und Wiener Wirklichkeit. „Das ist so, als ob Onassis gegen einen Arbeitslosen antritt.“

60 000 Zuschauer werden im Olympiastadion erwartet. Von unterschiedlichen Dimensionen spricht Wiens Trainer Thomas Pharis: „Die Bayern sind haushoher Favorit.“

Bonus Münchenladbach wäre gegen Feyenoord Rotterdam schon mit einem 1:0 zufrieden. „Hauptsache, kein Gegenort“, sagt Trainer Heynckes, der für das Rückspiel in 14 Tagen wie schon gegen Belgad dann auf die Konterstärke seiner Mannschaft setzen will.

VOLLEYBALL / Spitzenspiel gegen Hamburg

Fortuna Bonn: Fast Abstieg, nun aber ein Titel-Aspirant

sid, Düsseldorf

Vor fünf Jahren erlebte Bonn mit der zweiten deutschen Meisterschaft des SSF seinen vorläufig letzten Höhepunkt als Volleyball-Hochburg. Danach trat eine Funkstille in Sachen Volleyball in der Hauptstadt der Bundesrepublik ein. Der SSF verabschiedete sich sang- und klanglos aus der ersten Liga. Lokalfavorit Fortuna kämpfte ums Überleben in der Eliteklasse. Nun erleben die Bonner durch die Fortunen eine Renaissance: Nach sechs Bundesliga-Durchgängen sind die Schützlinge des südkoreanischen Spielertrainers Lee Hee Wan umgeschlagener Tabellenführer.

Heute Abend muß der Liga-Gehheimtip um Nationalspieler Frank Winkler beweisen, was er wirklich kann. Titelverteidiger Hamburger SV wird zum Spitzenspiel im Sportpark Nord (19.30 Uhr) erwartet. Allerdings erwischen die Hanseaten einen mäßigen Saisonstart und kassierten deutliche Niederlagen beim Pokalsieger Berlin und Neuling Moers. Doch deuten die Hanseaten rechtzeitig vor dem Spitzenspiel mit zwei Siegen einen Aufwärtstrend an und können nun auch den brasilianischen Stiller Andre Gonzaga einsetzen.

In den beiden letzten Jahren gelang es der Fortuna, erstmals finanzkräftige Sponsoren an Land zu ziehen. Seit 1985 zieht die Trikots der Bonner der Schriftzug eines südkoreanischen Multi-Konzerns (Goldstar). Darüber hinaus zählt auch die heimische Wirtschaft verstärkt zu die

Kassen des Tabellenführers. Mit Hilfe dieser Geldmittel gelangen Fortunas Vorsitzenden Erich Goebels entscheidende Verstärkungen: Die Ex-Paderborner Frank Winkler und Manfred Kaiser, sowie der englische „Volleyballer des Jahres“, Marek Banasiewicz, konnten deshalb verpflichtet werden.

Mit Hauptangreifer Olaf Becker trägt noch ein dritter aktueller Auswahlspieler das Fortuna-Trikot. Auf Grund dieser Konstellation ist die Hoffnung in Bonn groß, im wiederholten Anlauf einen Traum realisieren zu können: Der deutsche Volleyball-Verband (DVV) will einen Stützpunkt für seine Männer-Nationalmannschaft errichten. Fortunas Zuspätkommen Lee Hee Wan fungierte bei den letzten Länderspielen schon als Assistent für Bundestrainer Zbigniew Jasiekiewicz. Mit der langfristigen Verpflichtung des Südkoreaners war dem Bundesligaklub im Vorjahr der erste spektakuläre Transfer gelungen.

Trotz der vielversprechenden Zugänge ließ der Zuschauer-Zuspruch bei Fortuna noch Wünsche offen. Erst zur Spitzenbegegnung mit Pokalsieger VfB Berlin machten sich 1000 Fans auf den Weg zur Fortuna. Goebels: „Wenn wir unsere Leistung stabilisieren, werden aber wohl noch mehr Fans kommen.“

Allerdings fehlt bei Fortuna Bonn der Unterbau. Die zweite Mannschaft wurde in der letzten Saison sogar siebtklassig.

Verdrängungs-Künstlerin Traudl Hächer

Ned scho wieder! - Traudl Hächer steht da, blond, braungebrannt und lächelnd - und versteht einfach nicht, daß immer wieder dieselben Fragen kommen. Wenn zweimal im Knie alles kaputtgegangen ist, was kaputtgehen kann, wer sowohl links als auch rechts einen Kreuzbändriss, Innenbändriss und Meniskusschaden davongetragen hat, der muß doch einmal zumindest aus Aufhören gedacht haben. „Ich habe die schwere Knieverletzung bewußt verdrängt, das kann ich mittlerweile ganz gut. Ich rede darüber nicht mehr, auch mit Freunden nicht.“

Traudl Hächer, die von Aktiven, Trainern und Journalisten zur Skisportlerin des Jahres gekürt worden ist, hat die schwärzesten Stunden ihrer Laufbahn perfekt verdrängt. Aufhören? „Nein, daran ha-

be ich noch nie gedacht.“ Der Gesamtsieg im Riesenslalom-Weltcup schien ihr nicht mehr zu nehmen, als sie am 13. März nach jenem Abfahrtssturz in Val Gardena nicht mehr aufstand. Fünf Punkte war sie, erzählt die 23-jährige, „ich habe wieder volles Vertrauen in mein Knie.“ Zwar haben ihr die Kolleginnen Michaela Gerg und Marina Kiehl am Anfang noch ein paar Sekunden abgenommen, aber der Rückstand wurde im Verlauf der Woche geringer.

14 Wochen noch hat sie Zeit, den Rückstand aufzuholen. Dann geht es bei der Weltmeisterschaft in Crans Montana um Gold. Traudl Hächer, die Meisterin der Verdrängungskunst, lacht und sagt: „Wer Leistungssportler ist, der kann nur ein Ziel haben.“ Also Gold? MARKUS SEYRER

Das Fachblatt

Antiquitäten Zeitung

erscheint alle 14 Tage und informiert Sie gezielt über aktuelle deutsche und internationale Auktionen. Unsere Experten besprechen und analysieren mit Sachkenntnis und Sorgfalt Auktionsergebnisse und Trends. Zu Fälschungen, Restaurierungen, Rechts- und Steuerfragen äußern sich Fachleute.

Kritische Berichte über bedeutende Ausstellungen in Museen ergänzen die Berichterstattung über den vielschichtigen Kunst- und Antiquitätenmarkt und vermitteln einen Wissensvorsprung. Terminkalender zu Ausstellungen in Museen, Auktionen aller Fachrichtungen, Kunstmessen und -märkten erleichtern die gezielte Teilnahme am Kunstgeschehen. Viele Anzeigen informieren zudem über das Angebot des Kunstmarktes.

Am besten, Sie überzeugen sich selbst. Bitte bedienen Sie sich des Coupons.

Coupon

- ☐ Ich möchte die Antiquitäten-Zeitung kennenlernen. Bitte senden Sie mir ein kostenloses und unverbindliches Probexemplar.
- ☐ Ich bestelle die Antiquitäten-Zeitung zum regelmäßigen Bezug. Ein Jahresabonnement mit 26 Ausgaben kostet z. Zt. DM 91,- zzgl. DM 7,80 Versand (Inland).
- ☐ Bitte senden Sie mir auch die Anzeigenpreisliste.

Name _____

Vorname _____

Straße / Postfach _____

PLZ / Ort _____

Telefon _____

Datum / Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Meine Bestellung kann ich innerhalb von 14 Tagen schriftlich bei der Antiquitäten-Zeitung Verlag GmbH, Nymphenburger Str. 84, 8000 München 19, widerrufen und bestätige dies durch meine 2. Unterschrift. Rechtzeitige Absendung des Widerrufs genügt.

Datum / Unterschrift _____

Antiquitäten-Zeitung Verlag GmbH
Nymphenburger Str. 84, 8000 München 19,
Telefon (089) 181095

Beteiligung an „Hermes“ stößt auf Widerstand in der Koalition

Haushaltspolitiker sperren 23 Millionen Mark / Der Finanzminister soll sich äußern

HEINZ HECK, Bonn
Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages wird heute dem Bonner Koalitionsbeschluss vom Freitag über eine deutsche Beteiligung am französischen Raumfahrtprojekt „Hermes“ zunächst einmal einen Riegel vorschieben. Die Koalitionsabgeordneten im Haushaltsausschuss kamen gestern überein, bei der heutigen Beratung des Forschungsetats 1987 die für die Projektstudie vorgesehenen 23 Millionen Mark „qualifiziert“ zu sperren und bis zum Frühjahr nächsten Jahres eine Vorlage über alle Raumfahrt-Großprojekte und die sich daraus ergebenden mittelfristigen Finanzverpflichtungen des Bundes anzufordern.

Französische Vermutungen

Die von einer Ministerrunde unter Leitung des Bundeskanzlers und in Anwesenheit des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß am vergangenen Freitag beschlossene Beteiligung an der Vorbereitungsphase für „Hermes“ hat offenbar in Frankreich den Eindruck erweckt, daß der jahrelange Bonner Widerstand gegen eine Beteiligung an „Hermes“ nunmehr ausgeräumt sei (s. Seite 15). Dies genau ist die Sorge der

Bonner Haushaltspolitiker, daß mit der gering erscheinenden Beteiligung an der Projektstudie schon die milliardenschwere am Gesamtprojekt verbunden sei.

Manfred Carstens (Erstet). Obmann der Haushaltsgruppe der Unionfraktion, erklärte in einem WELT-Gespräch, es gehe darum, bei so großen Vorhaben gründlich vorzugehen und bei der Vorgängerregierung zu beobachtende finanzielle Fehlentwicklungen (zum Beispiel Brüter oder Tornado) von Anfang an zu verhindern.

Mit der Sperre würden die Mittel nicht gestrichen. Auch entscheide der Haushaltsausschuss nicht endgültig darüber, ob Bonn sich an „Hermes“ beteilige oder nicht. Seine Aufgabe sei es vielmehr, darüber zu wachen, daß „sorgsam“ mit Etatmitteln umgegangen werde und daß im Falle einer Zusage auch die erforderlichen Mittel über die ganze Laufzeit zur Verfügung stünden. Die Bundesregierung könne entweder noch bis zur Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses Mitte November oder von 1987 an die erforderlichen Unterlagen für eine Entscheidung vorlegen.

Sein Fraktionskollege Dietrich Austermann, CDU-Berichterstat

ter für den Forschungsetat, erklärte der WELT ergänzend auf Anfrage, die Bundesregierung sollte sich die Beteiligung an „Hermes“ „noch einmal gründlich überlegen“. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß – etwa in Paris – „Entscheidungen als vorweggenommen angesehen werden, die auch in ihren finanziellen Konsequenzen erst noch genau geprüft werden müssen“.

Die Zusatzbelastungen

Bei einer 30prozentigen Bonner Beteiligung an „Hermes“ kämen auf den Bundeshaushalt allein nach heutigen, sicher zu optimistischen Schätzungen Zusatzbelastungen von mindestens 2,5 Milliarden zu.

Wolfgang Weng, zugleich Haushaltsobmann und Berichterstatter der freidemokratischen Fraktion für den Forschungsetat, erklärte der WELT, dem Einstieg bei „Hermes“ müßten eine Information und ein Beschluß des Parlaments vorausgehen. Kritisch zur Haltung des Finanzministers fügte er hinzu, dessen Widerstand gegen die deutsche Beteiligung sei bekannt. Wenn er unverändert dieser Auffassung sei, sollte er auch dazu stehen.

Streik legt Paris lahm, aber das Chaos bleibt aus

pr. Paris

Die Gewerkschaften in Frankreich hatten einen „schwarzen Dienstag“ prophezeit. Tatsächlich legte der Streik im öffentlichen Dienst für Stunden die französische Hauptstadt lahm. Stromsperrungen, damit verbundene Ausfall des Ampelbetriebs und eingestellter Metro- und Busverkehr sorgten auch für Störungen. Ein Chaos aber blieb aus, da viele Pariser zu Hause geblieben waren.

Zu dem Streik hatten alle Gewerkschaften bereits vor einem Monat aufgerufen, nachdem Einzelaktionen im Mai und Juni im Bahnverkehr und beim Fernsehen ohne großes Echo geblieben waren. Zu vordergründig war damals die politische Zielsetzung: Die neue Mehrheit der Bürgerlichen sollte die Macht der Staatsdiene spüren. Bekämpft wurden Privatisierungspläne, wobei es auch um den Verkauf der staatlichen Fernsehgesellschaft TF1 ging.

Jetzt riefen die Gewerkschaften zum landesweiten Protest gegen das Einfrieren des Personalstandes und den Kaufkraftverlust auf. Betroffen waren Verkehr, Schulen, Rundfunk, Fernsehen, Post und Telefon. Einige Gewerkschaften brüsten sich, es sei der größte Streik seit 1977 gewesen. Weniger groß herausgestellt wurde dagegen, daß die Arbeitnehmervertreter seit Dienstag letzter Woche mit dem Minister für den öffentlichen Dienst, Hervé de Charette, am runden Tisch saßen. Bis zum 13. November sollen die Gewerkschaften der Regierung ihre Vorstellungen zur Verbesserung des öffentlichen Dienstes vorlegen. Die Kommunisten nehmen nicht an den Gesprächen, die sie als Maskerade bezeichnen, teil.

Die restriktive Politik im öffentlichen Dienst ist keine Neuerung der Regierung Chirac. Die Sozialisten hatten bereits 1983 mit dem Abbau von Stellen und Zulagen begonnen. Damals bielten die Gewerkschaften still, da der Gesundheitskurs der linken Wirtschaftspolitik nicht gefährdet werden sollte. Jetzt wird das Einfrieren jeder zweiten offenen Stelle im öffentlichen Bereich – bei Lehrern soll jede vierte Vakanz nicht mehr besetzt werden – umgemünzt werden, um die Massen aufzuwiegen. Auch der zweite Streikgrund läßt sich leicht entkräften: 1984 und 1985 wurde der Kaufkraftverlust ausgeglichen. In diesem Jahr ist sogar eine leichte Verbesserung zu verzeichnen.

Washington von Signalen aus Moskau ermutigt. Gipfeltreffen im Frühjahr?

In der Ausweissungs-Affäre wollen USA hart bleiben / Gespräche über SDI angestrebt

FRITZ WIRTH, Washington

Der gegenwärtige Stand der amerikanischen-sowjetischen Beziehungen zeigt leicht schizophrene Züge. Er ist einerseits gekennzeichnet von Drohgebärden und angekündigten Vergeltungsmaßnahmen in Zusammenhang mit den Ausweisungen von Diplomaten beider Länder in Moskau und New York und zugleich von Annäherungs- und Entspannungsbestrebungen mit dem Ziel, die nach dem Gipfel von Island festgefahrenen Fronten in Bewegung zu bringen.

Strikte Trennung

Im Augenblick bemüht man sich auf amerikanischer Seite, beide Affären strikt auseinanderzuhalten. Man zeigt Härte im Konflikt um die kürzliche Ausweisung von fünf amerikanischen Diplomaten aus der Sowjetunion und zugleich aufgeschlossenes Wohlwollen gegenüber dem Bemühen der Sowjets, auf diplomatischem Wege die Hürden von Reykjavik aus dem Wege zu räumen und besonders in der umstrittenen SDI-Frage klärende Gespräche zu führen.

Das amerikanische Außenministerium hat in den vergangenen Stunden deutlich zu verstehen gegeben, daß es die Ausweisung seiner fünf Diplomaten nicht nur mit diplomatischen Protesten beantworten will. Man hat Ge-

genmaßnahmen angekündigt, die angeblich unmittelbar bevorstehen. Man erwartet in Washington allgemein die Ausweisung von mindestens fünf sowjetischen Diplomaten, dieses Mal jedoch nicht aus der UNO-Mission in New York, sondern aus der sowjetischen Botschaft in Washington.

Die Affäre war im vergangenen Monat durch die Ausweisung von 25 Mitgliedern der sowjetischen UNO-Mission in New York ausgelöst worden, die von amerikanischer Seite als Spione bezeichnet wurden. Die Ausweisung ist Teil der amerikanischen Bemühungen, das Personal dieser sowjetischen UNO-Mission bis zum Frühjahr 1988 von 270 auf 165 zu reduzieren. Sie wäre damit immer noch die größte Mission bei den Vereinten Nationen.

Die Sowjets haben diese amerikanischen Reduzierungsmaßnahmen als illegal bezeichnet. Die USA nannten die Vergeltungsmaßnahmen der Sowjets, mit denen sie fünf amerikanische Diplomaten trafen, „schädlich für unsere beiderseitigen Beziehungen“. Es ist das höchste Kontingent an amerikanischen Diplomaten, das bisher von den Sowjets aus Moskau nach Hause geschickt wurde.

Zu gleicher Zeit jedoch haben die Sowjets über diplomatische Kanäle

Signale an Washington ausgesandt, daß man die Diskussion über jene Papiere neu aufnehmen möchte, die in Reykjavik zum Abbruch der Gipfelgespräche führten. Diese Papiere umreißen vor allem die bisher als starr geltende sowjetische Position in der Frage der SDI-Forschung, die nach ihrer Meinung nur auf Laboratorien beschränkt bleiben dürfe. Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, erklärte zu diesen sowjetischen Signalen: „Sie haben angedeutet, daß sie in dieser Frage ihre Position klären möchten“.

Adelman zuversichtlich

Das Ganze läuft damit wieder auf die Diskussion über die Auslegung des ABM-Vertrages hinaus, der nach amerikanischer Ansicht auch bei einer engen Interpretation die Forschung, das Testen und die Entwicklung eines Verteidigungssystems im Weltraum zuläßt.

Kenneth Adelman, der Direktor der amerikanischen Rüstungskontrollbehörde, ist von diesen neuen sowjetischen Signalen so ermutigt, daß er prophezeit: „Ein neues Gipfeltreffen ist nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich. Ich erwarte es zur Kirschblütezeit im nächsten Frühjahr.“

NATO gegen „Paketlösung“ des Kreml

RÜDIGER MONIAK, Gienegies

Die NATO will darauf pochen, daß die Sowjetunion ihre Bereitschaft zu einer weitgehenden Abrüstung, die sie bereits vor dem Gipfel von Reykjavik bekundet hatte, bei den jetzt in Genf wieder aufgenommenen Rüstungskontrollverhandlungen unter Beweis stellt. Dies zeichnete sich gestern als gemeinsame Position der Verteidigungsminister der Allianz am ersten Konferenztag der 40. Tagung der „Nuklearen Planungsgruppe“ im schottischen Gienegies ab.

Nach Darstellung von Staatssekretär Lothar Rühl vom Bundesverteidigungsministerium, der den nach Washington gereisten Minister Manfred Wörner in Gienegies vertritt, will die NATO Moskau bewegen, für den Bereich der Mittelstreckenwaffen größere Reichweite (LRINF) ein Rüstungskontrollabkommen auf der Basis einer Null-Lösung für europagerichtete Waffen abzuschließen. Der Kreml soll sein Beharren aufgeben, daß Abrüstung allein als „Paketlösung“ in der Verbindung von strategischer, semistategischer und Weltraumrüstung denkbar sei. Von die-

sem Junktim, wie es Gienegies gegenüber Reagan in Reykjavik konstruiert habe, müsse Moskau „durch öffentlichen Druck“ wieder abgebracht werden.

US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger bezeichnete die von Reagan in Island gemachten Abrüstungsvorschläge als die am weitesten gehenden, die ein amerikanischer Präsident je gemacht habe. Sie schlossen die Wegnahme aller mit nuklearen Sprengköpfen bewehrten ballistischen Angriff-Flugkörper strategischer und semistategischer Reichweite ein. Teilnehmer der Konferenz unterstrichen die Bedeutung dieser Aussage. Sie machte deutlich, daß die USA Kernwaffen auf anderen Trägersystemen wie Flugzeugen oder Marschflugkörpern nicht in die jetzt in Genf zu verhandelnde Reduzierung einbeziehen und damit die NATO-Strategie der Abschreckung, das nukleare Element, als wesentlich erhalten wollten.

Als Gastgeber der Konferenz appellierte der britische Verteidigungsminister George Younger mit Zustimmung aller europäischen NATO-Re-

gierungen an die USA, nach dem möglichen Abschluß eines INF-Abkommens in weiteren Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen klarere Reichweite in Europa (SRINF) das sowjetische Angebot des „Einfrierens“ der vorhandenen Potentiale nicht zu akzeptieren. Dies würde das Ungleichgewicht zu Ungunsten der NATO zementieren. Die Verhandlungen müßten vielmehr so geführt werden, daß sie Parität ermöglichen.

Für die Bundesregierung unterstrich Staatssekretär Rühl nochmals die deutsche Bereitschaft zur Unterstützung des amerikanischen SDI-Forschungsprogramms. Der US-Minister Weinberger hatte vorher bekräftigt, Washington verfolge das SDI-Projekt mit „höchster Priorität“. Es solle die Grundlage dafür schaffen, zwischen West und Ost eine „neue Struktur der strategischen Beziehungen“ zu entwickeln, die ihre Stabilität nicht mehr aus der gegenseitigen Drohung, sondern aus der Gewährleistung eines für beide Seiten funktionsfähigen strategischen Schutzschildes gewinnen sollen.

Kein einheitliches Tempo in der EG

AP, Straßburg

Im Europäischen Parlament ist gestern ein neuer Vorstoß mit dem Ziel gescheitert, für den Straßenverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine einheitliche Geschwindigkeitsbegrenzung zu erreichen. Mit 130 gegen 103 Stimmen lehnte das Parlament in Straßburg eine Entscheidung ab, in der Höchstgeschwindigkeiten für Personenzüge auf Schnellstraßen (110 Kilometer pro Stunde), für Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften (100 km/h) und innerhalb geschlossener Ortschaften (50 km/h) gefordert worden wären. An ein Tempolimit für Autobahnen war nicht gedacht. Die Entscheidung verwies auf die Verkehrssicherheit, den Umweltschutz und Energieverbrauch.

Worms zu NH-Lösung bereit

rr, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische CDU hat der SPD-Landesregierung ihre Unterstützung beim Verkauf der 43 000 Wohnungen der Neuen Heimat in NRW an gemeinnützige Unternehmen signalisiert. CDU-Fraktionschef Worms nannte gestern die Bedingungen: In dem Kaufvertrag zwischen der BGAG und dem neuen NH-Eigentümer Schiessner müsse gestrichen werden, daß sich beide den Verkauf der NH-Wohnungen an Rhein und Ruhr auf dem freien Markt vorerst vorbehalten. Eine Lösung mit den NH-Gläubigern müsse gefunden und Einsicht in das NH-Geschäftsgeheimnis gewährt werden. Bislang liege von der Landesregierung allerdings kein Gesprächsangebot vor.

Beirut: London zieht Diplomaten ab

rr, London

Großbritannien hat das Personal seiner Botschaft in Beirut verringert. Das Außenministerium in London gab bekannt, aus Sicherheitsgründen sei ein Teil der Botschaft mit seinen Angehörigen abgezogen worden. Die Vertretung bleibe aber geöffnet. In diplomatischen Kreisen der libanesischen Hauptstadt hieß es, drei der sechs britischen Diplomaten seien vorläufig aberufen worden, weil sich die Regierung in London im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen den Jordanier Nesar Hindawi Sorgen mache. Hindawi steht derzeit in London vor Gericht, weil er versucht habe, im Gepäck seiner nichtsahnenden Freundin einen Sprengsatz an Bord eines israelischen Flugzeugs zu schmuggeln.

Privatversichert - damit man ganz sicher sein kann.

Sicherheit wird bei der privaten Krankenversicherung groß geschrieben. Die gewählten Versicherungsleistungen sind in einem Vertrag genau beschrieben. Da weiß man, woran man ist.

Die zu zahlenden Versicherungsbeiträge richten sich nach den gewählten Tarifen und werden jährlich daraufhin geprüft, ob sie für die Bezahlung der Leistungen ausreichen. Das heißt, man zahlt immer den richtigen Preis.

Für die höheren Leistungen bei fortschreitendem Lebensalter werden rechtzeitig Finanzmittel zurückgestellt. Und gut angelegt, versteht sich. Das dient der Sicherheit im Alter. Und über alle wichtigen Geschäfte eines privaten Krankenversicherungsunternehmens wacht eine staatliche Aufsichtsbehörde. Insbesondere über die finanzielle Sicherheit des Unternehmens.

Die Fortschrittlichkeit, die Flexibilität und die Leistungsfähigkeit des privaten Krankenversicherungsschutzes werden überall zunehmend anerkannt. Immer mehr Menschen kommen zur privaten Krankenversicherung.

Damit Sie mehr erfahren: Bitte Broschüre anfordern (kostenlos). - Verband der privaten Krankenversicherung e.V., Postfach 51 10 40, 5000 Köln 51. Informationen erhalten Sie auch über Bildschirmtext * 2 01 77 #.

Die privaten Krankenversicherungen
Praktizierter Fortschritt



Generalsekretär für Hasselmann

mj, Hannover

Bei der Suche nach einem neuen Generalsekretär für die niedersächsische CDU hat ihr Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann jetzt offenbar eine „hausinterne“ Lösung gefunden. Nach seinen Angaben wird er dem CDU Landesvorstand am 8. November den Göttinger Landtagsabgeordneten Hartwig Fischer (38) als „den neuen Generalsekretär“ vorstellen. Fischer, der in den CDU-Sozialausschüssen tätig ist und in Göttingen als Vorsitzender des Betriebsrates eines Kaufhauses arbeitet, soll das seit der Landtagswahl vakante Amt noch im November übernehmen. Zuvor hatte Hasselmann sich unter anderem um Bundespräsident Richard von Weizsäckers Pressesprecher Friedbert Pflüger bemüht.

Cattenom: Betrieb in dieser Woche?

DW, Cattenom

Das französische Kernkraftwerk Cattenom wird möglicherweise noch in dieser Woche seinen Betrieb aufnehmen. Das kündigte der leitende Direktor des staatlichen Elektrizitätskonzerns EDF, Remy Carle, an. Im gleichen Zusammenhang erklärte der Vorsitzende des Ministerrates für französisch-deutsche Zusammenarbeit, André Bord, daß Rheinland-Pfalz ebenso wie schon das Saarland künftig mit Informationen über das Kernkraftwerk in Cattenom versorgt werden soll. Ministerpräsident Bernhard Vogel hatte sich zuvor in Begleitung von Mitgliedern seiner Landesregierung sowie zahlreichen Sachverständigen über das französische Kernkraftwerk vor Ort informiert.

Jerusalem gibt Wien Klarstellung

DW, Jerusalem

Der Botschafter Israels in Österreich, Michael Eiltsur, der vor zehn Tagen in sein Land zurückgekehrt ist, soll auch weiterhin in seinem Amt bleiben. Das hat die Regierung in Jerusalem gegenüber dem österreichischen Botschafter Otto Pleinert deutlich gemacht. Der Diplomat aus Wien hatte um Klarstellung gebeten, da die Amtszeit des israelischen Botschafters bereits im Sommer abgelaufen war.

Die Regierung in Jerusalem will jedoch keinen neuen Botschafter ernennen, der sein Akkreditierungsschreiben dem österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim übergeben müßte. Waldheim war wegen seiner Vergangenheit öffentlich kritisiert worden.

Peking gibt Moskaus Satelliten ein Signal

JOCHEN HEHN, Manila

Im Gegensatz zum nüchternen Arbeitsbesuch von Polens KP-Chef General Jaruzelski vor drei Wochen, ist der Staatsratsvorsitzende der „DDR“, Erich Honecker, gestern bei seinem Besuch in der Volksrepublik China von der Führung des Landes wie ein Staatsoberhaupt empfangen worden. Damit wird deutlich, daß Peking an der Sowjetunion vorbei seine Beziehungen zu den Alliierten Moskaus wieder völlig normalisieren will.

Parteichef Hu zeigte sich bei seinem ersten Gespräch mit Honecker überzeugt davon, daß der Besuch eine „neue Phase der Beziehungen zwischen beiden Ländern einleiten wird“. Honecker hob in seiner Rede zwar die Gemeinsamkeiten mit der Volksrepublik China im Bemühen um den Frieden hervor, bekannte sich dabei jedoch zu den Abrüstungsinitiativen der UdSSR.

Vorsichtige Annäherung

Das jüngste Treffen von US-Präsident Reagan mit KPdSU-Chef Gorbatschow in Island habe „die Notwendigkeit unterstrichen, daß Vernunft und Realismus letztlich die Oberhand gewinnen“.

In der mehrfachen Bezugnahme beider Politiker auf den Staat und das „Volk der DDR“ sahen Beobachter ein weitgehendes Zugeständnis der chinesischen Führung an den

deutschlandpolitischen Standpunkt Ost-Berlins.

Die Beziehungen zwischen Peking und Ost-Berlin waren vor 26 Jahren zwar nicht abgebrochen, jedoch eingefroren worden als es zum Bruch zwischen China und der Sowjetunion kam. Nur Rumänien weigerte sich damals das Schisma mitzuvollziehen. Die vor zwei Jahren noch vorsichtig betriebene Wiederannäherung zwischen den Warschauer Pakt-Staaten und der Volksrepublik China hatte in den ersten Monaten zu einigen bescheidenen wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Vereinbarungen geführt. Daß danach dann verstärkt auch politische und jetzt sogar parteipolitische Kontakte wieder aufgenommen werden können ist sicher mit Billigung Moskaus geschehen, dem Peking allerdings die völlige Normalisierung vor allem wegen der ungelösten Kammbotscha-Frage noch immer vorenthält. Die vor dem Kreml aufgetürmten „Normalisierungshindernisse“ wird Peking während des Honecker-Besuchs sicher nicht zur Sprache bringen. Die Verlegenheit darüber könnte groß sein.

Dem im Jahre 1979, als es zwischen China und Vietnam über Kammbotscha zu einem befristeten Waffenstillstand kam, reihte sich Ost-Berlin als einziger Kritiker gleich hinter Moskau ein. Von den verbesserten Beziehungen seiner Verbündeten zu Peking hofft Moskau zu profitieren. Obwohl formale Parteibeziehungen mit der

Kommunistischen Partei Chinas immer noch ausstehen, werden sie de facto über die Bruderparteien Ost-Berlins, Warschauer und der anderen Länder gepflegt werden können.

Die chinesische Führung verfolgt in der gesamten Aufwertung seiner Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten übrigens die gleiche Taktik wie gegenüber den Staaten Westeuropas. Sie will deren Unabhängigkeit von den Supermächten Sowjetunion und USA stärken.

Chinas Markt lockt

Die Osteuropäer wiederum folgen sicher nicht nur Moskaus Wink, sondern erhoffen sich von den engeren Bindungen an Peking konkrete Vorteile. Der chinesische Markt lockt auch sie.

Ihre industriellen Produkte lassen sich bei den unter chronischen Devisenmangel leidenden Chinesen leichter absetzen als die teure Spitzentechnologie des Westens. Die „DDR“, in den chinesischen Medien für ihre „wirtschaftlichen Errungenschaften“ gepriesen und als „eines der führenden Industrieländer der Welt“ bezeichnet, hofft dabei vor allem ihre chemischen Produkte und Elektronik in China absetzen zu können. Wirtschaftliche Abkommen mit China wurden bereits für den Zeitraum bis 1990 abgeschlossen. Letzter spektakulärer Abschluß: Die Lieferung von 380 Eisenbahnwaggons an China. Wert: 200 Millionen Mark.

alen aus Mos
n im Frühjahr

FÜR DEN ANLEGER

Börsennotierung: Abweichend vom Gesetzentwurf der Regierung hat der Finanzausschuss des Bundestages mit Mehrheit eine Reihe von Änderungen empfohlen. (S. 13)

Euro-Anleihe: Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl legt eine 108-Mill.-Dollar-Anleihe (Kupon: 8,25, Ausgabekurs 101%, Rendite: 8,08 Prozent) mit Laufzeit bis zum 2. Dezember 1996 auf.

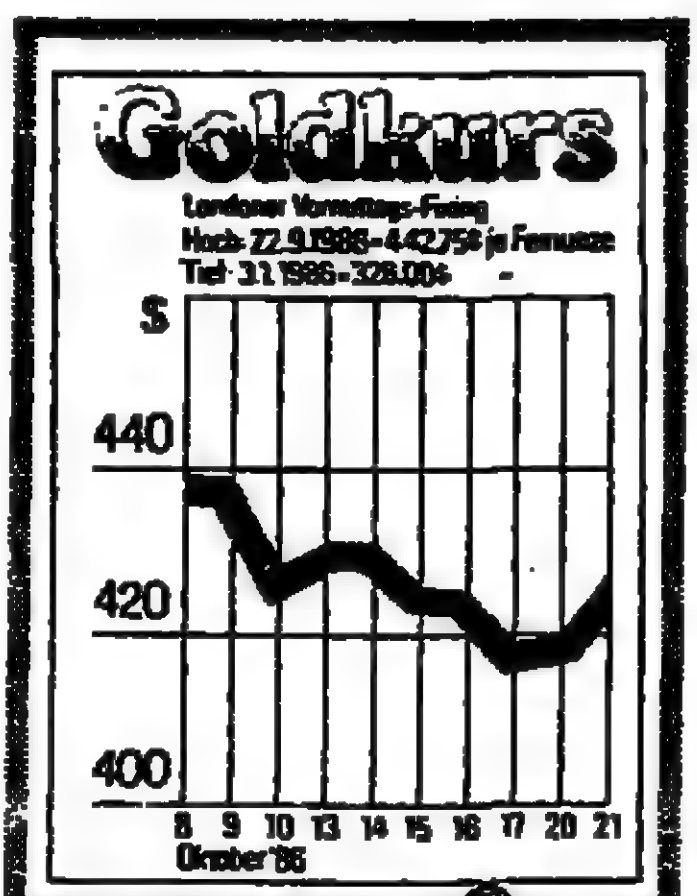
Zins: Die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung hat mit Wirkung vom 15. Oktober den Zins für ihre Ergänzungsdarlehen auf sechs (5,5) Prozent angehoben.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 266,15 (264,22); Chemie: 156,99 (156,03); Elektro: 331,99 (330,25); Auto: 700,88 (688,37); Maschinenbau: 145,06 (144,63); Versorgung: 160,62 (159,16); Banken: 389,78 (388,80); Warenhäuser: 179,60 (179,22); Bauwirtschaft: 540,59 (540,89); Konsumgüter: 173,93 (172,90); Versicherung: 1329,13 (1323,40); Stahl: 144,26 (143,54).

Kursgewinner: DM 2500,0 8,23
Hartmann & Br.

Sears Roebuck C	85,00	4,94
Veith Pirelli	618,00	4,75
Taiyo Yuden	14,30	4,38
DUB	268,00	4,28

Kursverlierer:	DM	-%
Kawasaki Kisen	1,90	9,52
Krupp	118,00	7,85
Sumitomo	2,40	7,69
Mitsui Osk-Line	2,70	6,90
Nippon Kokan	2,80	6,67



Nachbörse: Freundlich

MÄRKTE & POLITIK

Opec: Die Ölminister haben gestern, am 16. Tag ihrer Konferenz in Genf, einer Aufstockung der Förderquote Kuwaits um 60 000 Barrel am Tag in zwei Stufen zugestimmt. Die Förderung des Landes nach einer Quotenerhöhung um 90 000 Barrel hatte bisher die Verhandlungen blockiert.

Orgatechnik: Die Kaufbereitschaft von Handel und Anwendern hat die Erwartungen auf der gestrigen zu Ende gegangenen Internationalen Büromesse in Köln vielfach übertroffen.

Halbleiter: Der Welthandel wird nach Angaben aus der japanischen Industrie 1986 den Rekord-

wert von 26,5 Mrd. Dollar erreichen. Das wären 23,6 Prozent mehr als 1985 und zwei Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1984.

Daimler: Zweifel an der Angemessenheit der Subventionen für das Rastatt-Werk äußerte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, gestern vor dem CDU-Wirtschaftsrat in Stuttgart.

Mittelstand: Die Aktionsgemeinschaft Wirtschaftlicher Mittelstand fordert in ihrem Jahresbericht einen „Subventionsabbau auf Raten“ um jährlich fünf bis zehn Prozent.

Produkt	20. 10. 86	17. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin					
0,15 g Bleigehalt	165,00	165,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer 3,5 % S)	65,75	66,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel)					
0,3 % S	119,50	116,75	104,00	236,00	84,00

WELTWIRTSCHAFT

USA: In Washington wird damit gerechnet, daß Präsident Reagan die Gesetzesvorlage zur Einführung einer Importabgabe von 0,22 Prozent auf alle Einfuhren unterzeichnen wird. Sie soll am 1. Dezember wirksam werden.

Stahl: Nach dem Scheitern der Gespräche der zuständigen EG-Minister in Luxemburg ist die Entscheidung über eine weitere Liberalisierung des Marktes auf Mitte November verschoben worden. (S. 12)

Großbritannien: Auch gegenüber

Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl blieb Regierungschefin Margaret Thatcher in der Frage des Vollbeitritts zum Europäischen Währungssystem eisern. Vor der nächsten Wahl, also spätestens Juni 1988, will London sich die EWS-Zwangsjacke nicht anpassen lassen.

Südafrika: Nach dem Rückzug von General Motors plant nun auch IBM Corp., ihre südafrikanische Tochter an eine neu gegründete Gesellschaft zu veräußern, an der Beschäftigte von IBM South Africa beteiligt sind.

NAMEN



Bräuer: Frank Wedekind (Foto), Sprecher des Vorstands der Dortmunder Union - Schüttheiss-Bräuer AG, Berlin/Dortmund, hat mit sofortiger Wirkung seine Aufgaben niedergelegt. Nach einem schweren Verkehrsunfall sieht sich der 58-jährige nicht in der Lage, seine Geschäfte weiterzuführen. Vorstandsmitglied Reinhold Jahn hat diese kommissarisch übernommen. Wedekind hatte den „Bier-Elefanten“ diversifiziert und mit großem Geschick in die Gewinnzone geführt.

Daimler: Zum neuen Chef des Inlandvertriebs der Daimler-Benz AG, Stuttgart, hat der Vorstand Eckart Ramthun (48) als Nachfolger von Helmut Schmidt (66) ernannt. Ramthun leitete zuletzt die Niederlassung Frankfurt.

WER SAGT'S DENN?

Ausföhrbestimmungen sind Erklärungen zu den Erklärungen, mit denen man eine Erklärung erklärt.
Abraham Lincoln

Die deutsche Investitionstätigkeit wird sich noch beschleunigen

Mietfinanz: Die Unternehmen setzen im Wettbewerb auf höchsten technischen Stand

HANS BAUMANN, Bonn

Die Investitionstätigkeit der deutschen Industrie wird sich noch beschleunigen, stellt die Mietfinanz GmbH, Mülheim/Ruhr, in ihrer jüngsten Umfrage (Stichtag 21. 10.) bei 13 Branchen fest. Diese Aussage, so Mietfinanz, betrifft Unternehmen aller Größen. Für eine „Delle“ in der Investitionstätigkeit, die vor kurzem von einem Forschungsinstitut ausgemacht worden war, findet die Umfrage keinerlei Bestätigung.

Im Durchschnitt der 13 Industriezweige wollen die Unternehmen im laufenden Jahr real 6,2 Prozent mehr als 1985 investieren. Bei der letzten Umfrage im Juli waren es nur 5,8 Prozent.

Nur drei der 13 Branchen haben ihre Investitionspläne seit Juli ein wenig nach unten korrigiert: Die Stahlindustrie reduzierte von plus acht auf sieben Prozent, die Chemie von neun auf fünf Prozent und der Steinkohlenbergbau von minus zwei auf minus vier Prozent. Verstärken werden ihre Investitionen die EDV-Industrie, die Eisen-, Blech- und Metallwaren-Industrie (ERM-Industrie) und die Bauwirtschaft.

Für eine höhere Investitionsdynamik der deutschen Industrie spricht nach Mietfinanz nicht zuletzt der un-

verändert sehr hohe Auftragsbestand der Maschinenbau aus dem Inland. Auch die Hersteller von Baumaschinen buchten steigende Auftragsgänge, obwohl besonders sie lange unter der Baukrise gelitten hatten.

Nicht nur die allgemeinen Geschäftserwartungen haben sich bei der überwiegenden Zahl der unter suchten Branchen gebessert, sondern auch die Ertragsaussichten beflügeln nach Mietfinanz die Investitionen. Hinzu kommt der Zwang zur weiteren Senkung der Stückkosten.

Die Abschwächung des Dollar wird von den meisten exportierenden Unternehmen mit Gelassenheit registriert. Begründet wird diese Haltung mit der Tatsache, daß vielfach seit langem in D-Mark fakturiert wird. Hinzu kommt, daß der Kursrückgang des Dollar meistens nur zu zeitlichen Verschiebungen der Auftragserteilung geführt hat, nicht aber zu nennenswerten dauerhaften Auftragsverlusten.

Nach Feststellung der Mietfinanz war und ist die Dollar-Talfahrt jedoch für viele Unternehmen ein zusätzlicher Grund, energisch für die Erhaltung und Verstärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu investieren, also jede Chance, die der technische Fortschritt bietet, zu nutzen.

zen. Mietfinanz: „In allen mit dem Auslandsgeschäft verbundenen Branchen gilt die Steigerung der technischen Leistungsfähigkeit als oberstes Gebot.“

Die jüngsten Angaben der produzierenden Unternehmen über ihre Umsatzerwartungen für das laufende Jahr zeigen, daß sich die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung weiter gefestigt hat. Selbst die Bauwirtschaft beginnt sich konjunkturell zu erholen, wenn auch nur allmählich. Zum erstenmal seit vielen Jahren erwartet sie 1986 eine Erhöhung der Mietfinanz ein reales Umsatzplus.

Von der Konjunktur nicht begünstigt sind nach wie vor der Steinkohlenbergbau und die Eisen- und Stahlindustrie. In der Stahlindustrie hat sich die Stimmung seit Anfang des Jahres immer weiter verschlechtert. Für 1986 wird jetzt mit einem realen Umsatzminus von vier Prozent gerechnet.

Klammert man Kohle und Stahl aus der Umfrage aus, so ergibt sich für die Produktion von elf Branchen eine durchschnittliche Wachstums erwartung von real fünf Prozent. Spitzenreiter sind EDV mit 19 Prozent, Maschinenbau mit acht, Feinmechanik und Optik mit 6,5 und Elektrotechnik mit sechs Prozent.

AUF EIN WORT



„Wenn wir die heimische Kohle aufgeben würden, dann wären wir mit einem Autofahrer zu vergleichen, der gerade zwei Unfälle hinter sich hat, den nächsten kommen sieht und dennoch die Haftpflichtversicherung kündigt. Gewissermaßen zwei „Ölunfälle“ haben wir hinter uns, den dritten vor uns.“

Dr. Heinz Horn, Vorsitzender des Vorstandes der Ruhrkohle AG, Essen.

Druckindustrie meldet Erfolg bei Zeitungen

Die deutsche Druckindustrie sieht sich in einer anhaltenden geschäftlichen Aufwärtsentwicklung und beurteilt deshalb ihre weiteren Wachstumsschancen positiv. Wie zur XII. Woche der Druckindustrie in Karlsruhe, an der rund 1 000 Unternehmer und Führungskräfte der Branche teilnahmen, mitgeteilt wurde, hat sich in diesem Wirtschaftsjahr in der ersten Jahreshälfte 1986 das Wachstumstempo sogar noch etwas beschleunigt.

Die 192 Betriebe (mit mehr als 20 Mitarbeitern) der Branche, die insgesamt knapp 162 000 Personen beschäftigen, steigerten in den ersten sechs Monaten gegenüber der Vergleichszeit im Vorjahr ihre Produktion um 3,6 (real um 1,5) Prozent auf 10,8 Milliarden DM. Im ganzen Jahr 1985 hatte das reale Wachstum bei 1,3 Prozent gelegen. Zwar blieb die Sparte Kataloge und Werbeprospekte, die mit einem Anteil von 24,2 Prozent stärkster Teilbereich ist, mit einem realen Minus von 1,7 Prozent unter der Branchenentwicklung, doch wurde dieser Rückgang überkompensiert durch den Erfolg der Sparte Zeitungen (21,3 Prozent Anteil) mit einem Plus von 3,7 Prozent. Der Umsatz des Wirtschaftszweigs stieg um 3,2 Prozent auf 12,1 Mrd. DM.

Einheitswerte verfassungskonform

Kann die Grundeigentumsbesteuerung in der heutigen Form beibehalten werden?

HEINZ HECK, Bonn

Die Bundesregierung hält die Praxis der steuerlichen Bewertung von Wohnhäusern nicht für verfassungswidrig. Das hat Finanz-Staatssekretär Günter Ober als Vertreter der Bundesregierung gestern vor dem Bundesverfassungsgericht erklärt. In einem Normenkontrollverfahren zur Einheitsbewertung von Ein- und Zweifamilienhäusern, das durch zwei Vorlagebeschüsse des Finanzgerichts Rheinland-Pfalz ausgelöst worden war, ist zu klären, ob die Anwendung des Sachwertverfahrens bei der Bewertung von besonders gestalteten und ausgestatteten Ein- und Zweifamilienhäusern verfassungsmäßig ist.

Das Finanzgericht hatte dies verneint. Ober hat gestern die beiden Vorlagen als „unzulässig“ und „unbe gründet“ bezeichnet. Er räumte ein, daß bei in Ertragswertverfahren bewerteten Häusern zum Verkehrswert erhebliche Differenzen zum Verkehrswert bestünden. Das lasse jedoch keinen

Schluß auf die Verfassungsmäßigkeit der Einheitsbewertung zu.

Der Einheitswert vor allem von Grundvermögen wird vom Finanzamt von Zeit zu Zeit ermittelt und bei der Erhebung von Erbschaft-, Vermögen- oder Grundsteuer zugrunde gelegt. Bei den meisten Ein- und Zweifamilienhäusern wird der Einheitswert nach dem Ertragswertverfahren bewertet und dann besteuert. Für eine kleine Gruppe von Häusern schreibt das Gesetz allerdings das Sachwertverfahren vor, da sich von einem gewissen Standard an keine übliche Miete und damit auch kein echter Ertragswert nach dem Regelverfahren ermitteln lassen.

Dem Normenkontrollverfahren liegt ein Fall zugrunde, in dem das als Haus mit zwei Wohnungen angelegte Anwesen des Klägers mit Schwimmhalle und Einliegerwohnung bei Anwendung des Ertragswertverfahrens im Vergleich zum Sachwertverfahren mit weniger als dem halben Betrag veranschlagt wurde. Das Finanzamt

hatte das Haus aufgrund der besonderen baulichen Gestaltung als Einfamilienhaus eingestuft und im Sachwertverfahren bewertet. Mit bestimmten baulichen Änderungen könnte das Haus als Zweifamilienhaus angesehen werden, obwohl es weiter von der Familie allein bewohnt würde. Das Finanzgericht sah darin einen Verstoß gegen den Gleichheitssatz und wandte sich an das Verfassungsgericht. Im Vorlagebeschluß heißt es unter anderem, daß baulich so unbedeutende Maßnahmen den Hauswert als Anknüpfungspunkt für die steuerliche Belastung auf etwa die Hälfte reduzieren würde.

Wenn der erste Senat in seinem für Anfang 1987 erwarteten Urteil zur gleichen Bewertung – Verstoß gegen Gleichheitssatz – kommt, stellt sich die Frage, ob die Grundeigentumsbesteuerung in ihrer heutigen Form aufrechterhalten werden kann. Seit 1964 hat es keine echte neue Hauptfeststellung für neue Einheitswerte mehr gegeben.

Gerangel bei VW

dos. – Die ersten Gerüchte wurden bereits im Frühjahr dieses Jahres laut. Von Müßstimmung innerhalb des Vorstands der Volkswagen AG war die Rede, von Protesten altgedienter VW-Vorstände gegen die Handlungsweise ihres Chefs, Carl H. Hahn, der einen der Thron besitzenden wollte: Finanzvorstand Rolf Selowsky. Nicht so sehr die Tatsache, daß Hahn seinem Finanzexperten einen Controller an die Seite stellen wollte, erregte die Gemüter, sondern mehr die Art seines Vorgehens. Die Kollegen erfuhren von Hahns Absicht erst verspätet: der VW-Chef hatte den direkten Weg über seine Aufsichtsräte bevorzugt.

In der Folgezeit vermochte sich Hahn offensichtlich aber auch im Vorstand durchzusetzen. Rolf Selowsky, der Mitte 1982 von Klöckner-Humboldt-Deutz nach Wolfsburg überwechselte, wird im Laufe des kommenden Jahres sein Ressort abgeben und bei VW ausscheiden. Der 58-jährige Rheinländer wird das Finanzressort bei VW noch so lange weiterleiten, bis ein Nachfolger gefunden wurde. Der Abschied wird ihm durch einen mehrjährigen Beratervertrag verüßt.

Wie weit Hahns Vorstellungen zur Schaffung der Controller-Position gediehen sind, ist derzeit noch offen. Dies gilt auch für die Frage, ob der künftige Controller parallel zum Finanzmann dem Vorstand angehören wird. Nach allen Erfahrungen der letzten Jahre dürfte sich aber Hahn auch in diesem Punkt durchsetzen. Er kann dabei gute Gründe geltend machen. Die neuen Auslandsbeteiligungen von VW wie Seat, die Geschäfte in China und neue Kooperationen in Südamerika und anderswo sind Aufgaben, die eine solche Position durchaus rechtfertigen würden.

Bremer Selbstbewußtsein

Von WINFRIED WESSENDORF

Bremen ist zwar auf der Fernsehbildschirmen nicht zu sehen, aber das Bundesverfassungsgericht hat dem kleinsten Bundesland ausdrücklich die Bestandsberechtigung bescheinigt: „Die Stadtstaaten gehören zum historischen Bestand der deutschen Staatsentwicklung“, heißt es im Urteil vom 24. Juni zur Neuordnung des Länderfinanzausgleichs. Daher sei die Andersartigkeit gegenüber den Flächenstaaten gleich zu berücksichtigen, das sei eine wichtige Garantie für die Existenz der Stadtstaaten.

Das stärkt natürlich das Selbstbewußtsein des Bundeslandes mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Prompt schwimmt der Präsident des Senats, Bürgermeister Klaus Wedemeier

Kreditaufnahme des Staates auf 500 Millionen DM zu begrenzen.

Die Länderegierung unter Wedemeier hat allerdings mehr Glauben verdient, als es den Erwartungen entsprach. Der Regierungschef setzt, wo er kann, auf das Image des Zweistädtestaates und sucht die Wege zur Wirtschaft. Der Bürgermeister nutzt dabei geschickt aus, was sein Vorgänger Hans Kowinicki anwerfen konnte. Das Paradebeispiel ist die Ansiedlung des Mercedes-Werkes. Zwischen liegt die Arbeitnehmerzahl bei 130 000. Daimler-Benz gilt als Wegbereiter einer modernen Industrie in Bremen, die zum Aufbruch beiträgt. Der Präsident der Vereinigung der Arbeitgeberverbände im Lande Bremen, Peter Otto Engisch, der bei der vergangenen Bürgerschaftswahl im Schattenkabinett der CDU stand, meint: „Hier wird immer mehr ein moderner Industriekern sichtbar, der zeigt, daß das Land Bremen ein Standort ist, der nicht nur für traditionelle küstenbezogene Industrien in Frage kommt.“

Als eine weitere Perle erweist sich Krupp Atlas Elektronik. Diese Firma hat angekündigt, ihren Personalbestand in den nächsten Jahren von 3000 auf 6000 Mitarbeiter zu erhöhen. Auch diese Entscheidung könnte Sogwirkung für weitere Firmen haben, sich in Bremen anzusiedeln. Hier böte sich eine Chance beispielsweise für die maritime Wirtschaft. Denn es geht darum, eines Tages von der hohen Arbeitslosigkeit in Bremen (15,7 Prozent) herunterzukommen, die durch die Zusammenbrüche in der Werftindustrie geprägt ist.

Wedermeier zeigt sich im Zusammenhang mit diesen Fragen fast immer pragmatisch. So bekannte er sich trotz des heftigen Streits um SDI zur Luft- und Raumfahrt. Hinter den Kulissen zieht er auch mit Institutionen der Wirtschaft die Fäden, um das „Wirtschaftsklima und das Standortimage zu verbessern“.

Außerdem erhielten diese Bemühungen kürzlich einen empfindlichen Rückschlag. Der SPD-Bürgermeister setzte sich plötzlich an die Spitze derer, die sich strikt gegen Kernenergie wehren. SPD, Senat und Stadtwerke-Aufsichtsrat beschlossen, ein Kohlekraftwerk in Bremen zu bauen. Handelskammer, Wirtschaftsverbände und CDU kritisierten den Sinneswandel nach Tschernobyl scharf, weil diese Entscheidung „betriebswirtschaftlich unsinnig und umweltpolitisch schädlich“ sei.

Da hat es die größte Oppositionspartei CDU schwer, den richtigen taktischen Weg einzuschlagen. Ungereimtheiten passieren dabei, sich mit dem neuen Klima auseinanderzusetzen. So mäkelt CDU-Fraktions-Vize Günter Klein am Einstellungsstopp der SPD-Landesregierung. Diese Maßnahme gefährde die Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Jahrelang schimpften die Christdemokraten dagegen über den Wasserkopf, der den Bremer Steuerzahler mehr als 40 Prozent seiner Steuer kostet. Die Perspektive bleibt nach Ansicht der CDU schlimm und düster.

Es kann aber keinen Zweifel geben, daß bei den Haushalts- und Strukturproblemen im Lande Bremen die wirtschaftlichen Notwendigkeiten im Mittelpunkt politischer Handlung stehen müssen. Allein mit den sich abzeichnenden Hilfen des Bundes und der Länder ist es nicht zu schaffen. Damit hofft der Senator für Finanzen, Claus Grobecker, aber doch, schon bald die Investitionsquote von zehn auf 14 Prozent anheben zu können und die

Seglerträume werden wahr

auf der hanseboot Hamburg.

hanseboot
27. Internationale Bootsausstellung
Hamburg, 25. Okt. – 2. Nov. '86, 10–18 Uhr
Mi. 10–20 Uhr
EMTEC Trade Days 23.–24. Okt. '86

Alles, um Ihre Träume zu verwirklichen, gibt es in Hamburg zu sehen. Bootspremieren und viele, viele Neuheiten aus allen führenden Bootsbauindustrien der Welt erwarten Sie. Von der einfachen Jolle über Motorboote bis hin zur komplett ausgestatteten Hochseeyacht. Von der Computernavigation über energiesparende Antriebe bis hin zu Segeln und Masten. Perfekte Bootstechnik, Ausrüstungen, Zubehör und nochmals Boote, Boote aller Größen und Klassen. Jeder Quadratmeter dieser internationalen Ausstellung zeigt Ihnen Spitzenprodukte des Bootsportes. Und es gibt viel zum Erleben und Mitmachen: „Art Maritim“, Kunstausstellung mit Schiffsbildern und maritimen Objekten. Seminar „Yachtentwurf“ am 24. und 25. 10. Oder die „Meisterschaft der Meister“ (gibt's nur in Hamburg). Sonderaktionen und viele Informationen. Ihr neues Traumboot können Sie auf der hanseboot schnell finden. Mit ELBA, der elektronischen Bootsauskunft, und zugleich verkaufen Sie Ihr „Altes“ auf der elektronischen Gebrauchtschiffsbörse. Verbände und Organisationen des Bootsports geben darüber hinaus wertvolle Tipps und Ratschläge. Also: Nichts wie hin, am besten mit der ganzen Crew.

Hamburg Messe und Congress GmbH
Jungiusstraße 13 · 2000 Hamburg 36
Tel. (040) 3569-0 · Telex 212 609



„MEHR WEISHEIT, WENIGER SPRÜCHE“

Die Schäden an unseren Wäldern haben die Luftreinhaltung zum Umweltthema Nr. 1 gemacht.

Aber Stickoxide, Schwefeloxide, Blei und andere Schadstoffe lassen sich nicht einfach aus der Luft wegdiskutieren. Jeder von uns muß zur Reinhaltung der Atmosphäre – und damit zum Schutz des Waldes – seinen Beitrag leisten.

Nicht erst seit dem Auftreten der Waldschäden entwickelt die chemische Industrie Verfahren und Produkte, welche die Schadstoffemission auf ein Minimum beschränken. Bei diesen Bemühungen steht Solvay mit vorn.

Zum Beispiel mit umweltschonenden Verfahrenstechniken. So beruht der weltweite Erfolg der Solvay-Soda-Synthese, nach der seit über einem Jahrhundert Soda hergestellt wird, nicht zuletzt darauf, daß keine problematischen Abfälle entstehen. Stoffe wie Ammoniak werden in einem geschlossenen Kreislauf in den Produktionsprozeß zurückgeführt, und selbst das Kohlendioxid der Rauchgase wird genutzt.

Zum Beispiel durch schadstoffmindernde Erzeugnisse: Die deutsche Solvay-Gruppe produziert schon seit Jahren Katalysatoren für die Reinigung von Auto- und Industrieabgasen.

Auch als Dienstleistung bietet die Solvay-Gruppe „Luftreinhaltung“ an. Sie entwickelt Systeme für die Abluftreinigung von Industrieanlagen. Die dabei abgesonderten Luftinhaltsstoffe werden aufbereitet und als Rohstoff wiederverwendet.

Wer die Luft sauberer macht, hilft auch dem Wald.

Aus dem Produktionsprogramm der deutschen Solvay-Gruppe:

Allylprodukte / Arzneimittel für die Human- und Tiermedizin / Bariumverbindungen / Bautenschutzmittel / Borverbindungen / Chemikalien zur Wasseraufbereitung / Chlor und Chloride / Enzyme / Farben und Lacke / Fluorverbindungen / Folien / Füllstoffe für die Kunststoff- und Farbenindustrie / Holzschutzmittel / Kalziumverbindungen / Katalysatoren / Kunststoffe organische und anorganische Peroxide / Persulfate / Schwefel und Schwefelverbindungen / Soda / Spezialerzeugnisse für die Automobil-Industrie / Steinsalz und Siedesalz / Syntheseglycerin



DIE SOLVAY-GRUPPE: FORTSCHRITT IM DIENSTE DES MENSCHEN

Unternehmen der deutschen Solvay-Gruppe:
Deutsche Solvay-Werke GmbH · Kali-Chemie AG
Alkor GmbH Kunststoffe · Peroxid-Chemie GmbH
Unitecta Oberflächenschutz GmbH

Betriebswirtschaft mit Mängeln

Bierich fordert neues Konzept universitärer Ausbildung

JOACHIM WEBER, Berlin
Auf etliche weiße Flecken in den Arbeitsplänen der universitären Betriebswirtschaftslehre wies Bosch-Chef Marcus Bierich die knapp 1300 Teilnehmer des 40. Deutschen Betriebswirtschaftertages in Berlin hin. Vor allem in der Erforschung und theoretischen Untermauerung der managementorientierten, strategischen Ansätze weise Deutschland noch Defizite gegenüber den USA, aber auch Japan aus.

Aus dem Bedarf der Unternehmen an immer schnellere Anpassung dem raschen Vordringen der Informations- und Kommunikationstechnik, der Zunahme der technischen Dynamik, dem Wandel in Arbeits- und Konsumverhalten und nicht zuletzt aus der zunehmenden internationalen Verflechtung ergeben sich nach Bierichs Ansicht auch für die Betriebswirtschaft ganz neue Anforderungen und Arbeitsfelder.

Als Beispiele unbeackter Themenfelder, die sich aus einer eigenen Umfrage unter Managerkollegen ergeben hatten, nannte Bierich das Forschungs- und Entwicklungsmanagement, das Risikomanagement, den Bereich der Finanzdienstleistungen und eine betriebswirtschaftliche – statt der bislang geltenden volkswirtschaftlich geprägten – Standortlehre.

Generell habe die zunehmende Auflösung der Betriebswirtschaftslehre in Spezialdisziplinen dazu geführt, daß die großen Zusammenhänge unbearbeitet blieben. Gerade an interdisziplinärem Wissen aber bestehe ein großer Bedarf.

Darauf deutet auch ein anderes Ergebnis aus Bierichs Erhebung hin. Befragt nach ihrer künftigen Bewer-

tung der unterschiedlichen Fachgebiete, gaben die Praktiker eindeutig dem übergreifenden Bereich den Vorzug, wie etwa der strategischen Planung der Unternehmenspolitik, dem Controlling, der Wirtschaftsinformatik, der Personalwirtschaft oder der Logistik. Der Finanzwirtschaft, betrieblichen Steuerlehre oder dem Rechnungswesen wurde eine abnehmende Bedeutung zugesprochen.

Statt dessen tauchen neue Betätigungsfelder am Horizont auf. Dabei steht künftig der heute noch defizitäre strategische Gedanke im Vordergrund, etwa bei der Erarbeitung von strategischen Informationssystemen, Beurteilungsmethoden für Strategien und Instrumenten zur Quantifizierung strategischer Planungen oder von Frühwarnsystemen. Gefragt werde nach Bierichs Einschätzung – und ganz im Trend zur stärker übergreifenden Konzeption – auch Ansätze zur Integration von strategischer Planung einerseits und Controlling oder operativer Planung andererseits sein.

Die Schmalenbach-Gesellschaft – Deutsche Gesellschaft für Betriebswirtschaft – hat ihre eigenen Schwerpunkte für die nächsten Jahre ebenfalls auf die Erfordernisse des Wandels abgestimmt. Auf dem Programm stehen die Konsequenzen der zunehmenden Internationalisierung (etwa betriebliche Probleme der internationalen Arbeitsteilung oder der Verschuldung der Kundenländer) und die Folgen des gesamtwirtschaftlichen Strukturwandels.

Auch Schmalenbach-Präsident, Joachim Funk, unterstrich die Notwendigkeit beschleunigter Anwendungen neuer Kommunikationstechniken.

British Airways geht in Privathand über

He. London

British Airways war einer der ersten Kandidaten für das ehrgeizige Privatisierungsprogramm der Regierung Thatcher. Doch der Rechtsstreit im Gefolge der Bauchlandung von Sir Freddie Laker's Fluggesellschaft wurde zum Sand im politischen Getriebe. Im Frühjahr ist es nun so weit. Finanzexperten der Londoner City beziffern den Marktwert des Unternehmens auf rund eine Milliarde Pfund. Was lange währte, soll mit einem Superstart gut werden: Managing Director Colin Marshall machte mit Luftfahrtminister Michael Spicer vor der Bekanntgabe von Einzelheiten gestern einen symbolischen Überschallflug mit der „Concorde“.

Lord King, der auch nach der Privatisierung das Steuer in der Hand behalten wird, sieht endlich grünes Licht für Expansion. Er sagte in Hongkong: „In einer Branche wie der unseren kann man nicht zwei Herren dienen, dem Markt und der Regierung. Die Bedürfnisse beider sind zu unterschiedlich“. Ein deutlicher Hinweis, daß British Airways als ein höchst aggressiver Konkurrent sich keine Gelegenheit entgehen lassen will, sein Routennetz weiter auszubauen.

Bereits 8000 Betriebsangehörige haben ihre Gehälter für einen Fond zum Kauf von Anteilen angezapft. Lord King: „Unsere Leute haben schon potentiell sechs Millionen Pfund in die Airline investiert“. Bis zu 25 Prozent der Aktien sollen in den Besitz von Ausländern übergehen können. British Airways hat mit 159 Flugzeugen im letzten Jahr 20 Millionen Passagiere befördert und ist damit die größte Fluggesellschaft Westeuropas. Im 1. Quartal dieses Jahres machte BA einen Verlust von 50 Mill. Pfund. Die Prognosen sprechen jedoch von einem Profit von 125 Mill. Pfund über das gesamte Jahr.

Schweiz: Klassenziel erreicht

Eine Milliarde Mark Überschuß im Haushalt erwartet

ALFRED ZÄNKER, Genf
Vor der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern hat die Schweiz das „Klassenziel“ erreicht. Ihr Staatshaushalt ist wieder im Ausgleich. Erstmals seit 15 Jahren wird die Bundeskasse 1988 wahrscheinlich sogar einen ansehnlichen Überschuß von umgerechnet nahezu eine Mrd. DM ausweisen. Da die Ausgaben jetzt weniger rasch wachsen als die Einnahmen, erwartet Finanzminister Otto Stich für 1987 und 1988 weitere Überschüsse. Gegen Ende des Jahrzehnts könnte die Eidgenossenschaft bei steigenden Sozialausgaben – mehr Rentner – allerdings wieder in die roten Zahlen geraten. „Maßhalten auf beiden Seiten des Haushalts, bei den Ausgaben wie bei den Steuererleichterungen, bleibt deshalb mein Motto“, erklärt Stich.

Diese günstige Entwicklung ist vor allem zwei Faktoren zu verdanken. In den letzten zehn Jahren hat Bern – seit 1980 unter sozialdemokratischen Finanzministern – eine konsequente Sparpolitik auf allen Gebieten verfolgt, verbunden mit einem strikten Einstellungsstopp. Das Bundespersonal ist seitdem mit rund 34 000 Angestellten unverändert geblieben. Die Politiker haben zudem unter dem Druck einer sparsamen öffentlichen Meinung gestanden. Vorschläge für eine Mehrwertsteuer, die größere Einnahmen bringen sollte, wurden zweimal durch Volksabstimmung verworfen, weil man Regierung und Parlament zu größeren Sparanstrengungen zwingen wollte.

Bei den Einnahmen wirkt sich die gute Konjunktur mit Wachstumsraten von vier Prozent im vorigen und wieder drei Prozent in diesem Jahr vorteilhaft aus. Das ist wohl den Einkünften aus Einkommen- und Verbrauchsteuern zugute gekommen. Auch die Erträge aus einer Quellensteuer auf rekordartig steigende Börsenumsätze und aus Stempelabgaben auf Neuemissionen von Wertpapieren sind reichlich geflossen. Dazu kommt, daß die Schuld des Bundes sich inzwischen bei 13 Prozent des Nationalprodukts stabilisiert hat und der Zinsdienst weniger beansprucht. Die Nettozinslast wird 1987 erstmals seit 1976 wieder unter drei Prozent der Staatseinnahmen sinken.

Bei guter Konjunktur haben sich schließlich die Finanzen der Kantone verbessert, so daß auch das Gesamtbudget der öffentlichen Hand heute wieder ausgeglichen sein dürfte, betont Oswald Sigg, Sprecher des Finanzdepartements. Die Schweiz befindet sich nun auf gutem Weg, ihre bereits relativ niedrige Quote zu senken und damit ihre internationale Wettbewerbsposition zu stärken. Ihre Steuerquote betrug 1985 rund 32 Prozent des Nationalprodukts verglichen mit 38 Prozent in der Bundesrepublik. Nur in Japan und in USA ist der Steuerdruck noch etwas geringer.

Erst Mitte November wird sich entscheiden, ob das Zwangsartikell der europäischen Stahlindustrie aufgelockert wird. Die erste Verhandlungsrunde im EG-Ministerrat hat freilich gezeigt, daß für die meisten Mitgliedsregierungen die Voraussetzungen für eine weitere Liberalisierung noch nicht gegeben sind.

Zwar stimmten die Minister in der Auffassung überein, daß es notwendig sei, den Prozeß der Liberalisierung nach Maßgabe der Marktsituation und anderer Faktoren fortzusetzen. Eine Mehrheit für eine Abkündigung des Quotensystems zum 1. Januar gab es jedoch nur für eine der von der Kommission vorgeschlagenen vier Produktgruppen (verzinkte Bleche).

Vor einer endgültigen Entscheidung will der Rat die Bemühungen der im Dachverband Eurofer zusammengefassten großen Stahlunternehmen abwarten, zu einer freilich weiteren Reduzierung der Produktionskapazitäten zu gelangen. Die EG-Kommission bezweifelt allerdings, daß Stillelegungsbeschlüsse in erforderlichen Ausmaß möglich sind.

Unter dem Schutz des Quotensystems und mit Hilfe beträchtlicher öffentlicher Subventionen ist es der europäischen Industrie in den letzten Jahren gelungen, mehr als 31 Mill. Tonnen Walzstahlproduktionen abzubauen. Wegen struktureller Nachfrageveränderungen müßten noch weitere zehn Mill. Tonnen stillgelegt werden. Gegewärtig unterliegen noch 65 Prozent der Erzeugung Produktionsbeschränkungen. Da nach einem Grundsatbschluß des Rates die Stahlindustrie 1988 wieder voll dem innergemeinschaftlichen Wettbewerb ausgesetzt werden soll, hatte die Kommission für Anfang 1987 eine Verringerung des mit Quoten gesteuerten Anteils auf 45 Prozent vorgeschlagen.

Zürich-Gruppe baut Position aus

Größter ausländischer Versicherer: Fast 1,1 Mrd. DM Prämie

HARALD POSNY, Düsseldorf
Die insgesamt in der Bundesrepublik mit fünf Gesellschaften operierende Schweizer Zürich-Versicherungsgruppe hat 1985 ihre Position weiter ausgebaut. Dies gilt insbesondere für die beiden größten ausländischen Anbieter auf dem deutschen Markt, die Deutschland-Direktion der Zürich-Gruppe als Direktversicherer und für die Vita Lebensversicherungs-AG - Direktion für Deutschland, beide Frankfurt.

Der Schadenversicherer bezeichnet sein Prämienwachstum um 8,3 Prozent auf 479 Mill. DM (brutto) und auf 411 Mill. DM für das selbst abgeschlossene Geschäft, als „erfreulich gut“. Die Zürich, die ganz überwiegend das breite Privatschaden-Geschäft betreibt, hat daneben auch durch eine deutlich verbesserte Schadenentwicklung das versicherungstechnische Ergebnis auf reichlich 11 Mill. DM Gewinn nach rund 8,8 Mill. DM Verlust im Vorjahr umgekehrt. Neben Erfolgen im Schadenmanagement wurde das Schadenvermögen nach Darstellung der Zürich allerdings zusätzlich durch die steuerlich bedingte Auflösung von Schadenrückstellungen in verschiedenen HUK-Bereichen beeinflusst. Der HUK-Bereich stellt den größten Anteil des Gesamt-Prämienaufkommens dar. Darunter bestreitet die Kraftfahrt-Sparte 40 Prozent.

Die Vita Lebensversicherungs-AG (siehe Tabelle) hat 1985 ihr Angebot an Tarifen und Produkten „mark- und zielgruppenorientiert erweitert“. Dabei standen im Vordergrund die Versicherung des Invaliditätsrisikos und der Einsatz der Lebensversicherung im Rahmen von Finanzierungen. Die positive Entwicklung des Neugeschäfts bei den Todesfall-Rückversicherungen wurde zusätzlich durch die Beteiligung an zwei Kon-

soriatverträgen begünstigt, in deren Rahmen Versicherungsschutz zu Banken-Sparplänen geboten wird. Die als Direktversicherer von Kfz-Versicherungen tätige Deutsche Allgemeine Versicherungs-AG hat 1985 ihr Beitragsvolumen um 8,2 Prozent auf 93 Mill. DM erhöht. Davon blieben 55 (56) Prozent im Selbstbehalt. Die Zürich Kautions- und Kreditversicherungs-AG hatte 1985 einen besonders starken Prämienzuwachs von 37 Prozent auf 22 Mill. DM durch Bestandsübertragung der Computer-Misbrauchsversicherung der Zürich-Kompositversicherungs-AG. Das erste Geschäftsjahr der Zürich-Rechtsschutz endete mit einem Prämienvolumen von knapp 10 Mill. DM.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stieg die Prämieinnahme der Zürich-Versicherungen um 3,9 Prozent auf 561 Mill. DM. Davon entfielen auf die Nichtlebensversicherungen 319 und auf das Lebensgeschäft 242 Mill. DM. Der Schadenverlauf wird insgesamt als „unauffällig“ bezeichnet, in den HUK-Sparten wird sie jedoch positiv beurteilt.

Vita Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	18 055	+ 8,3
Engel. Neugeschäft	5 908	+ 12,0
Beitragsansprüche	487	+ 10,6
Aufw. d. Vers. Fülle	180	+ 10,1
Kapitalanlagen	2 639	+ 9,9
Kapitalerträge	198	+ 8,2
Aufw. d. Beitr. Rückst.	115	+ 4,9
Rückst. f. Beitr. Rückst.	503	+ 11,3

	1985	1984	1983
Stornoquote	2,3	3,4	9,2
Vorr. Kostenquote	7,1	7,3	7,2
Abschl. Kostenquote	18,3	17,8	18,1
Überschuldungsquote	33,0	34,5	34,0

*) ohne Depotsford. f. Netto; Durchschnittsschuldungsquote: 7,7 (7,8) Prozent; *) Rückst. Umwandlung in beitr. freie Versich. u. sonst. Vorr. Abgang in % d. Anfangsbestands; *) sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beitrags; *) in Promille d. eng. Neugesch.; *) Brutto Überschuss in % d. Beitrags.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Schlecht zum Binnenmarkt

Stuttgart (DW) - Kritisch setzte sich der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, mit dem europäischen Binnenmarkt auseinander. Vor dem Wirtschaftsrat der CDU wies er auf die mit einer Vollendung bis 1992 verbundenen Probleme hin. Zu häufig rangierten nationale Interessen vor dem Wunsch nach Harmonisierung. Dies gelte auch für die Bundesrepublik - zum Beispiel im Bereich Lebensmittelvorschriften. Schwierigkeiten erkannte Schlecht auch bei der angestrebten Steuerharmonisierung. Für das Versicherungswesen empfahl der Staatssekretär Mindeststandards.

Gespräche abgebrochen

Mailand (ds.) - Der italienische Chemiekonzern Montedison hat die Verhandlungen zur Übernahme der Kontrollmehrheit von Fermenta mit der Begründung aufgekündigt, daß durch verschiedene Verkäufe die Struktur des schwedischen Pharmakonzerns zu sehr in Mitleidenenschaft gezogen worden sei. Verhandlungen über den Erwerb anderer internationaler Pharmabeteiligungen sind im Gange, bestätigte Montedison.

Benedetti in Kauf

Mailand (VWD) - Zur Übernahme der italienischen Tochter von Bank America ist Carlo de Benedetti nach eigenen Angaben bereit. Es hätten bisher aber noch keine Verhandlungen stattgefunden. Gemeinsam mit einigen internationalen Partnern sei bereits ein Angebot zur Übernahme von Banca d'America e d'Italia (BAL) abgegeben worden. Außerdem habe man die italienische Notenbank informiert, daß die Gruppe an einer Übernahme interessiert sei.

Kampf gegen hohe Preise

Madrid (dpa/VWD) - Spaniens Regierung plant nach einem Bericht der Zeitung „El Pais“ eine Serie von Maßnahmen gegen die Preisexplosion der letzten Monate. So sollen die staatlich festgesetzten Benzinpreise gesenkt, die Schiffsfrachtraten freigegeben, die Lebensmittelpreise eingefroren werden. Die Lebenshaltungskosten sind bis September im Jahresvergleich um 9,5 Prozent gestiegen.

nahmen gegen die Preisexplosion der letzten Monate. So sollen die staatlich festgesetzten Benzinpreise gesenkt, die Schiffsfrachtraten freigegeben, die Lebensmittelpreise eingefroren werden. Die Lebenshaltungskosten sind bis September im Jahresvergleich um 9,5 Prozent gestiegen.

Weniger Auslandsaufträge

Tokio (dpa/VWD) - Die japanischen Werften haben von April bis September 33,8 Prozent weniger Aufträge aus dem Ausland als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum verbucht. Die Tonnage sank auf 1,02 Millionen Bruttoregistertonnen. Offizielle Kreise führten den Rückgang auf den steigenden Kurs des Yen zurück.

Tankerflotte schrumpft

London (dpa/VWD) - Die Weltankerflotte schrumpft weiter: Im September auf 18,86 von 20,41 Millionen Tonnen DWT (Dead Weight Tons) im August. Insgesamt befanden sich nach der neuesten Lloyds-Statistik 187 Tanker außer Betrieb, darunter 46 Supertanker mit 14,3 Millionen DWT.

Höhere Exporterlöse

Mexiko (VWD) - Mexiko erwartet für 1986 Exporteinnahmen aus dem Nicht-Ölbereich von 9 Mrd. Dollar gegenüber 7 Mrd. im Vorjahr. Damit können die Einbußen beim Rohöl-Export allerdings nur zu einem geringen Teil ausgeglichen werden.

Abkommen mit Syrien

Damaskus (AFP) - Die Bundesrepublik und Syrien haben gestern in Damaskus ein Finanzabkommen über die Gewährung eines Kredites in Höhe von 55,9 Mill. DM unterzeichnet. Im Gegenzug für den Kredit verpflichtet sich Syrien, bei deutschen Unternehmen Produktionsmaterial für die Bereiche Erdölexploration, Elektrizität, Wohnbau und Industrie einzukaufen.

Bei Linde herrscht Hochkonjunktur

Schwergewicht liegt inzwischen auf den Bereichen Flurförderzeuge und Hydraulik

INGE ADHAM, Frankfurt
Der Linde-Konzern, Wiesbaden, knüpft auch 1986 mit einem Umsatzplus von zehn Prozent und verbessertem Ergebnis an der Aufwärtsentwicklung des Vorjahres an. In den ersten neun Monaten dieses Jahres steigerte der in den Bereichen Anlagenbau, Verfahrenstechnik, technische Gase und Flurförderzeuge tätige Konzern den Umsatz um 6,4 Prozent auf knapp über zwei Milliarden DM. Die Basis für den erreichten Erfolg wurde schon 1977 gelegt. Damals kaufte die Linde AG, Wiesbaden, mit ihrer Werksgruppe Güldner, Aschaffenburg, traditionell im Staplermarkt tätig, die Still GmbH, Hamburg. Künftig wurden unter dem Linde-Dach Produkte unterschiedlicher technischer Konzeption im Wettbewerb zueinander vertrieben. Gleichzeitig wurden gezielt die Vorteile der gemeinsamen erreichten großen Stückzahlen bei Entwicklung, Produktion und Einkauf genutzt. „Diese, für ein Investitionsgut ungewöhnliche Konzeption hat sich gut bewährt“, betonte Linde-Vorstandsmitglied Reinhard Lohse bei der Vorstel-

lung der französischen Fenwick-Linde SA, die 1984 erworben wurde. „Flurförderzeuge und Hydraulik“ - das ist heute der größte Unternehmensbereich. Mit vier Produktionsunternehmen (Werksgruppe Güldner, Still, Fenwick-Linde und Baker Material Handling Corp. in den USA) sowie zahlreichen eigenen Vertriebs- und Servicegesellschaften brachte es der Unternehmensbereich schon im vergangenen Jahr auf 1355 Mill. DM Umsatz und 1454 Mill. DM Auftrags-eingänge. Die Zahlen steigen weiter. Mit Steigerungsraten von 21,4 Prozent auf 800 Mill. DM beim Umsatz und 10,6 Prozent auf 862 Mill. DM bei den neuen Aufträgen liegt das Arbeitsgebiet weiter vorn. Die Auftragsrücklage insgesamt wuchs um mehr als zehn Prozent auf 2,25 Mrd. DM. Auch die Ertragslage habe sich gegenüber dem Vorjahr nochmals gebessert, heißt es im neun-Monats-Bericht. Seit Anfang dieses Jahres ist Linde mit einer Minderheit bei der Wagner Fördertechnik GmbH beteiligt; 1989 soll die Mehrheit übernommen werden. Ein wichtiger Schritt deshalb,

Roboter erobern Japans Wirtschaft

Auch kleinere Unternehmen gleichen Facharbeitermangel durch Automatisierung aus

FRED de LA TROBE, Tokio
Japan hat seine führende Stellung in der Fertigung und im Einsatz von Industrierobotern in den letzten Jahren weiter ausgebaut. Die Wirtschaft des Inselreichs bemüht sich in einer Zeit des steigenden Yen-Wertes ihre Wettbewerbsstärke durch einen steigenden Automatisierungsgrad zu bewahren. 1985 erzielten die 200 führenden Unternehmen der Branche einen Umsatz von 3,8 Mrd. DM, 42 Prozent mehr als im Vorjahr. Für 1986 rechnen diese Firmen mit einem Umsatz von 5,6 Mrd. DM.

Unter den insgesamt 1195 Herstellern sind über vier Fünftel mittlere und kleine Unternehmen. Die meisten Firmen sind keine exklusiven Roboterproduzenten, sondern vorrangig in anderen Fertigungs-zweigen wie dem Elektromaschinenbau, der Elektronik oder der Uhrenindustrie tätig. Führend unter den großen Roboterherstellern ist die Matsushita Electric Industrial mit einem Jahresumsatz von 600 Mill. DM 1985. An zweiter Stelle folgt in größerem Abstand die Firma Fanuc Ltd. mit einem Umsatz von 267 Mill. DM. Während die großen Unternehmen ihren Umsatz im vergangenen Jahr noch beträchtlich erhöhen konnten, stagnierten bei den kleinen und mittleren Gesellschaften die Verkaufsergebnisse.

Roboter bewältigen immer schwierigere Aufgaben

Die Roboter sind keineswegs nur in größeren Unternehmen eingesetzt. Da die kleinen und mittleren Firmen unter einem akuten Mangel an Facharbeitern - besonders Maschinisten, Lackierern und Schweißern - leiden, ist der Erwerb von Robotern für sie ein gewinnbringendes Geschäft. Mit

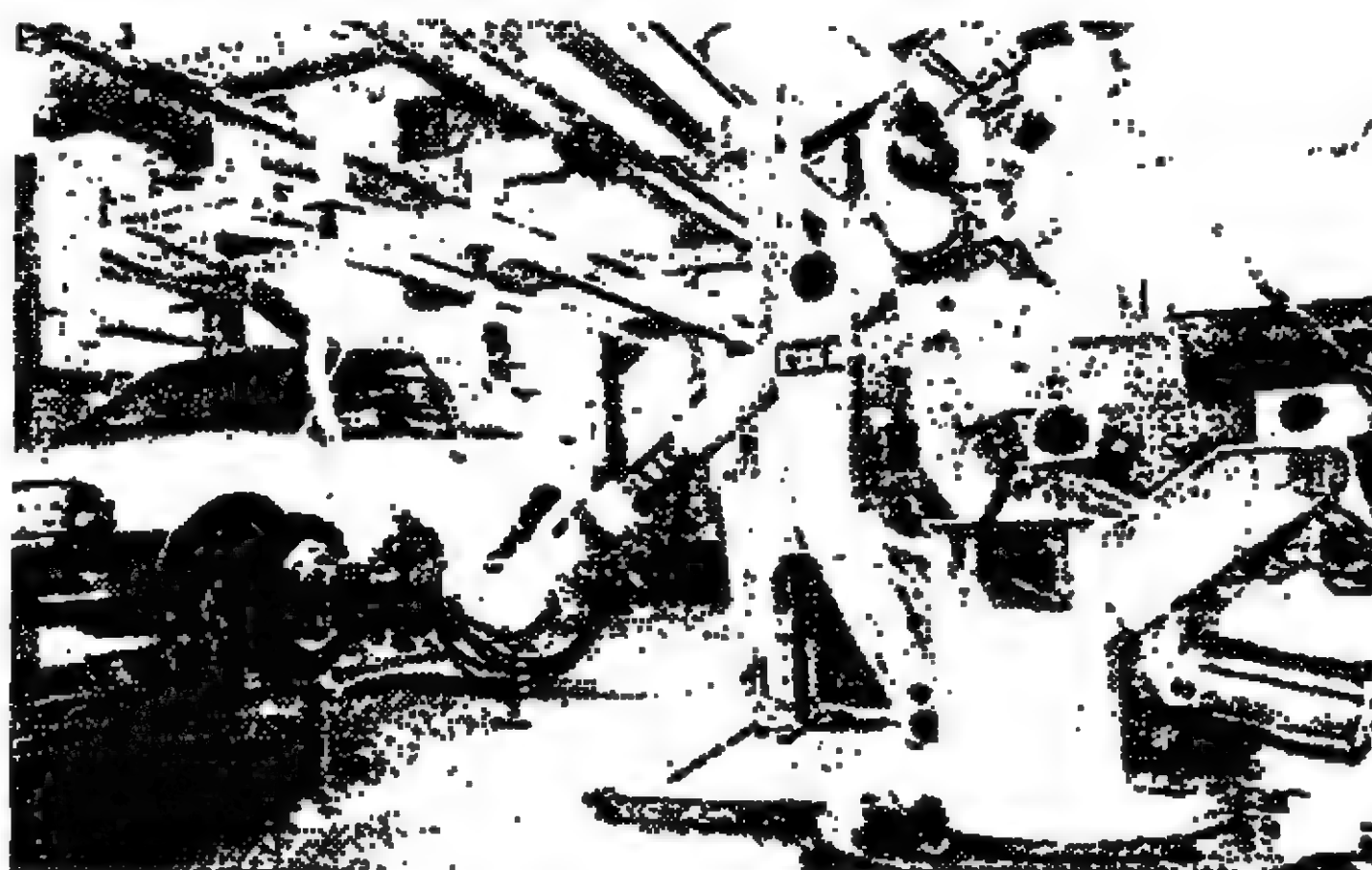
dem langsameren wirtschaftlichen Wachstum, der wachsenden Konkurrenz und dem Wandel der Nachfrage müssen vielfach auch kleinere Produktionsmengen erreicht werden. Das läßt sich mit der Hilfe rasch neu zu programmierender Roboter besser bewältigen als mit einem herkömmlichen Maschinenpark.

Während der Einsatz der „Eisenmenschen“ anfangs auf Montage- und Transportaufgaben beschränkt war, hat der gestiegene technische Standard in den Bereichen

mit zwei Bewegungsachsen als Roboter zählen (in der Bundesrepublik erst ab fünf).

„Eisenmenschen“ auch in Kraftwerken verwendbar

Durch die Einführung voll automatisierter Betriebe und das flexible Herstellsystem ist aber in den letzten Jahren die Entwicklung hochentwickelter Roboter rasch vorangeschritten. Von den weltweit eingesetzten hochentwickelten Robotern befinden sich nach Angaben der Jira nahezu vier Fünftel in Japan. Knapp 4000 der ungefähr 150 000 im Inselreich installierten Industrieroboter sind schon mit optischen Sensoren ausgerüstet, bis 1995 werden es nach Schätzungen des Verbandes etwa 20 000 sein. Spezialroboter, die in Kernkraftwerken, auf dem Meeresboden oder im Hochhausbau eingesetzt werden können, sind teilweise schon entwickelt. Andere Geräte, wie entscheidungsfähige und sehende Roboter, sind noch im Experimentierstadium.



Industrieroboter sind für Japans Wirtschaft unentbehrlich geworden. FOTO: AP

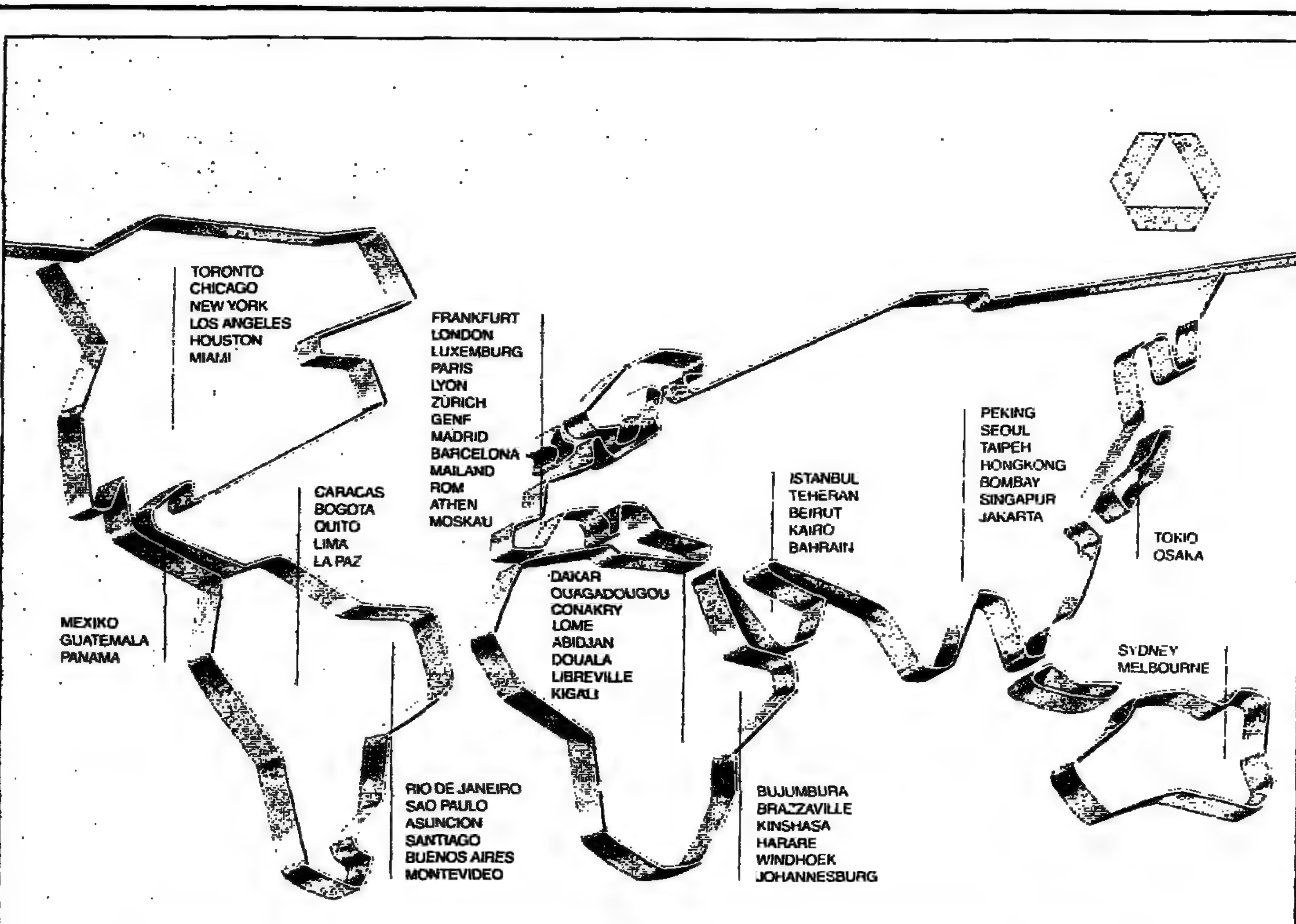
Die japanischen Exporte von Industrierobotern beliefen sich 1985 auf 934 Mill. DM, 40 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Hauptabnehmer kamen aus den USA und Westeuropa. In die USA gingen über 60 Prozent der Ausfuhr. Anstrengungen im Auslandsgeschäft bei einem gleichzeitig engen Inlandsmarkt lassen darauf schließen, daß der Exportanteil in den nächsten Jahren steigen wird. Industriekreise rechnen damit, daß das fortwährende Interesse an der Einführung von Fabrikautomatiken und dem flexiblen Produktionssystem im In- und Ausland den Roboterherstellern ein kräftiges Wachstum bringen werden. (SAD)

Börsenzulassung wird vereinfacht

VWD, Bonn

Abweichend vom Regierungsentwurf eines Börsenzulassungsgesetzes hat der Finanzausschuß des Bundestages mit Mehrheit eine Reihe von Änderungen empfohlen. So soll auf das alleinige Antragsrecht des Emittenten bei der Zulassung von Wertpapieren zum geregelten Markt verzichtet und ein obligatorisches Mittragsrecht für Kreditinstitute auch bei diesem Marktsegment geschaffen werden. Zugleich wird jedoch eine gesetzliche Ermächtigung eingeführt, die den Börsenverwaltungen die Möglichkeit eröffnet, bestimmten anderen Nicht-Kreditinstituten zu gestatten, zusammen mit dem Emittenten die Zulassung der Wertpapiere zum geregelten Markt zu beantragen.

Ferner wird eine obligatorische Prospektveröffentlichung im Wege der sogenannten Zeitungspublizität beim Markt mit amtlicher Notierung, das heißt der Verzicht auf das nach dem EG-Recht mögliche Wahlrecht zwischen Zeitungspublizität und Schalterpublizität für den amtlichen Markt vorgesehen. Schließlich soll in den Gesetzentwurf eine Verpflichtung aufgenommen werden, den Anlegern auch beim geregelten Markt bereits beim Bezugsgeld die erforderlichen Aufklärungen durch Veröffentlichung eines Unternehmensberichts zu geben. Daneben ist eine volle Angleichung der für den geregelten Markt vorgesehenen Haftung für unrichtige und unvollständige Angaben im Unternehmensbericht an die bei der amtlichen Notierung geltende Prospekthaftung vorgesehen.



Was die Dresdner Bank mittelständischen Unternehmen im Ausland bietet.

Wenn Ihr Unternehmen in ausländischen Märkten operiert oder neue Auslandsaktivitäten plant, finden Sie in der Dresdner Bank einen Partner mit weltweiten Verbindungen durch über 80 Stützpunkte in mehr als 50 Ländern. Noch wichtiger als die weltweite Vertretung ist der Service, den Ihnen die Dresdner Bank im Auslandsgeschäft bietet. Landeskundige und flexible Berater liefern Ihnen nicht nur wertvolle Informationen und Marktanalysen -

sie öffnen Ihnen auch Türen und vermitteln Partner oder Beteiligungen. Zu unseren Leistungen gehören die Finanzierung von Importen oder Exporten ebenso wie Devisenkursicherungen, Devisenoptionen und Währungsswaps. Für einzelne Länder gibt es spezielle Reports. Ihr Weg ins Ausland führt Sie also am besten in die nächste Geschäftsstelle der Dresdner Bank. Unsere Kundenbetreuer sind immer für Sie da.

Dresdner Bank

In Berlin: BHI

Glänzendes Jahr für Hannover

Messe- und Ausstellungs-AG auch 1986 zuversichtlich

dos, Hannover
Für die Deutsche Messe- und Ausstellungs-AG Hannover, war 1985 das bislang beste Jahr ihrer Geschichte. Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht hervorgeht, stieg der Konzernumsatz um 58 Prozent auf 208 (1984: 132) Mill. DM. Gleichzeitig wird ein Jahresüberschuss von 3,97 Mill. DM ausgewiesen, nachdem im Jahr davor noch ein Fehlbetrag von 4,68 Mill. DM entstanden war. Dadurch konnte der Verlustvortrag im Konzern auf 1,4 Mill. DM verringert werden.

Der Vorstand der Messe-AG geht davon aus, diesen Bilanzverlust im laufenden Jahr „weitgehend“ ausgleichen zu können. Erwartet wird ein Umsatz von wiederum über 200 Mill. DM, wobei die erstmals wirksam werdende Teilung der Hannover-Messe in Cebit- und Industriemesse sich positiv niederschlagen dürfte. Das hohe Investitionstempo wird auch 1986 fortgesetzt. Insgesamt bewilligte der Aufsichtsrat Mittel in Höhe von 96 Mill. DM, nach 80 Mill. DM im Jahre 1985. Investitionsschwerpunkte sind der Neubau der Halle 11, die durch einen Brand vernichtet worden war, und ein neuer Verbindungsbau zwischen den Hallen 13 und 16.

Im Jahre 1985 umfaßte das Veranstaltungsprogramm der Messe-AG insgesamt 44 Veranstaltungen im In- und Ausland. An ihnen beteiligten sich fast 13 700 (10 500) ausstellende Unternehmen. Die Zahl der Besucher erhöhte sich auf 2,2 (1,8) Millionen. Beendet sind die Spekulationen um die Wahl des Aufsichtsratsvorsitzenden. Die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel wurde in die-

sem Amt bestätigt. Hannovers Oberbürgermeister, Herbert Schmalstieg, der im Vorfeld der Hauptversammlung ebenfalls als Kandidat gehandelt wurde, bleibt stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender. Das Land Niedersachsen und die Stadt Hannover sind Gesellschafter der Messe-AG. Für die Industrie wurden Hans-Gerd Neglein (Siemens) und Wilhelm Scheider (Fried. Krupp) neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Jahrgang 1961

Schlagzeilen aus einem Jahr, das unser Jahrhundert prägte:
Die Mauer in Berlin wird gebaut - CDU verliert absolute Mehrheit - Kennedy als US-Präsident vereidigt - Krise um Kuba führt an den Rand des 3. Weltkriegs - Eichmann zum Tode verurteilt - Lumumba ermordet - Chruschtschow und Kennedy zum Gipfel nach Wien - Ein Russe als erster im Weltraum - Volksknoten von VW - ZDF gegründet - Anlabappelle kommt - Herminie begeht Selbstmord - Zum erstenmal die Beatles. **Fakten, Bilder und Erinnerungen im Jahrgangsbuch „Chronik 1961“.**

Mehr Informationen über die Jahrgangsbücher der „Chronik“ (Jahrgangsbuch des 20. Jahrhunderts) bei Ihrem Buchhändler oder direkt beim Chronik Verlag, Postfach 13 05, 4800 Dortmund 1.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnberg: Schröder und Lobe oHG, Bauunternehmung; Froberg: Bades-Baden; Nachl. d. Helene Kleimnitz geb. Braun, Bühl; Betzold: AVL Alpha Vermietungs- und Leasing GmbH, Breitscheid; Detmold: H. & W. Sudbrack Fahrradfabrik GmbH, Bad Salzungen; Düsseldorf: Van Vlodrop Recycling GmbH; Essen: Hanns G. Oelrichs GmbH; Göttingen: Ornament Planen und Einrichten GmbH; Hamm: HR-Hochdruck- u. Reinigungs-technik-Vertrieb GmbH; Hildesheim: Wohnbau Gesellschaft für Baubetreuung und Baubürger mbH; Kalserslautern: Oswald Wilding, Winzler; Oldenburg: Nachl. d. Rainer Michael Schön; Osterholz-Scharmbeck: Nachl. d. Winfried Karl Hagedorn; Remscheid: AVP Vermittlungsgesellschaft für Kapitalanlagen, Bau-spar- und Versicherungsverträge mbH i. L. Solingen; Rottwell: Nachl. d. Ursula Maslowski; Schlicht: Stuttgart: Hausberg Schreinerei GmbH; Leonberg: Wuppertal: Modchhaus Thordsen GmbH.

Paris: Raumfahrt hat neue Impulse erhalten

J. Sch. Paris
Die europäische Zusammenarbeit im aeronautischen Bereich hat durch das von Paris und Bonn gleichzeitig unterzeichnete Vorbereitungsprogramm für die Raumfähre „Hermes“ neue Impulse erhalten. Die französische Regierung sieht darin den Durchbruch zu einer von den USA unabhängigen Raumfahrtspolitik. In Zukunft soll der Wunsch der Bundesrepublik nach einer stärkeren Beteiligung der deutschen Industrie an den Raum- wie Luftfahrtprojekten be-

Durchbruch" könne noch überhaupt keine Rede sein.

Sombing plädierte für mehr **Forschung im Sinn permanenter Anpassung an den Markt und die Entwicklung der Produkte**. Der internationale Wettbewerb zwinge die Bekleidungsindustrie dazu, neue Wege zu gehen, zu denen auch **computergesteuerte Maschinen im Nähsaal** gehörten. Die langfristige Entwicklung von einer **kohärenten zu kapitalintensiven Industrie** habe schon begonnen. Der Arbeitsplatz in der Bekleidungsbranche werde **erstarrt** werden. Moderne Technologien sollten keine **Beschrächtigung**, sondern eine **Aufwertung des Arbeitsplatzes** bedeuten. Dann wäre es auch keine Utopie, daß in drei bis fünf Jahren die Produktion von bestimmten Teilen aus dem Ausland wieder zurück in deutsche Fabriken komme.

Anerkennenden Worten über die Anpassungsfähigkeit der Branche, die es nicht nur im modischen und technischen Bereich zu einer Spitzenstellung in der Welt gebracht hat, sondern auch führend im Export sei, stellte Somborg die Tatsache entgegen, daß diese Position gegenüber dem Wettbewerb mit Niedriglohnländern unter schweren Opfern, Betriebsschließungen und dem Verlust von vielen Arbeitsplätzen erkauft worden sei. Von einem „echten

Noch immer schotteten sich einige EG-Mitglieder durch komplizierte Zoll- und Grenzformalitäten von der übrigen Gemeinschaft ab. Somberg: „Innerhalb der Europäischen Ge-

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Gruppenumsatz gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 37 Prozent auf 234 Mill. Dollar erhöht, während der Reingewinn um 55 Prozent auf 39,4 Mill. Dollar zunahm.

Gute und große Apfelernte
Jork (dpa/VWD) - Der Bundesaus-
schuß Obst und Gemüse rechnet 1986
für die Bundesrepublik mit einer qua-
litativ guten Apfelernte von rund 1,9
Mill. Tonnen, ein Drittel mehr als
1985. Innerhalb der EG (ohne Span-
ien und Portugal) werde die Ernte
7,1 (6,3) Mill. Tonnen betragen.

Brinkmann mit Wappen

Herford (ndt.) – Die Bekleidungsgruppe Brinkmann, Herford, hat aus der Konkursmasse der zusammengebrochenen Wappen-Kleidung GmbH, Rheda-Wiedenbrück, deren Lagerbestände, den Maschinenpark und nahezu die gesamte Belegschaft übernommen. Unter dem Dach einer neuen Tochtergesellschaft sollen die Blusen und Hemden mit dem Markenzeichen „Wappen“ weiter produziert werden.

Plus bei Commodore

Frankfurt (adh) - Fast zwei Millionen deutsche Anwender zählt die Commodore Büromaschinen GmbH, Frankfurt, Ende September. Wie das Unternehmen mitteilt, stieg in den ersten neun Monaten dieses Jahres der Umsatz auf dem deutschen Markt um annähernd 50 Prozent auf 306 (208) Mill. DM; der Exportumsatz des Werkes Braunschweig stieg um 39 Prozent auf 379 (273) Mill. DM. Auch international habe das US-Unternehmen wieder Tritt gefaßt, heißt es.

rücksichtigt werden. Dies zeigen die jüngsten Erklärungen von Frederic D'Allest und Jean Pierson, den französischen Präsidenten der europäischen Konsortien für Raumfahrt (Arianespace) und für Verkehrsflugzeuge (Airbus Industries).

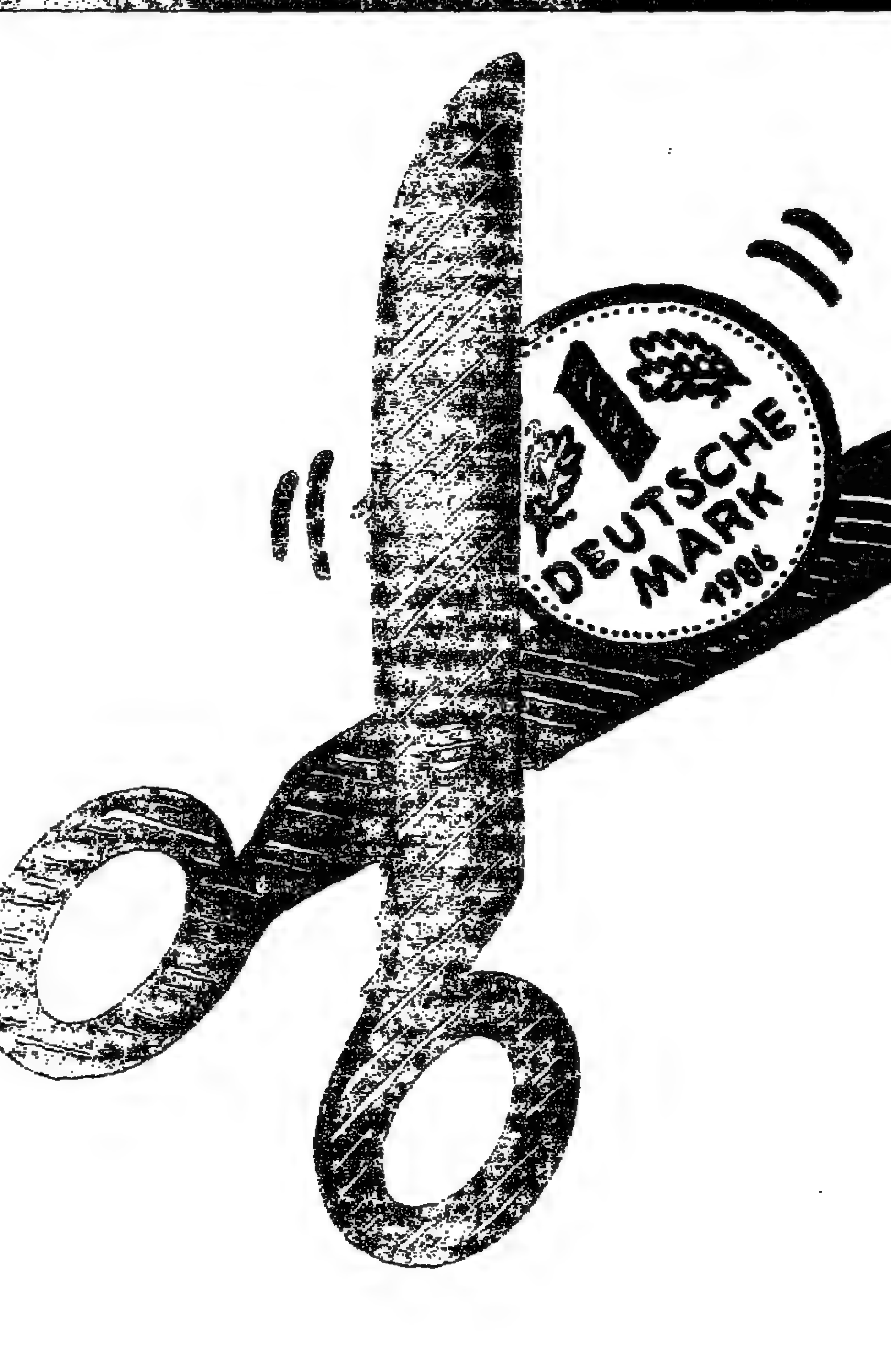
Daß die Deutschen sich bei „Hermes“ weniger zurückhaltend gezeigt haben, hat den Weg zu höheren Beteiligungsquoten geebnet. Was „Hermes“ betrifft, so erscheint eine Quote von mehr als 30 Prozent der deutschen Finanzbeteiligung des Vorberufungsprogramms denkbar. Der französische Anteil beträgt in dieser Phase 45 Prozent. Allerdings: Grundüberlegung bleibt, daß Frankreich, welches sowohl bei der Ariane als auch beim Airbus die größten Vorarbeiten geleistet hat und das größte Risiko eingegangen ist, auch bei der Durchführung der Programme entsprechend beachtet werden muß.

[illegible]

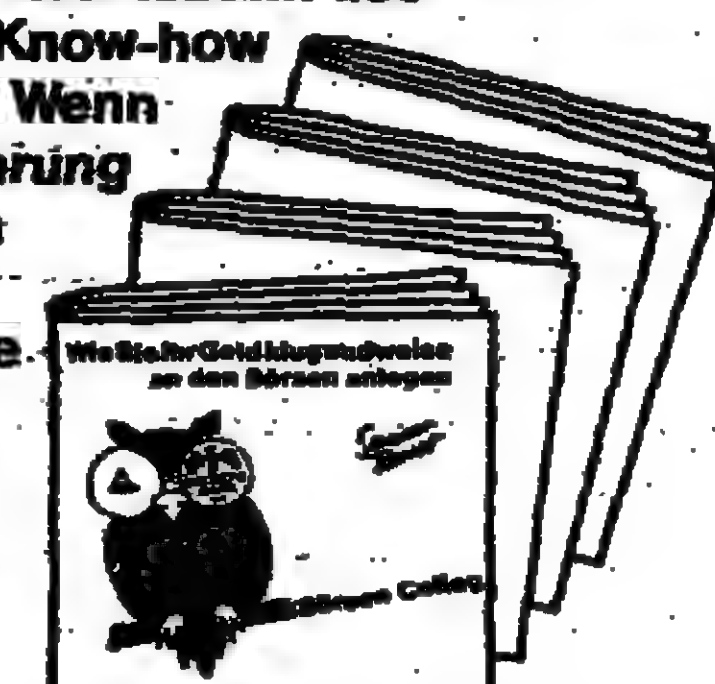
40

Ba

Schne




Überdurchschnittliche Wachstumschancen haben mittelständische Unternehmen in Zukunft nur, wenn sie kreative Reserven im Betrieb ausschöpfen, Innovationschancen nutzen, Geld gewinnbringend anlegen und neue Exportmärkte erschließen. Als international erfolgreiche Kredit- und Hypothekenbank gibt die Bayerische Vereinsbank deshalb schon seit Jahren ihr Know-how an den Mittelstand weiter. Wenn auch Sie von unserer Erfahrung profitieren wollen, können Sie aus unserer Colleg-Reihe die Seminarberichte kostenlos anfordern: das „Auslands Colleg“, das „Börsen Colleg“, das „Japan Colleg“ oder das „Innovations Colleg“.




Fordern Sie unsere Seminarberichte an:
 Bayerische Vereinsbank AG, HMA,
 Postfach 1, 8000 München 1, Btx # 20202 #

☐ Innovations Colleg ☐ Börsen Colleg
☐ Japan Colleg ☐ Auslands Colleg

Name: _____ Tel.: _____
 Anschrift/ _____
 Firmenstempel: _____



BAYERISCHE
VEREINSBANK

Ihre Bank mit Herz  und Verstand

[illegible][illegible]

F	Schw. Alum.	728		
F	Schw. Konigswill.	712		
F	dgl. Port.	77		

[illegible]

1740	1169	Sherril Gordon	6.25	6.25
168	168	Sreico-A	23,125	23,125
2520	2700	TracCo Boatline	16.75	16.875

[illegible]

Devisenmärkte

Der freundliche Grundton für den Dollar bleibt am 21. Oktober erhalten und strahlt auch auf die anderen Währungen aus. Die Leitbedingung erreicht fast die Marke von 2,00, hat aber schon bei 1,970 wieder einen kleinen Rückschlag. Die amerikanische Freihandelszone nach der Nordsee ist besonders günstig. Die Leitbedingung wurde teilweise die günstige Position für den US-Broschürenprodukt im dritten Quartal angestreift. Auch die geringen Roh-Änderungen zur Situation wurden noch genannt. Das betriebl. Produkt profitierte auch von etwas ansteigenden Rohbedingen und kam mit 2,89 auf 1,92. Unter den wichtigsten 1970 waren die Auslandsdollar, die amerikanische Freihandelsabrechnungen und das mit 2,89 auf 1,92. Unter den wichtigsten 1970 waren die Auslandsdollar, die amerikanische Freihandelsabrechnungen und das mit 2,89 auf 1,92.

21.10.1964

	Gold	Deuts. Mark	West. Mark
New York	5.50	1.995	1.975
London	11.0	2.82	2.864
Paris	8.5	7.270	7.274
Montreal	4.50	88.14	88.18
Amsterdam	4.50	88.14	88.18
Zürich	10.0	121.94	122.06
Frankfurt	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Stockh.	10.0	121.94	122.06
Oslo	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122.06
Prag	10.0	121.94	122.06
Wien	10.0	121.94	122.06
Madrid	10.0	121.94	122.06
Barcelona	10.0	121.94	122.06
Lissabon	10.0	121.94	122.06
Brüssel	10.0	121.94	122.06
Athens	10.0	121.94	122.06
Antwerpen	10.0	121.94	122

100

Die neuen 7er



Haben Sie je von akustischer Entkoppelung gehört? Eben.

Auf der Landstraße. Alles, was Sie hören, ist der kultivierte Klang des 6-Zylinder-Triebwerks Ihres neuen 7er BMW. Sie beschleunigen. Lautlos. Schalten wieder herunter. Lautlos. Durch eine neuartige Aufhängung am Getriebe und am Fahrzeugboden hält der Schalthebel Vibrationen und Geräusche vom Innenraum fern. Die akustische Entkoppelung des Schalthebels ist aber nur ein Ergebnis der intensiven Feinarbeit für das besonders niedrige Innengeräuschniveau.

Die Straße vor Ihnen wird plötzlich uneben, fast holprig. Sie

spüren es kaum. Denn auch die Hinterachse ist durch die elastische Aufhängung so gelagert, daß keine Schwingungen in den Fahrgastraum übertragen werden. Die Reifenabrollgeräusche an der Hinterachse nehmen Sie ebenfalls nicht wahr. Dafür

sorgt die schallisolierte Trennwand zwischen Innen- und Kofferraum.

Sie lassen Ihren Blick durch den Innenraum schweifen.

Die luxuriöse Ausstattung mit Stoff fällt angenehm auf. Selbst die Unterverkleidung der Schalttafel ist

mit Stoff ausgekleidet. Genauso wie die Seitenteile der komfortablen Sitze. Überall sorgen die großzügig verwendeten Stoffe für gedämpfte Innengeräusche. Entspannt lehnen Sie sich in Ihren Sitz zurück und genießen das exklusive Gefühl, das leiseste aller vergleichbaren Automobile der Welt zu bewegen.

Die neuen 7er. Kauf, Finanzierung oder Leasing – Ihr BMW Händler ist der richtige Partner.



**Freude
am
Fahren**

Wenn Sie mehr über den neuen 7er BMW wissen wollen, senden Sie bitte diesen Coupon an die untenstehende Adresse. Sie erhalten dann:

- ☐ Videofilm **VHS** **Beta** **2000** **V8** gegen Schutzgebühr von DM 13,- zzgl. DM 3,50 Nachnahmegebühr
 - ☐ ausführliches Informationsmaterial
 - ☐ einen Probefahrtstermin.
- (Zutreffendes bitte ankreuzen.)

Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ: _____ Ort: _____
BMW AG, Kundeninformation CHC,
Leuchtenberggring 20, 8 München 80

BMW in Brix 20000 22

Kursabstieg verlangsamt

Nach dem massiven Ausverkauf am Wochenende kam es im Bereich der öffentlichen Anleihen zu einer Verlangsamung des Kursabstieges. Es gab zwar noch Abschlüsse bis zu knapp einem halben Punkt, andererseits wurden auch im längeren Laufzeitbereich Kursanhebungen bis zu 0,20 Prozentpunkte registriert. Die letzte 6½-prozentige Hamburg-Anleihe, die zu 100 Prozent gezeichnet wurde, ist wenig gefragt. Im Handel unter Banken waren Abschlüsse bis zu einem halben Punkt zu hören.

Bundesanleihen

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Bundespost

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Länder - Städte

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Optionsanleihen

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Optionsanleihen

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Frankfurt

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

DM-Auslandsanleihen

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Düsseldorf

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

DM-Auslandsanleihen

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Frankfurt

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

Düsseldorf

F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00
F 100 Tg. 81	100,00	100,00	F 100 Tg. 81	100,00	100,00

70% ALLER STEUERBERATER

HABEN IHREN PC VON OLIVETTI.

GIBT ES EINE BESSERE REFERENZ?

INFO: 0130/7273.

ALLES OLIVETTI.

Wo Büroorganisation und Informationsverarbeitung extrem schnell und präzise funktionieren müssen, vertraut man dem größten europäischen Hersteller der Büro- und Informationstechnik.

Deshalb arbeiten die meisten deutschen Steuerberater mit einem Personal Computer von Olivetti. Die Wahl fällt dabei in zunehmendem Maße auf das Spitzenmodell - den M28.

Dieses Hochleistungssystem arbeitet einerseits mit dem Standard-Betriebssystem MS/DOS und ist - bei all seinen überlegenen Leistungsmerkmalen - kompatibel zum AT-Industriestandard.

Andererseits unterstützt der M28 das hochentwickelte Betriebssystem XENIX und ist damit eigentlich schon mehr als ein Personal Computer: Er eignet sich zum Beispiel als Mastersystem, an das Sie bis zu 4 Arbeitsplätze anschließen können.

mit DATEV-Schnittstelle



olivetti

Rufen Sie an: Telefon 0130/7273

Zum Ortsanruf können Sie:

- mehr über den M28 erfahren
- Informationsmaterial anfordern
- den nächstgelegenen Olivetti-Händler erfragen

0130/7273

Ein Stummfilm-Hauptwerk des Gründers von „United Artists“, David W. Griffith, über tragische Liebe

Des Preistreibers Untergang in Hollywood

Mit dem Namen David Wark Griffith verbindet sich eine Epoche filmischen Umbruchs, wie er in dieser Wucht nur noch beim Aufkommen des Tonfilms zu verzeichnen war. Griffith, geboren 1875, war ein Mann des Theaters, der eher durch Zufall 1905 nach Hollywood kam. Nach einigen Engagements als Filmschauspieler drehte Griffith 1908 für die „Biograph“-Produktionsgesellschaft seinen ersten Film, den melodramatischen Einakter „Dollys Abenteuer“.

Obwohl dieses Filmchen sich in nichts von den damals üblichen Kinodramen unterschied, überzeugte Griffith die Produzenten von seinem Talent, und wenig später vertraute man ihm größere Projekte an. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg begann der kometenhafte Aufstieg des Wüstenortes Hollywood zur Filmmetropole. Und Griffith gilt heute als der Mann, der entscheidend daran mitwirkte. 1915 begann der Regisseur mit den Dreharbeiten zu seinem mehrtägigen Epos „Die Geburt einer Nation“, die Geschichte des nordamerikanischen Bürgerkrieges. Mochte dieser Film

auch wegen seiner rassistischen Ideologie, die in der Aufhebung der Sklaverei die Wurzeln alles Unglücks sah, das Amerika künftig traf, fragwürdig erscheinen, so beeindruckten doch die Schlachtenszenen.

Griffith hatte dabei die Kamera auf eine Art eingesetzt, wie es noch nie jemand zuvor gewagt hatte: Die Kameramänner lagen in Gräben und filmten die heranströmenden Pferde und Menschen, so daß im Kino der Eindruck erweckt wurde, daß sich

Broken Blossoms - Nord III, 22.10 Uhr

diese Mengen von Tieren und Menschen direkt auf den Zuschauer zu wälzten und ihn überrollten.

Bis heute gilt „Geburt einer Nation“ als die klassische Filmzahl der Kinos, ein Werk, das die für seine Zeit ungeheuerliche Summe von 100 000 Dollar verschlang. Doch bereits ein Jahr später benötigte Griffith für seine nächste Produktion, „Intoleranz“, knapp zwei Millionen Dollar und setzte damit die Zeichen für eine neue Ära des Kinos. Die ein-

stige „Werkstatt“ Hollywood war durch Regisseure wie Griffith und Thomas Ince zu einer Großindustrie geworden.

Verdienten die Darsteller um 1910 noch einige hundert Dollar pro Film, zahlte Griffith zehn Jahre später seinen Schauspielern, Mary Pickford und Lillian Gish, Hunderttausende von Dollars. Aus anonymen Regisseuren, Kameraleuten und Schauspielern wurden „Stars“ und „Meister ihres Fachs“. Die steigenden Filmkosten wirkten sich auf die Eintrittspreise für das Kino aus. Fünf Cents hatte ein Besucher des Nickelodeons gezahlt, um sich eine halbe Stunde Zappeln anzusehen. Als „Die Geburt einer Nation“ in die Kinos kam und in New York 42 Wochen auf dem Spielplan stand, mußten die Zuschauer bereits zwei Dollar bezahlen.

Im Jahre 1919 war Griffith Hollywoods erfolgreichster Regisseur, obwohl sein teures Epos „Intoleranz“ finanziell eine Katastrophe war und dem Regisseur einen langen Zeit nicht gützumachenden Prestigeverlust eingebracht hatte. Zusammen mit Charles Chaplin, Mary Pickford und

Douglas Fairbanks sen. gründete er die legendäre „United Artists“, die nicht nur Filme produzierte, sondern auch in den Verleih nahm.

Für seine neue Firma schuf Griffith 1919 „Broken Blossoms“ (gebrochene Blüten), die tragische Liebesgeschichte zwischen einem Chinesen und einer schönen jungen Frau, deren Vater ein brutaler Säuer ist. Lillian Gish spielte das Mädchen, Donald Crist den Liebhaber. Dieses elegische gefilmte Melodram wurde finanziell recht erfolgreich und bescherte Griffith in den kommenden Jahren noch einige große Aufträge, von denen 1930 sein erster Tonfilm „Abraham Lincoln“ mit Walter Huston heute der bekannteste ist.

Doch 1931 erlebte Griffith mit „Der Kampf“ einen Fehlschlag, von dem er sie nie wieder erholte. 1958 starb der Regisseur, der das Opfer jenes Monstergewaltens war, das er selbst mitgeschaffen hatte. Er selbst hatte einmal gesagt: „Kino ist ein einziges Risiko, die Filmindustrie ist grausamer als der Krieg, denn es gibt auf Dauer keine Gewinner, nur Verlierer.“

MARGARETE VON SCHWARZKOPF

KRITIK

Trieb - nicht Sex

Finnische Filme haben im deutschen Kino keine Chance - zu fremd ist ihre Welt. Die Erde ist unser ständiges Lied von Rauni Mollberg zeigt dies - und es ist ein Verdienst, daß das ZDF diesen Film vorstellte. Menschen stellt Mollberg vor, die an eine 35-Stunden-Woche nicht denken, sie sich gar nicht vorstellen können. Sie leben in der Agrarkultur, von der unsere Grünen träumen: Diese wissen ja nicht, daß die „rohe“ Natur rund um die Uhr bearbeitet werden muß, auch von Hochschwangenen, wenn sie das Lebensnotwendigste beschaffen soll.

„Genuß“ hält sie nicht bereit, und wenn die Dorfbewohner sich vergnügen wollen, so gibt es allenfalls eine Tanzdele am See. Man tröstet sich mit Schnaps, und das Leben ringsum. Felder und Vieh, verweisen die Menschen früh auf ihre nackte animalische Körperlichkeit. So ist es denn nicht Sex, was sie treibt und was sie treiben - es ist dumpfer Trieb; man nimmt einander ohne viel Federlesen

- und wird sich dessen nur bewußt, wenn ein feister Prediger vorbeikommt, ins Gewissen redet - und eines der Schäferchen ins Gatter treibt.

Der Film macht das, oft in zu ehrgeizigen und dann verwirrenden Schnitten, vor allem an Landschaften fest - oder an verwiterten Gesichtern, die gleichfalls Landschaften sind. Das ergibt zwar keine „Spannung“, doch es fasziniert bis zur letzten Einstellung. K.B.

Drei Hämmer

Sagt eine häßliche Frau zu ihrem Mann: „Als ich aus dem Fenster sah, graute der Morgen!“ Korrigiert der Mann ihre Grammatik: „Dem Morgen!“ Von dieser brachialen Art war der Humor von Sketchup, der ersten Folge der wiederaufgelebten Reihe (ARD), in der Iris Berben und Diether Krebs ihr Unwesen treiben.

Wie schon früher: Die Stärke dieser satirischen Reihe liegt eigentlich nicht im „Sketch“, sondern in den ganz kurzen, manchmal nur aus einem Satz bestehenden Spots. Aller-

dings muß man mitunter seelisch schon gut gepolstert sein, will man das noch lachen. Zum Beispiel empfiehlt ein zum Tode Verurteilter (früher Steuerberater) dem Henker, er solle seine Axt als Werbungskosten geltend machen. Darauf der Henker: „Aber jetzt müssen wir erst mal arbeiten.“ Immerhin gab es einige ganz hübsche Pointen. Ein Ehepaar liegt im Bett. Plötzlich fragt der Mann: „Möchtest du manchmal ein Mann sein?“ Sie antwortet mit verzögertem Knalleffekt: „Nein, eigentlich nicht.“ - Du vielleicht?

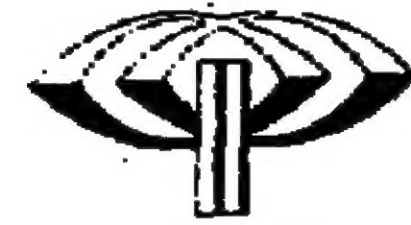
Aber sowie es um größere Szenen geht, wird der Humor deutlich fernsehgerechter. Da traktiert eine Krankenschwester den Patienten mit Riesenspritze, Springen ins Genick und Reflex-Prüfung mit dem Holzhammer (!). Nach getaner Arbeit fragt sie den halbtoten Mann, ob er denn nun einen Protestaufruf gegen Tierversuche unterschreiben wolle. An solchen Stellen fühlt man sich versucht, dem Humor der ARD eine Auszeichnung à la Michelin zuzuerkennen: Drei Holzhämmer. LSM

Konkurrenz der Wirklichkeit

Das Thema Gewalt - in der Welt und im Fernsehen - beschäftigt die vom ZDF ausgerichteten Mainzer Tage der Fernsehkritik. Schon die beiden Auftakt-Referate zeigten, wie kompliziert das Problem ist.

Der Wiener Psychologe Professor Friedrich Hacker wies darauf hin, daß das Fernsehen - zunächst Nachahmer der Realität - längst zu ihrem Konkurrenten geworden sei, der selber Gewalt als „vorgestellte Wirklichkeit“ produziere. Das Gefährliche daran sei, daß Gewalt nicht nur gezeigt, sondern meist auch gerechtfertigt werde. Der Stärkere der Sieger, sei in der Regel der Gute und Gerechte. So werde Gewalt trivialisiert.

In seinem Konkreten beschäftigte sich der Wiener Regisseur Axel Corti mit dem „Zynismus der Macher“ (der Regisseure und Programm-Verantwortlichen). Sie seien sich oft der Gefährlichkeit ihres Tuns bewußt. Aber eine Art Selbstkorruption verführe sie dazu, im Zweifel nicht ihr Gefühl oder ihr Verantwortungsfühl, sondern nüchternes Kalkül entscheiden zu lassen. Nea



2.45 Rotkeuper Spielzeug
10.00 heute
10.05 Ein Mann für Milvia
Amerikanischer Spielfilm (1947)

15.55 Tagesschau
15.45 Sitcom - Letztgesehen der Götter
Bericht von Heinrich Harter
16.45 Der schweizer
Todesstrafe der Ente Quack. Mit
Touchscreen zum Meeresgrund
17.15 Computerzeit
Künstliche Intelligenz
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Segeln macht frei
Zweitelliger Fernsehfilm
1. Wie man segeln lernt
2.55 Brampton
Thema: Afghanistan - Kein Ausweg für Moskau?
Bericht von Peter Krebs
22.00 Tagesschau
22.50 Fußball-Europapokal
2. Runde - Hinspiele:
Landesmeister Bayern München - Austria Wien. Pokalsieger: Torpedo Moskau - VfB Stuttgart. UEFA-Pokal: Dukla Prag - Leverkusen, Widzew Lodz - Uerdingen, Borussia Mönchengladbach - Feyenoord Rotterdam
21.45 erst-aktuell
0.00 Segeln in Moskau
Der Gejagte
0.45 Tagesschau
0.50 Nachtgedanken
Aristoteles: Was ist Seelengröße?

11.50 Kulturweltspiegel
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Anderland
Wie finde ich dich wieder?
16.35 Der Wächter
Eine überraschende Heirat
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-illustrierte
17.45 Die Wächter von nebeben
Hannelore Führerschein
Lotto am Mittwoch
19.00 heute
19.50 P. I. T. - Peter Illmann trifft
Disco-Musik
20.15 Kennzeichen D
Themen: SDI. Arbeiter im Stahlgang Riesa (DDR). Städtepartnerschaften: Jeno-Erfangen und Ditzingen-Bremen
21.00 Der Deutscher-Cam
Die Colby
21.45 heute-journal
22.05 Apres-ski
„Down by law“ von Jim Jarmusch.
„Macaroni“ von Ettore Scola. „Das kalte Paradies“ von B. Safarik
22.50 Der Gast
Film von Wolfgang Mühbauer
Mia und Michael Seefelder können nicht, worauf sie sich einlassen, als sie einen in der Tiefgarage übernachtenden Mann vor dem Zugriff ihres Hausmeisters bewahren.
0.35 heute

15.35 Indian River
Neue kanadische Serie
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
Am liebsten würd' ich Archibald
16.25 Die Wächter
Von Fremden zu Freunden
17.10 Kung Fu
Anschließend: Affenspiele
18.00 So darf gelacht werden
Festival mit Harry Langdon
Anschließend: Goldies
18.30 Blick
18.45 Sport
19.45 Völlig falsch verbunden
Amerikanische Filmkomödie (1966)
21.35 Blick
22.15 Wunder, Mystik, Phänomene
Thema: PSI, was ist das eigentlich?
22.45 Nummer Sechs
Der General
23.35 Blick

19.00 Kulturwanderschaft Schwarzwald
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Der Festschiff (1)
20.45 Chronica
21.15 Wangs, Kutschen, Kavalkaden
Pflicht und Kür der Dillenburg
Hengste
21.45 Nachschauen
Deutscher Spielfilm (1971)
23.30 Nachschauen

3sat

18.00 Miel-ZB
18.10 Bilder aus Deutschland
Lübeck - Großstadt im Schatten der Grenze
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Fritz Eugen, der edle Ritter
Fest auf Schlosshof
20.25 Klingendes Österreich
Wälder
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Zukunftsjournal
21.45 Zukunft ohne Arbeit - Arbeit ohne Zukunft
Von Samuel Plattner

18.15 Hits mit Witz / Regional 7
18.35 Auto - Auto
18.55 7 vor 7
19.22 Karlsen
19.30 Sangerac(15)
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmverschönerung
20.30 Auf der Lössen
Amerikanischer Western (1954)
Regie: Jesse Hibbs
Dazwischen: Zeichentrick
21.55 RTL-Spiel
22.00 Die 7-Minuten-Mehrheiten
22.07 Popoys
22.15 Wer bin ich?
22.55 Wetter/Nachrichten/Betttheater
23.30 Wall Street Flash

Nach langer, schwerer Krankheit verstarb am 18. Oktober 1986 unser ehemaliges Vorstandsmitglied, Herr

Karlheinz Mangelsen

im Alter von 74 Jahren.

Herr Mangelsen gehörte dem Kaufhof-Konzern seit April 1939 an. Seine erfolgreiche berufliche Karriere führte ihn im Juli 1958 in die Geschäftsleitung der Kaufhalle GmbH, und im November 1969 erfolgte seine Berufung in den Vorstand der Kaufhof AG, dem er bis zu seiner Pensionierung Mitte 1978 angehörte.

Mit unternehmerischem Weitblick hat er die Entwicklung des Kaufhof-Konzerns mitgestaltet und sich große Verdienste erworben. Ausgewogene Urteilskraft und hohes Verantwortungsgefühl prägten seine Entscheidungen. Auch über die Grenzen des Unternehmens hinaus wurde sein fachlicher Rat vielfach gesucht und hoch geschätzt.

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von Herrn Mangelsen, dem wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.

Köln, den 20. Oktober 1986

KAUFHOF
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 24. Oktober 1986, um 11.30 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofs Köln-Melaten, Eingang Piusstraße, statt.

Die Beerdigung erfolgt im Kreis der Familie auf dem Friedhof St. Severin in Keitum/Sylt.

Am 18. Oktober 1986 verstarb nach langer, schwerer Krankheit Herr

Karlheinz Mangelsen

im Alter von 74 Jahren.

Herr Mangelsen trat im April 1939 in unser Unternehmen ein. Nach verschiedenen Tätigkeiten im Kaufhof-Konzern wurde er im Juli 1958 Geschäftsführer unseres Unternehmens. Der Geschäftsleitung gehörte er bis zu seiner Berufung in den Vorstand der Kaufhof AG im November 1969 an.

Von Oktober 1971 bis Oktober 1985 war Herr Mangelsen Mitglied des Aufsichtsrats der Kaufhalle GmbH, davon über sechs Jahre dessen Vorsitzender.

Herr Mangelsen hat in den langen Jahren seiner Tätigkeit bei uns mit seinem reichen Erfahrungsschatz und unternehmerischer Initiative die Entwicklung der Kaufhalle GmbH maßgeblich mitgestaltet.

Wir trauern in Dankbarkeit um einen Mann, der sich aufgrund seines Wesens großer Sympathie und Achtung erfreute.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Köln, den 20. Oktober 1986

KAUFHALLE

Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Aufsichtsrat und Geschäftsführung

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 24. Oktober 1986, um 11.30 Uhr in der Trauerhalle des Friedhofs Köln-Melaten, Eingang Piusstraße, statt.

Die Beerdigung erfolgt im Kreis der Familie auf dem Friedhof St. Severin in Keitum/Sylt.

Wir sorgen für die Gräber.
Wir betreuen die Angehörigen.
Wir arbeiten für Versöhnung
und Frieden.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Werner-Hilpert-Str. 2, 3500 Kassel · Postgiro Kontonummer 4300-603 Frankfurt/Main, BLZ 50010060

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Ladenlokal in Braunschweig
bestens geeignet zur Einrichtung einer
APOTHEKE
da bereits 5 praktizierende Ärzte im Haus und Nachbarhaus vorhanden. Einrichtungsvorschlag liegt vor. Laden sofort beziehbar. Sowohl Miete als auch Kauf und/oder Mietkauf/Leasing möglich. (Keine Maklerprovision)
Presenz Vermögensverwaltung GmbH & Co. KG
Benediktswandstr. 2, 3900 Braunschweig 98
Tel. 0 53 1 / 64 89 26, Telex 17 886 357

Mehrfamilienwohnhaus

in ruhiger, reizvoller Wohnlage von Bad Breisig - 8 Wohnungen, Gesamtwohnfläche 571 m² - im Rohbau inkl. Dachendeckung und eingebaute Fenster - aus Verwertung.

Zum Sonderfestpreis von DM 550 000,- zu verkaufen. Keine Maklergebühr.

Weitere Auskünfte erteilt

BWV - Bank für Wirtschaft und Verkehr - Volksbank eG
5400 Koblenz, Moselring 11, Telefon 02 61 / 4 94 / 2 33 oder 2 36

Forderungsankauf
(kauft ab 20 Stück) sofort gegen bar oder
Erfolgsinkasso
Ganzheitlich für
Faktoring und Inkasso mit
Wissensunternehmen
Adenauerallee 50, 53 Bonn 1, 02 28/22 11 90

BREMEN, zentral!

Wohnhaus, beste Lage, s. g. Bau-
substanz, 24 WZ, ca. 1650 m², Net-
tomiete 148 000,- DM p. a., Kauf-
preis 2 100 000,- DM von privat.
Tel. 0 42 82 / 48 49

Olmo Bargeld
Grundbesitz übernehmen?
Unglaublich? Fordern Sie uns!
Zuschr. u. R. 6394 an WELT-Ver-
lag, Postl. 10 80 64, 4300 Essen.

Mietbüro zum Sparten
inkl. Telefon, Sekr., Büro,
+ Service
Tel. 0 22 61 / 1 46 15
Im Büro im Ruhrgebiet!

Repräsentative
Villa
bei Düsseldorf
mit ca. 800 qm Wohnfläche,
für repräsentative Nutzung,
komfortabel renoviert, beste Lage,
Zuschr. unter D 6188 an WELT-Verlag,
Postfach 10 80 64, 4300 Essen.

18% Miete p. a.
6 Jahre, garantiert
P & R-Container-Leasing
Fa. Tel. 0 89 / 2 71 82 58

Geben Sie bitte die
Vorwahl-Nummer mit an,
wenn Sie in Ihrer Anzeige
eine Telefon-Nummer
nennen!

Bremische Paradoxien

L.S.M. Spiegeln, Spiegeln an der Wand, wo sind die genialsten Kulturpolitiker im Land? Aus dem Spiegel schaut uns sogleich das Bremer Stadtwappen an. Denn es gibt einfach kein deutsches Bundesland, wo man so erfolgreich auf Goethes Mephisto-Wort baut: „Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“

Als die Bremer nach dem Kriege ihr Drei-Sparten-Theater aufbauten, konzipierten sie es räumlich so, daß künstlerische Entfaltung ausgeschlossen schien. Aber dann kam Kurt Hübner und engagierte zum Beispiel Peter Stein – das Theater machte Furore. Also ekelte man Hübner weg und engagierte den provinziellen Peter Stoltzenberg. Der machte den Fehler, George Tabori nach Bremen zu holen – und wurde vergrault. Dann holte Arno Wüstenhütter die Truppe von Frank Patrick, Sieckel, und schon beschloß man, das Schauspiel überhaupt zu schließen, worauf

das ganze Ensemble die Stadt verließ.

Nachdem man später dennoch ein billiges Schauspiel (mit schräger Bühnenrückwand) gebaut hatte, bestellte man Günther Krämer zum neuen Schauspielchef. Man gab ihm – mündlich – alle Vollmachten, engagierte aber einen Generalintendanten, der nur was von der Oper versteht, dafür aber alle Vollmachten schriftlich hat. Auf diese Weise hoffte Bremens brillanter, weiser Kultursenator Frank: Falls Krämer Erfolg haben sollte, würde ein interner Krach zwischen Krämer und „General“ Richter das Problem schon lösen.

Krämer hatte Erfolg, den Krach hat er auch. Richter, um seine Macht zu demonstrieren, entließ kurzerhand Krämers engste Mitarbeiter, seinen Haupt-Regisseur und seine Produktions-Dramaturgin. Nun drohen Krämer und sein Ensemble wieder einmal mit dem Weggang aus Bremen. Richter will nicht auf seine Rechte verzichten, Krämer kann nicht. Frank darf sich die Hände reiben – Bremer Theater ist ex. Das Märchen empfiehlt dem Schauspiel-Chef: „Etwas Besseres als den Tod wirst du überall finden!“

Tonalität heute: Die Donaueschinger Musiktage

Überm Grat zu Wagner

Ein Gespür für dichte, erstklassige Texte wird man in der Basler lebenden Komponistin Patricia Jünger zweifellos attestieren müssen. Textgrundlage ihres Hörstücks „Sehr geehrter Herr – ein Requiem“, das bei den diesjährigen Donaueschinger Musiktage uraufgeführt wurde, ist das vielleicht erschütterndste Bewerbsanschreiben in der Geschichte des Briefes. Es stammt von Emilie Kempin, der ersten promovierten Juristin der Welt, die nach langen und erfolglosen Versuchen, sich in einer rein männlichen Juristen-Umgebung zu behaupten, schließlich in einer Basler Irrenanstalt landete. Von dort aus bewarb sie sich als Hausgehilfin in einem Pfarrhaus.

Die Verlockung mußte groß sein, dieses verzweifelte Dokument einer gebrochenen, aber immer noch hellwachen und klarsichtigen Persönlichkeit zu einem Hörstück zu verarbeiten. Patricia Jünger hat den Text in seine Bestandteile zerlegt, hat die übereinandergeschichteten und überhaupt mit allen Mitteln der Hörspielkunst versucht, die Eindringlichkeit des Textes zu vergrößern. Und genau das schlug fehl. Ein Text wie dieser wirkt durch die Hinzufügung von Musik nicht erschütternder, er braucht keine künstlerische Überhöhung. Eigentlich er trägt sie auch nicht. Die Aufführung zählte zu den nachhaltigsten Eindrücken in Donaueschingen. Aber das lag am Text, nicht an Patricia Jüngers Verarbeitung.

Nun ist die traditionelle Hörstück-Aufführung in Donaueschingen ja nicht die Hauptsache. Im Zentrum steht die neue, die allerneueste Musik. Doch unter den zehn Ur- und Erstaufführungen war wenig, was Kraft und Eigenständigkeit genug besitzt, um sich ein längerfristiges Interesse zu sichern. Dabei waren einige Werke auf einem handwerklich erstaunlich hohen Niveau. Doch den Qualitätssprung von einem lediglich komponierten zu einem wirklich beeindruckenden, neue Hörerfähigkeiten vermittelnden Werk – den schaff-

ten nur die wenigsten. Auch der Freiburger Kompositionsprofessor Brian Ferneyhough nicht, dessen „Carceri d'Invenzione“ allein schon wegen ihrer neunzigminütigen Dauer zur Hauptauführung des Festivals wurden. Das Werk hat zweifellos viele Vorzüge: eine hübsche Instrumentation, Virtuosität, Kontrastreichtum und eine schön ausgehörte Klanglichkeit. Nur das wichtigste Merkmal fehlt ihm: eine unverwechselbare, eigenständige musikalische Physiognomie.

Über diese eigene Handschrift verfügten zum Beispiel die Adagio-Fragmente „Jardins Paradoxaux“ des jungen Gelsenkirchener Johannes Kalitzke. Er ist ein Vollblutkomponist, der sich vorzugsweise in den Extrembereichen des Ausdrucks aufhält. Die Texte von Zärtlichkeit und Leidenschaft, die Kalitzke vertonte, sind mit großer Einfühlbarkeit umgesetzt – wobei Einfühlbarkeit eben auch bedeuten kann, daß er mit allen zur Verfügung stehenden vokalen, instrumentalen und elektronischen Mitteln geradezu wütend um sich schlägt.

Das am kontroversesten diskutierte Stück aber war Reinhard Febels „Sinfonie“, in der es unverblümt nach Mahler und Wagner klingt, in der über weite Strecken der große sinfonische Gestus des 19. Jahrhunderts gepflegt wird. Febel will sich als Komponist keinem Zwang unterwerfen, auch nicht dem zur Nicht-Tonalität. Natürlich unternimmt er eine Gratwanderung, er wird sich vor Beifall aus der falschen, extrem kulturkonservativen Ecke hüten müssen. Und natürlich wird er sich immer wieder die Frage stellen müssen, ob das überhaupt geht: heute wieder tonal zu komponieren. Den Versuch aber ist es sicherlich wert, vor allem, wenn er so überzeugend ausfällt wie in dieser Sinfonie. „Man kann doch heute so etwas nicht mehr machen“, schrieb Febel über sein Werk ironisch im Programmheft. Ja, warum eigentlich nicht?

STEPHAN HOFFMANN

Fritz Hochwälder †

Dramatiker, Idealist und Komödiant

Sein Leben lang tat er sich auf seine Lehre als Tapezierer, Tischler und Polsterer einiges zugute und scheute sich nicht, direkte Parallelen zwischen diesem seinem „ersten“ Handwerk und seinem „zweiten“ als Dramatiker zu ziehen. Auch ein Bühnenstück müsse, wie ein Stuhl, zu allererst „gut gebaut“ sein, ohne Phnuc und Schluderei. Und gut gebaut waren die Stücke des Fritz Hochwälder allemal, hießen sie nun „Das heilige Experiment“, „Hôtel de Commerce“, „Die Frau am Weg“, „Heim Melancholisch“ oder „Der öffentliche Ankläger“.

Hochwälder war einer der letzten entschiedenen Idealisten des Theaters, der den einzelnen angesichts von Grenzsituationen in die volle Verantwortung stellte. Da gab es keine Berufung auf „das Milieu“ und keine psychologische Ablenkung. Scharf und klar wurden die Konflikte herausgearbeitet, das Entweder-Oder, Gut oder Böse, Schuld oder Unschuld.

Der geborene Wiener, der 1940 von den Nationalsozialisten in die Schweiz emigrieren mußte und nach dem Krieg in Zürich wohnen blieb, bevorzugte die Darstellung revolutionärer Situationen, weil er völlig richtig erkannt hatte, daß dort, wo sich das Leben ausprägt, der Dramatiker am besten auf seine Kosten kommt. Er nannte sich „den einzigen Schüler“ Georg Kaisers, den er im Exil kennen- und verehren gelernt hatte. Dabei ging es in seinen Stücken beileibe nicht immer nur tragisch zu,



In der Grenzsituation: Fritz Hochwälder (1911-1986) FOTO: 19

im Gegenteil, Hochwälder war einer der im deutschen Sprachraum leider so seltenen begabten Komödientextschreiber. Das Ausweichen der Feiglinge vor schuldhafter Vergangenheit z. B. während der Nazizeit war eines seiner Lieblingsthemen. Die Komödie „Der Himbeerpflücker“ wurde geradezu ein Klassiker dieser Richtung.

Wie seine Stärken resultierten auch Hochwälders Schwächen aus seinem Idealismus. Er schrieb Ideenstücke. Die Sprache blieb stets in dienender Position und durfte die Dialoge nicht einmal hinreichend individuell einfärben. Aber in seinen gelungensten Werken, im „Heiligen Experiment“ und im „Öffentlichen Ankläger“, erreichen Idee und Sprache geradezu Identität und bezeugen, daß Fritz Hochwälder nicht zuletzt ein großer Poet gewesen ist. Jetzt ist er 75-jährig in Zürich gestorben.

ANDREAS WILD

Londons Westend jubelt: Lloyd-Webbers neues Musical „The Phantom of the Opera“ uraufgeführt

Das Monster läßt den Lüster krachen

Londons Musical-König Andrew Lloyd-Webber hat es wieder einmal geschafft. In seinem neuen Musical „The Phantom of the Opera“, uraufgeführt in diesen Tagen in Her Majesty's Theatre am Haymarket, hat er sich seine kürzlich geäußerte Selbstkritik zu Herzen genommen und ein Musical ganz ohne High-Tech-Elektronik und Rock-Maschinenmusik geschaffen. Musicals à la High Tech nach Art des Weltraumspektakels „Time“, so hatte Lloyd-Webber geäußert, ließen Gefahr, „den Menschen aus dem Auge zu verlieren“. Die neue Parole müsse heißen: „Retour à l'amour“. Nun, das „Phantom“ entspricht genau dieser Forderung.

Lloyd-Webber läßt hier die romantische Liebe wieder voll zu ihrem Recht kommen. Seine literarische Vorlage, Gaston Leroux' Roman aus dem Jahre 1911 über das in der Pariser Oper herumspukende „Phantom“, ist ja im Grunde eine sentimentale Liebesgeschichte. Sie bietet beste Gelegenheit, tief in die Kiste der alten klassischen Gefühle zu greifen und eine echt dramatische Handlung rund um das unverwundliche Dreiecksverhältnis zu entwickeln.

Die junge Sängerin Christine wird hin- und hergerissen zwischen dem jungen, attraktiven Aristokraten und Gesellschaftslöwen Raul, Vicomte de Chagny, und dem in der Kiste tief unter der Oper hausenden verkannten und gedemütigten Genie, dem „Phantom“. Und dieses ist ein sehr menschliches Gespenst, zumal ihm Lloyd-Webber sämtliche Dracula-Andeutungen, denen es sich im Original gelegentlich überläßt, gründlich ausgetrieben hat. Übergeblieben ist die alte Konstellation „la belle et la bête“ – eine Erfolgsformel offenbar auch für das Musical.

„Humanisierung“ auch bei der Musik: Lloyd-Webber benützt wieder ein Orchester, „live“ im Orchestergraben. Der Synthesizer ist mit zwei Keyboards nur noch eine von vielen Stimmen. Und siehe da: Die Ausdruckspalette ist gleich wieder reicher. Und bestens geeignet zur Illustration der beiden musikalischen Welten der im Jahre 1881 spielenden Handlung: Hübsche Parodien auf Opern der Zeit einerseits, der typische Lloyd-Webber-Sound für die melodramatische Gefühlsskala andererseits.

Wie Zeffirelli „Traviata“ beginnt das Musical mit einer Auktion von Bühnenrequisiten, wobei man erstmals den riesigen Lüster sieht, den das Phantom dann auf dem Höhepunkt der Haupthandlung krachend niedersausen läßt. Weiter geht's mit einer parodierenden Generalprobe der Oper „Hannibal“, verpackt in ei-



Die Schöne und das Monster: Sarah Brightman und Michael Crawford in der Londoner Aufführung von Webbers Musical „The Phantom of the Opera“ FOTO: AP

nen spektakulären Bühnenzauber, der auch ausgeprägten Musical-Roués die Sprache verschlingt (Bühnenbild Maria Björnson). Ein lebensgroßer Plastik-Elefant wird auf die Bühne gerollt. Es meyerbeert und puccini höchst ergötztlich.

Und dann der Abstieg in die grandiose Palast-Untertiefe des Phantoms: Ein düsterer Styx ist in einem Nachen zu durchqueren. Hunderte flackernder Irrlichter recken sich über übermannshohen Kandelabern, ein gewaltiges Fallgatter schließt sich – Symbol für den Außenseiter, der ein- und ausgeschlossen ist.

An Coteau erinnert die aus dem Spiegel von Christine Garderobe tretende Gestalt des Phantoms, an E.T. A. Hoffmann das Motiv des Doppelgängers zwischen Alptraum und Realität. Michael Crawford spielt dieses deformierte Monstrum, das Christine einst mit Engelszungen singen lehrte und ihr in unglücklicher Liebe verfallen ist, mit Halbmaske und bleibt, was Gräßlichkeit betrifft,

weit hinter allen Elefantenmännern des Films zurück. Freilich, um Christines Aufstieg zu fördern und die Aufführung seiner eigenen verkannten Meisteroper zu erzwingen, läßt er alle Kobold-Effekte springen und geht, wenn notwendig, auch über Leichen.

Wenn ihn die Polizei jagt, stimmt er abwechselnd aus Logen, vom Schnürboden oder aus der Bühnenversenkung sein Hohngeächter an. Die Wirkung ist groß. Aber der Librettist Richard Stilgus erwies dem Komponisten sicher einen Bärendienst, als er das Phantom zu früh Gestalt annehmen ließ und ihm damit ein gutturaler dämonischer Dimorphismus nahm. Auch die musikalischen Leitmotive für das Phantom sind ein bißchen schwach: einerseits eine niederstürzende Akkordsequenz, zu der die Vierte Sinfonie von Ralph Vaughan Williams Pate gestanden haben mag, andererseits ein Tiltelongs in einer Art Gruselidom, das das Makabre eher verharmlost.

Lloyd-Webbers neues Musical hat mit Rock so viel zu schaffen wie die Operette mit der Oper. Der Meister schrieb eine Musik zum Träumen, die am stärksten bei den ausgesprochenen Lyrikern ist, mit sattem Streichenchor, romantischen Kantaten, etwa in Christines Song „Wishing you were somehow here again“ oder „All I ask of you“.

Ein Hauptelement der Partitur bilden die eingelegten Opernparaphrasen. Da karikiert Lloyd-Webber köstlich das hohle Pathos von Ausstattungsoptimismus des französischen Stils, imitiert aber auch recht gekonnt die Oper buffa des 18. Jahrhunderts samt Rezitativ mit Cembalobegleitung. Die Nebenfiguren werden durch die Bank witzig charakterisiert. Es gibt zwei köstlich-knifflige Streitsätze und ein irrtümliches kleines Fugato. Lloyd-Webbers eigener Sound gerät allerdings etwas allzu nahe an den Sound von Rodgers und Hammerstein. Der Meister versichert, das habe er ausdrücklich so gewollt.

Selten ist das Musical der Operette so nahe gekommen – das Phantom der Operette, fürwahr, wozu auch die gediegene Regie beiträgt. Harold

Prince hält die Handlung von Szene zu Szene in Spannung. Und er bietet ein großartiges Arrangement: einen Maskenball auf der riesigen Treppe des Opernhauses, bei dem das Phantom in der Maske des Roten Todes auftritt.

Das „Phantom“, mit sechs Millionen Mark ausgestattet, mit verkauften Karten für drei Millionen Mark am Tag vor der Premiere, ist der absolute Hitt der Saison in Londons Westend. Bühnenbilder und Bühnenspektakel sind so spektakulär, daß Staatsopern vor Neid erblassen müssen. Und die mit dem Komponisten verheiratete einstige „Hot Gossip“-Tänzerin Sarah Brightman, die uns schon in seinem „Requiem“ mit ihrem in den hohen Lagen ätherischen Sopran auffiel, ist als Christine nach übereinstimmender Urteil aller, die etwas von guten Stimmen verstehen, eine Sensation. Alle Ingredients dieser Produktion weisen also auf Erfolg, Erfolg, Erfolg ...

SIEGFRIED HELM

Stendal eröffnet ein Museum für Bilderrahmen

Winckelmanns Erben

Inhalt und Verpackung – der uralte Gegensatz hat auch in der Kunst seine eigene Geschichte, und die Stadt Stendal in der Altmark richtet dafür jetzt ein eigenes Museum ein: das erste und einzige Bilderrahmenmuseum nicht nur in Deutschland, sondern wahrscheinlich in der Welt. Daß es dem Winckelmann-Museum angegliedert ist, zeugt nicht nur vom historischen Verständnis der Materie – die Geschichte des Bilderrahmens wird in dem neuen Museum bis in das klassische Altertum zurückverfolgt –, sondern auch von einer gewissen Verlegenheit: Sind Rahmen überhaupt ausstellenswert? Verdienen sie ein „eigenes“ Museum?

Nie wäre diese sonderbare Schau von Geräten, die zu nichts anderem erfinden und gefertigt worden sind, als dazu, andere, vermeintlich wertvollere Geräte und Gegenstände zu umhüllen, zustandegemacht, ohne den Forscher, Sammler- und Handwerkerlebens des Bilderrahmens ein lohnendes Thema erkannt. Aber aus Bodes geplanter ausführlicher Rahmenkunde wurde nichts. Ehlich, der ein Bilderrahmengeschäft geerbt und auf Schiffsreisen die antiken Stätten besucht hatte, griff die Idee auf und widmete ihr ein Lebenswerk. So wurde er zu einem der „Urväter“ einer neuen Wissenschaft, der antiken Bilderrahmenkunde, die inzwischen schon mit zahlreichen Publikationen ihr Daseinsrecht in der Kunstwissenschaft bekräftigt hat.

Ehlich Entdeckung, die eigene Rahmenkunde des Altertums, beruht sich zuallererst auf pompejanischen, frühmiserischen und hellenistischen Wandmalereien, auf denen, als „Bild im Bild“, Gemälde in Rahmen dargestellt sind. Die Beobachtung, für die sich vor ihm noch niemand interessiert hatte, erschien dem Laienforscher so unwahrscheinlich, daß er zuerst nicht sicher war, ob es sich bei den abgebildeten Rahmen nicht um Phantasieprodukte der Wandmaler handeln könnte. Er ging deshalb daran, mit den handwerklichen Mitteln der Antike die sonderbaren gemalten Rahmen nachzubilden – und so wurde nicht nur der praktische Nachweis der Machbarkeit erbracht, sondern es entstand auch jene kunsthandwerkliche Rahmensammlung, die nun „Museumsreife“ erlangt hat.

Die seltsamsten Stammes- und Wechselbeziehungen der antiken Rahmenkunde wurden offenbar: etwa die Ableitung des frühen „Achtenrahmens“ vom ägyptischen Bett- rahmen, oder die Metamorphose von Schilde, Feldzeichen, Schränken oder ganzen Tempeln zu „Rahmen“ für Kunstwerke und Bilder. Die wohl zunächst keineswegs nur dem Schutz und der wirkungsvollen Darbietung der Schaugegenstände, sondern auch zu deren (kultischer?) Verhüllung dienen sollten.

Von dem mit einem Tuch verhängten Feldzeichen bis zum Klapptafelbild, das mit Türen verschlossen werden konnte, vermittelt Ehlich Sammlung einen Eindruck von dieser „Verhüllungskunst“, die das eigentliche Bildwerk wie ein Allerheiligstes verschloß – am eindrucksvollsten mit der Nachbildung einer hölzernen Grabstele aus Theben (400 v. Chr.), die das Bild eines mumifizierten Ägypters an das Ende einer Enklade prächtiger Tempeltore hinter verschließbare Türen entrikt.

Entstanden ist, wenn man so will, ein typisch „postmodernes“ Museum, ein Kabinett der Fiktionen, Gemüts- werte, Rekonstruktionen, des Rollen- tauschs von Inhalt und Form, von Kern und Schale. Die ausführenden Künstler sind Tischler, Maler, Bildhauer, Kunstschmiede, Gießer und Vergolder des 20. Jahrhunderts, die sogar wesentlich mehr Phantasie einsetzen mußten als ihre Berufskollegen vor einigen tausend Jahren, die offensichtlich fabrikmäßig nach Vorlagen arbeiteten.

Ehlich selbst, mit nun 77 Jahren ein anerkannter Forscher in Ost und West, Autor mehrerer Fachbücher und Träger der „Leibniz-Medaille“, räumt ein: „Völlig getreue Rekonstruktionen können leider nicht in jedem Falle erreicht werden. Sie scheitern am Fehlen richtig ausge- trockneter und südlicher Hölzer wie Sykomore, Zeder, Zypressen und Pinien. Für andere Materialien wie Eisen, Kupfer, Elfenbein, Glas, Porzellan, Stein und dergleichen wurden teilweise Ersatzstoffe verwendet.“

Ohne diesen „Ersatz“, ohne die zum Teil hypothetischen Rekonstruktionen, ohne das neue Museum in Stendal wäre jedoch die Kunde vom antiken Bilderrahmen vermutlich auch heute noch, was sie vor Wilhelm von Bode war: eine reine Gedankenkonstruktion.

DANKWART GURATZSCH

Monolog und Boulevard: Theaterbrief aus Paris

H2 antwortet nicht ...

Alexandre Dumas hat jetzt mit seinem zu seinen Lebzeiten nie aufgeführten Mantel- und Degenstück „La Tour de Nesle“ im Carré Silvia Montfort Einzug gehalten. Ein Ort, wie er nicht besser für dieses 1932 zum ersten Mal aufgeführte Melodram geeignet sein könnte: Ein hohes Tor, an sich durch die Dunkelheit schlingender Weg führen ins Theater, das ursprünglich Schlachthof, dann Zirkus war. Man gruselt sich schon, und mit geradezu kindlicher Faszination verfolgt man dann, wie ein junger Mann nach dem anderen sein Abenteuer mit der Königin und ihren Schwestern in Tour de Nesle mit dem Leben bezahlen muß. Ein turbulent, sehr unterhaltsamer Abend.

Wesentlich mehr geistige Anstrengung verlangt der von André Marcon vorgetragene metaphysische Monolog „Le Discours aux Animaux“ von Valère Novarina im Théâtre Bouffe du Nord. Zwei Stunden lang dauert die litaneartige Klage über die Condition humaine. Novarina demonstriert den Satzbau völlig, Wörter werden in Analogien neu erfunden, Kommunikation mit dem Zuschauer erfolgt in erster Linie mittels akustischer Aggression. Samuel Beckett läßt grüßen, wird aber bei weitem nicht erreicht.

Anspruchsvolle Theaterfreude bietet hingegen Nathalie Sarraute, die große alte Dame der französischen Literatur, mit ihrem Stück „Elle est là“, präsentiert im Théâtre de la Villette im Rahmen des Festival d'Automne. Ausgangspunkt: Eine Frau, kurz S. genannt, dargestellt von Marie Casarès, hat eine Ansicht, mit der „H2“ (Jean-Paul Roussillon) nicht einig geht. Unterstützung findet er bei zwei Geschlechtskollegen „H3“ und „H4“. Hier werden Worte zu Sätzen verknüpft, die nicht banaler sein könnten, die jeder schon einmal gesprochen oder gehört hat. Doch mittels des scheinbar ganz oberflächlichen Dialoges lotet Sarraute semantische wie existentielle Tiefen faszinierend aus. Eine Komödie, im Verlaufe derer einem das Lachen vergeht.

Jean-Claude Brialy, auch bei uns bekannt aus vielen Filmrollen, hat soeben den Direktorposten in den Bouffes Parisiens übernommen, wo Jean Marais und Jeanne Moreau einige ihrer größten Erfolge einheimsten. Einst leitete Jacques Offenbach dieses in rotem Plüsch schwebende Theater, und ganz auf seiner Linie lag

denn auch das von Brialy vorgestellte Stück „Le Nègre“, verfaßt von jungen Didier van Cauwelaert, der in Frankreich vor allem vom Fernsehen her bekannt ist. Ein reines Boulevard-Stück, gepfeffert mit Bonmots, das sich jedoch für einmal nicht im trivialen Dreiecksverhältnis mit knallenden Türen aufhält.

„Le Nègre“ ist im Französischen einmal der Neger, dann aber auch, wie im Deutschen, das, was man „Ghostwriter“ nennt. Und um einen solchen handelt es sich, dargestellt übrigens mit Brillanz von Brialy selbst, der in dieser Rolle alle seine Register zu ziehen vermag. Anfanglich im Hause des hohen Justizbeamten als reiner Beobachter installiert,



Tritt in die Fußstapfen Jacques Offenbachs: Jean-Claude Brialy FOTO: DPA

um dessen Biographie zu schreiben, tritt er allmählich an seine Stelle und nimmt seine Funktionen als Vater, Ehemann und Freund wahr, die jener in menschlicher Erstarung nicht mehr auszuüben vermag.

Das ist alles sehr amüsant und zu Beginn recht witzig dargestellt, so wenn Brialy den Sohn in einen Kibitz, die Hausangestellte in eine Musik-Hall und die Tochter in ein Filmstudio schickt. Leider geht der anfängliche Schwung später verloren, besonders wenn Brialy dann noch moralisierende Exhortationen von sich gibt, die in ihrer Schwere nicht recht passen wollen. Als etwas frischer eingegeben: Glas Champagner wird ein Glas abgestandener Schaumwein, Schade.

BEATRICE SCHAFFHAUSER

JOURNAL

Deutsch-italienischer Kulturaustausch

P. F. R., Bonn
Italiens Staatspräsident Cossiga, tags zuvor Ehrensenator der Universität Bonn geworden, stand gestern Pate, als im Bonner Wissenschaftszentrum ein Trägerverein „Villa Vigoni“ ins Leben gerufen wurde. 1983 hatte Don Ignazio Vignoli der Bundesrepublik Deutschland ein großzügiges Villenwesen am Comer See vernachlässigt, mit der Auflage, daraus eine kulturelle Begegnungsstätte zu entwickeln. Um das Projekt auf eine „breite gesellschaftliche Basis“ (Bundesbildungsministerin Dorothee Wilm) zu stellen, wird nicht der Staat, sondern der Trägerverein die Verantwortung für Programm und Geschäftsführung übernehmen. Wohl noch in diesem Jahr wird ihm ein gleichberechtigtes italienisches Pendant an die Seite treten. Es wird aus jedem der beiden Länder einen Gründungsversammlung wurde der Botschafter der Bundesrepublik in Rom, Lahn, der in wenigen Tagen pensioniert wird, als erster Präsident berufen.

Wand wird Gastdirigent beim RSO Berlin

gl. Berlin
Günter Wand wird mit Beginn der Spielzeit 88/89 ständiger Gastdirigent des Radio-Symphonie-Orchesters Berlin. Er wird jede Saison vier Programme dirigieren, dem Orchester aber auch für Touren zur Verfügung stehen. Den Beginn macht ein Auftritt bei den Wiener Festwochen 1988.

Glasgow ist Europäische Kulturhauptstadt 1990

Ha, London
Glasgow ist vom britischen Minister für die Künste, Richard Luce, zur Europäischen Kulturhauptstadt für 1990 nominiert worden. Die Ratifizierung durch die EG-Kultusminister in Brüssel am 13. November gilt als sicher, zumal Großbritannien an der Reihe ist. Athen eröffnete 1985 den Reigen, gefolgt von Florenz, Amsterdam, Berlin und Paris sind für 1987-89 nominiert. Glasgow will sein ganzjähriges Kulturfestival für 12 Millionen Mark ausrichten und rechtzeitig einen Konzertsaalkomplex fertigstellen.

Wesel erinnert an 550 Jahre St. Martin

DW, Wesel
An die Geschichte und das Wirken der Fraterherren in Wesel erinnert die Ausstellung „550 Jahre St. Martin“. Sie wird bis 16. November im Städtischen Museum gezeigt. Zu sehen sind Schnitzwerke, Gemälde sowie alte Codices aus dem Besitz der Gemeinde. Im Katalog (25 Mark) wird zusätzlich die Bedeutung des Ordens für die Stadt und ihre Bewohner erläutert.

Dortmund zeigt Gemälde von Elisabeth Minke

DW, Dortmund
Ein Dutzend farbrichtiger expressiver Gemälde von Elisabeth Minke zeigt das Dortmunder Museum am Ostwall bis zum 2. November. Die 1954 in Wuppertal geborene Schülerin von Rudolf Schoofs hat u. a. Stipendien des DAAD für Paris und der Kunststiftung Baden-Württemberg erhalten. Der Katalog der Ausstellung mit ganzseitigen Farbabbildungen kostet 10 Mark.

Schriftstellerei – die brotlose Kunst

dpa, Köln
Schriftstellerei ist, zumindest für Kölner Autoren, eine brotlose Kunst. Dies hat eine vom Forschungsinstitut für Soziologie an der Kölner Universität publizierte Untersuchung ergeben. Von 149 befragten Kölner Autoren gaben drei Viertel an, daß sie weniger als 50 Prozent ihres Monatseinkommens aus der Schriftstellerei beziehen. Über die Hälfte nennt sogar weniger als zehn Prozent. Das Haupteinkommen sichern sich die Autoren durch Nebenberufe. Die Hälfte der Kölner Schriftsteller hat ein Gesamteinkommen von etwas über 2.000 Mark pro Monat, den „Etablierten“ stehen durchschnittlich 3.500 Mark zur Verfügung.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Dieser Hagar ist wirklich schrecklich. Die meisten, die ihn zu Hand nehmen, legen ihn schnell wieder beiseite, weil sie mit ihrem Latein am Ende sind. Aber der Goldmann Verlag scheint überzeugt zu sein, daß es noch genug Leser (und Käufer) gibt, die den alten Caesar verstanden hätten, auch wenn er mehr als sein Berühmtes „veni, vidi, vici“ äußerte. Und deshalb beschert er uns jenen miles sine timore vittique, genannt „Hagar Terribilis“. Immerhin, das kleine Latein genügt, um diesem Unterfangen ein „bonum est“ zuzuerkennen.

F. Jo.
Dik Browne: „Hagar Terribilis“, Goldmann, 7,80 Mark.

Mutter und Bruder im Schlaf erschossen

Prozess gegen 19-jährigen Gymnasiasten in München

Kaltblütigkeit wird ihm von der Staatsanwaltschaft nachgesagt. Angeklagt, seine Mutter und seinen Bruder im Schlaf erschossen zu haben, steht der 19-jährige Dieter Wildhagen seit gestern vor Gericht. Kaltblütig hatte er auch versucht, sich dem Prozess durch Flucht zu entziehen. Er war



Dieter Wildhagen
FOTO: DPA

in der Nacht zum Sonntag gemeinsam mit fünf Komplizen aus der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim ausgebrochen. Stunden später in Freising aber wieder festgenommen worden.

Ohne sichtbare Erregung nahm der Münchener Gymnasiast vor der Jugendkammer des Landgerichts München I die schweren, in der Anklageschrift zusammengefassten Beschuldigungen zur Kenntnis. Danach hat er in der Nacht zum 30. Oktober 1985 aus Habbag seine 53-jährige Mutter

und seinen 22-jährigen Bruder in ihren Betten erschossen. Nach seinem bereits bei den Vernehmungen abgelegten Geständnis wollte Dieter Wildhagen seine Mutter töten, um deren Zwei-Millionen-Mark-Villa auf der Nordsee-Insel Sylt zu erben und daraus ein Hotel zu machen.

Gestern ließ der Angeklagte durch seinen Verteidiger Anton Zankl ein umfassendes Geständnis anklündigen. Danach habe er sich unmittelbar vor dem lange geplanten Mord an seiner Mutter entschlossen, auch seinen Bruder zu töten. Die Anklage richtet sich auch gegen den 21-jährigen gebürtigen Zürcher Albert Koch, einen Schulfreund des Hauptangeklagten. Für seine Beteiligung am Verbrechen hatte ihm Dieter Wildhagen zunächst 20 000 Mark, nach Antritt des Erbes eine Eigentumswohnung im Wert von rund 200 000 Mark versprochen. Koch wußte nach Meinung der Staatsanwaltschaft, daß Wildhagen das Verbrechen ohne seine Hilfe nicht hätte durchführen können.

Beide Angeklagten hatten bereits im März 1983 „ein Ding gedreht“. Sie waren in eine Wohnung, in der sie „eine Menge Waffen“ vermuteten, eingedrungen und hatten die Mutter eines Schulkameraden nach dem Eintreffen der alarmierten Polizei als Geisel genommen. Dann gelang ihnen unerkannt die Flucht. Die beiden Männer müssen sich deshalb auch wegen schweren Raubes und Geiselnahme verantworten.

Der Prozess ist auf eine Dauer von fünf Tagen angesetzt.

Bilanz der ersten Herbststürme / Verkehrschaos in Städten / Schäden in Millionenhöhe



Schwere Schäden: In Berlin-Charlottenburg stürzte ein 60 Meter langes Gerüst auf ein Auto. FOTO: AP

Orkan forderte Menschenleben

DW, Bonn

„Der Herbststurm hat den Altbewohner hinweggefegt“, resümierte gestern ein Meteorologe beim Deutschen Wetterdienst in Offenbach die Großwetterlage in Europa. „Rückseitenwetter“ nennen die Wetterkundler das kühle und regenreiche Grau nach dem ersten großen Herbststurm mit Spitzengeschwindigkeiten bis zu 170 Stundenkilometern.

Fünf Menschenleben forderte das Unwetter. In der niedersächsischen Stadt Cloppenburg kam eine Frau zu Tode, als sie beim Öffnen ihres Regenschirms von einer Sturmböe erfaßt und vor ein Auto geschleudert wurde. In der niederländischen Stadt Herzogenbosch wurde ein 31-jähriger Mann beim Sturz von einem Dach tödlich verletzt, ein ande-

rer starb in Den Haag, als ihn der Sturm von der Leiter fegte. In England kamen zwei Autofahrer ums Leben, als ihre Fahrzeuge von umstürzenden Bäumen getroffen wurden.

In Berlin erreichte der Wind in der Nacht zum Dienstag zeitweise Stärke 11. Die Feuerwehr hatte von zwei Uhr bis zum Vormittag den Ausnahmezustand ausgerufen. Sie war mit 600 Mann pausenlos im Einsatz. Gegen Mitternacht drohte ein Zirkuszelt auf und davon zu fliegen. Die Feuerwehr konnte es in letzter Minute fester verankern. Vier Menschen mußten evakuiert werden, als die 20 Quadratmeter große Giebelwand eines Einfamilienhauses einstürzte.

Im Münsterland, auf den Höhen des Sauerlandes und im Raum Köln erreichte der Orkan zeitweise Windstärken zwischen zehn und zwölf (die

WELT berichtete in einem Teil ihrer Auflage). Durch die bayerische Gemeinde Nersingen (Landkreis Neu-Ulm) wirbelte eine Windhose und demolierte etwa 30 Häuser. Die Polizei schätzte den Schaden auf mindestens eine Million Mark. Beschädigte Strom- und Telefonleitungen legten in vielen Orten die Versorgung mit Elektrizität und die Nachrichtenverbindungen lahm.

Geschwindigkeiten von 150 Stundenkilometern erreichte der Orkan auch in der „DDR“. In Neubrandenburg schleuderten Orkanböen schwere Container auf die Gleise.

Vor der Küste der Bretagne verlor ein panamaisches Frachtschiff in den bis zu neun Meter hohen Wellen Fässer mit vermutlich gefährlichem Inhalt. An den Küsten wurde Sturmflutwarnung gegeben.

Versicherer: Schäden sofort melden

gh, Bonn

Die ersten großen Herbststürme mit Orkanböen richteten Schäden an, die in die -ig Millionen gehen. Die Schäden sollten möglichst sofort der zuständigen Versicherung zur Bestandsaufnahme gemeldet werden. Nur so sei sichergestellt, daß später die „Ursache Sturm“ nicht angezweifelt werden kann, teilte der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute gestern mit.

Sturmschäden (Schäden durch Wind ab Stärke 8 auf der Beaufort-Skala mit Geschwindigkeiten ab 70 Stundenkilometern) sind in eine Haus- oder Wohngebäude-Versicherung einbezogen. Für alle anderen durch Sturm entstandenen Schäden sind die Kfz-Versicherungen zuständig oder zusätzlich abgeschlossene Sturmversicherungen.

Nach Auskunft des Verbands der Sachversicherer in Köln entstehen 99 Prozent aller Sturmschäden an Gebäuden. Die Schäden sind so gut wie immer in voller Höhe gedeckt, es sei denn, daß ein Hauseigentümer umfangreiche Um- und Anbauten vorgenommen hat und dies der Versicherer nicht gemeldet hat.

Drückt der Sturm eine Fensterscheibe ein und ergießt sich ein Schwall von Wasser über den Teppich, dann tritt die Hausratversicherung für den Schaden ein. Hier schließt das Sturmrisiko auch Schäden an Radio- und Fernsehantennen sowie Markisen ein, sofern dies alles vom Versicherungsnehmer allein und nicht zu gewerblichen Zwecken genutzt wird.

Voll- und Teilkasko decken Schäden, die beispielsweise durch umstürzende Bäume, herabfallende Äste oder Dachziegel am Fahrzeug entstehen. Hingegen sind „durch Naturgewalten verursachte Fahrfehler“ und dadurch entstandene Schäden am eigenen Auto nur durch eine Vollkasko-Versicherung gedeckt, teilte die HUK mit. Im Klartext: Wer von einer Windböe geschoben sein Auto demoliert, bekommt den Schaden nur bei einer Vollkasko-Versicherung ersetzt; die Haftpflicht tritt ein, wenn bei dem verunglückten Manöver fremde Fahrzeuge oder andere Sachwerte beschädigt werden.

Ausbrecher flüchteten ohne fremde Hilfe

hd, München

Der unter dem Verdacht, sechs Insassen der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim zur Flucht verholten zu haben, am Montag verhaftete 44-jährige Justizbeamte ist wieder frei. Anlaß für die Verhaftung waren die Aussagen eines Häftlings, der sich inzwischen als nicht stichhaltig erwiesen haben. Oberstaatsanwalt Dieter Emmrich hatte Montag mittags angedeutet, daß es sich bei den Beschuldigungen gegen den Justizoberwachmeister um „eine Art von Racheakt“ handeln könne. Sie wurden durch die Aussage eines der wieder gefaßten Ausbrecher entkräftet, sie hätten die Nachschlüssel „ohne fremde Hilfe“ gefertigt, jedoch beschlossen, einen Justizbeamten zu beschuldigen. Der Justizbeamte hatte mit Nachdruck bestritten, bei den Vorbereitungen zu der spektakulären Flucht geholfen zu haben. Nach den neuesten Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft war für die Anfertigung von Nachschlüsseln der vorübergehende Besitz der Originale „nicht unbedingt erforderlich“.

Baby mißhandelt: tot

dpa, Münster

Ein acht Wochen altes Baby, das wegen seines Schreiens von seinem 23-jährigen Vater in Münster geschlagen worden war, ist seinen Verletzungen erlegen. Der arbeitslose Mann soll im vorigen Jahr auch seine erste Tochter im Alter von sechs Wochen so schwer mißhandelt haben, daß das Kind daran gestorben sei.

Eine Million Fluggäste

dpa, Düsseldorf

Im Monat September verzeichnete der Düsseldorfer Flughafen eine Million Fluggäste. Dieses Rekordergebnis des größten Charter-Flughafens der Bundesrepublik übertrifft den Vergleichsmonat des Vorjahres um zehn Prozent.

Mordprozess begonnen

dpa, Igoumenista

Vor einem Geschworenengericht in der westgriechischen Hafenstadt Igoumenista hat gestern der Prozess um den Mord an drei jungen deutschen Frauen auf Korfu im Mai vergangenen Jahres begonnen. Angeklagt ist ein 23-jähriger Mann aus dem Dorf Jannades auf Korfu, der kurz nach der Bluttat festgenommen worden war.

Therapie bei Würstchen

AP, Wien

Die Stadt Wien richtete in einer Neubausiedlung mit 2470 Wohnungen einen sozialtherapeutischen Würstchenstand ein, an dem neben heißen Würstchen auch Hilfe in rechtlichen Fragen, familiären und finanziellen Problemen offered wird.

Gefährlicher „Scherz“

dpa, Berlin

Ein 70 Jahre alter Chemiker, der als Inhaber einer Fabrik für Scherzartikel giftiges Niespulver hergestellt hatte, wurde gestern von einer Berliner Strafkammer wegen gemeingefährlicher Vergiftung und gefährlicher Körperverletzung zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Vor allem Kinder erlitten Gesundheitschäden.

Das beste ist: eine gute Versicherung.



ZU GUTER LETZT

„Gewöhnen Sie Ihren Hund an den Besuch Ihres Briefträgers“, appelliert die Essener Post an alle Handbesteller 1989 schnappten in der Bundesrepublik scharfe Bundeszähne 3099 Mal nach Postboten).

WETTER: Regen und stürmisch

Lage: In einer starken westlichen Höhenströmung überqueren atlantische Tiefdruckläufer rasch das Bundesgebiet.

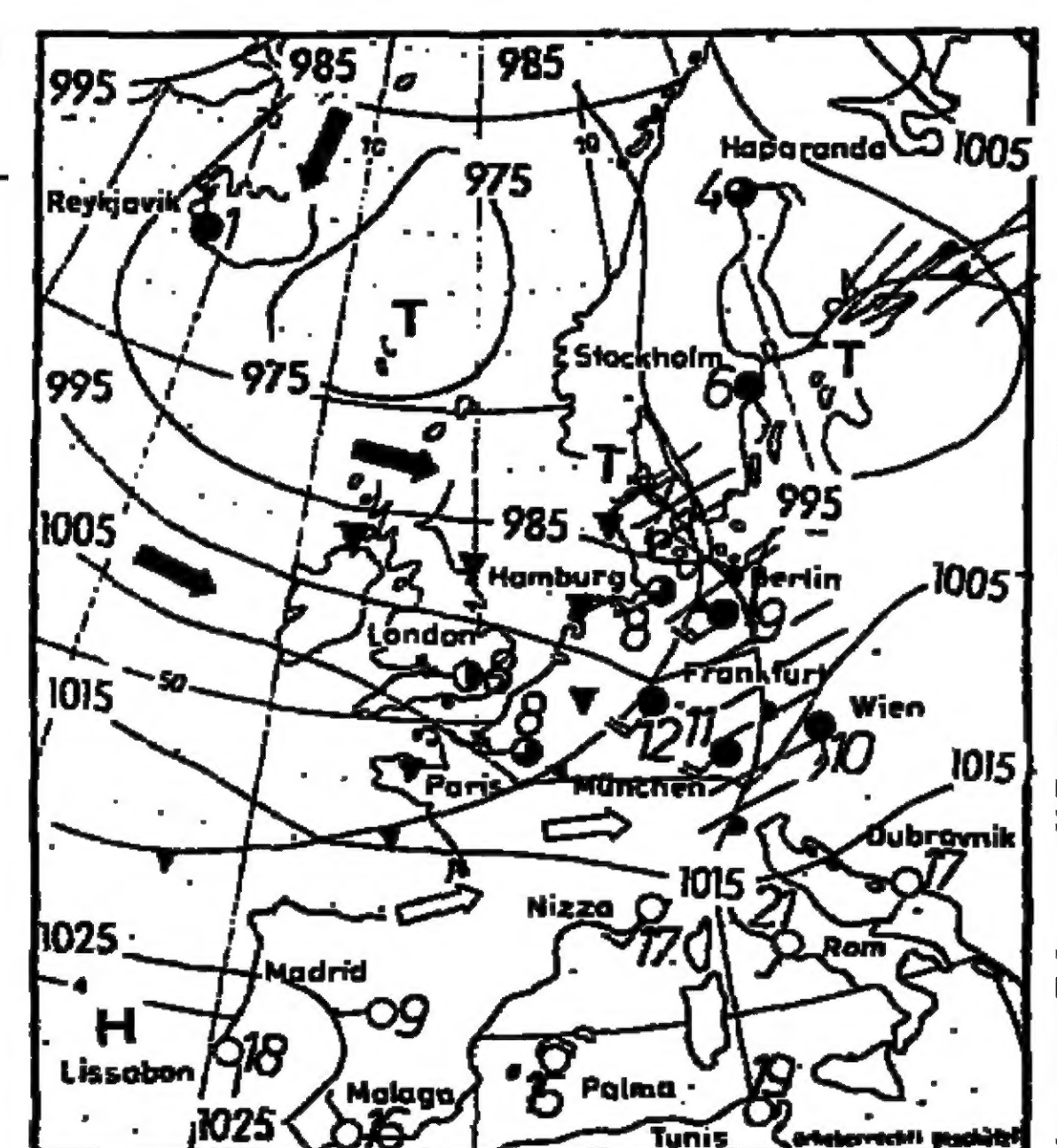
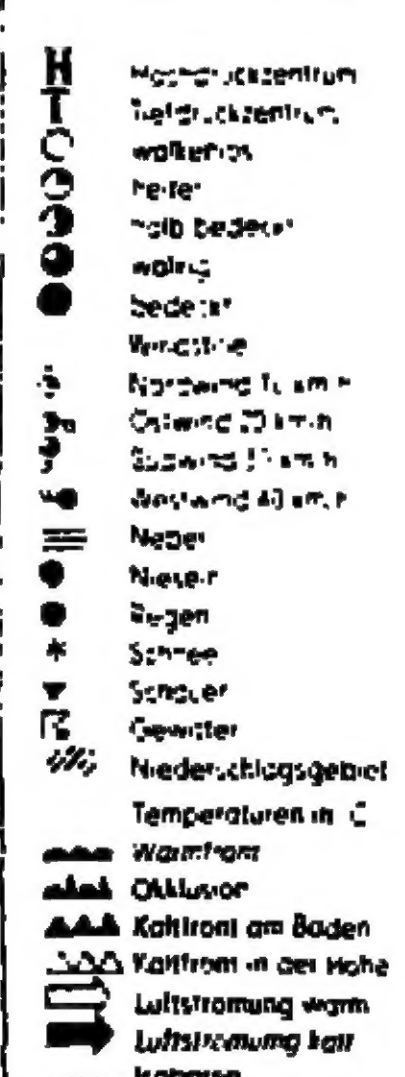
Vorhersage für Mittwoch: Im Norden und Nordwesten wechselnd bewölkt und schauer. Sonst zunächst stark bewölkt und lang andauernder Regen, in Süddeutschland bis zum Abend, sonst von Westen her im Tagesverlauf in Schauer übergehend. Temperaturen 9 bis 14 Grad, nachts

Rückgang auf 5 bis 8 Grad. Frischer bis starker Wind aus westlichen Richtungen mit Sturmböen, südlich der Mittelgebirge auch Gefahr von orkanartigen Böen.

Weitere Aussichten: Wechselhaft, einzelne Schauer, etwas kühler.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 6.59 Uhr. Untergang: 17.13 Uhr. Mondanfang: 19.55 Uhr. Untergang: 13.20 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. Okt., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:	Laback	7	bw	Faro	27	be	Ostende	10	bd
Berlin	10	bw		Florenz	12	be	Palermo	24	be
Bielefeld	10	bw		Gent	12	be	Paris	11	bd
Braunlage	5	R		Helsinki	6	R	Peking	13	be
Bremen	11	bw		Hongkong	28	be	Prag	22	bw
Dortmund	10	bw		Indaruck	13	bw	Sankt Petersburg	22	bw
Dresden	9	bd		Istanbul	21	bw	Rom	23	bw
Düsseldorf	10	bw		Kairo	30	be	Salzburg	18	bd
Erfurt	8	bw		Klagenfurt	15	be	Singapur	25	bw
Essen	8	bw		Konstanz	18	bd	Split	23	bw
Feldberg/S	0	bd		Kopenhagen	10	be	Stockholm	18	bd
Flensburg	0	bd		Korfu	21	bw	Strasbourg	18	bd
Frankfurt/M.	9	bw		Las Palmas	24	be	Tel Aviv	23	bw
Garmisch	11	bw		Leipzig	10	bw	Tokio	19	bd
Greifswald	10	be		Lissabon	22	be	Tunis	23	be
Hamburg	10	bw		London	20	be	Valencia	25	be
Hannover	10	bd		Los Angeles	17	wl	Venedig	17	be
Kallher Aktien	4	bd		Luxemburg	9	bd	Warschau	6	be
Kassel	10	bw		Madrid	20	be	Wien	12	be
Kempten	9	bw		Mallorca	26	be	Zürich	12	be
Kiel	10	bw		Malaga	25	be			
Koblenz	12	bd		Moskau	3	R			
Köln-Bonn	10	R		Napoli	24	be			
Konstanz	11	bd		New York	11	wl			
Leipzig	10	bd		Nizza	25	be			
Leipzig	10	bd		Oslo	5	bw			
Leipzig	11	bw							

LEUTE HEUTE

Hohes Honorar

Ihre Vorlesungen über die Rolle der Frau in der ägyptischen Kultur waren gut besucht. Trotzdem brach Jehan Sadat, die 52-jährige Witwe des ermordeten ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat ihren Aufenthalt an der University of South Carolina ab. Grund: Behörden hatten verlangt, ihr



Honorar solle offengelegt werden. Es betrug übrigens umgerechnet 100 000 Mark pro Semester.

Luxus im Knast

Gestreifte Kleidung trägt zur Zeit Multimillionär und Modedesigner Aldo Gucci (81). Wegen seines Alters darf er die Haftstrafe wegen Steuerhinterziehung aber im „luxuriösen“, unvergitterten Gefängnis von Eglin (Florida) absitzen, das sogar über einen Tennisplatz verfügt. Gucci wird – wo sonst – in der Gefängnis-Schneiderei arbeiten. Seine Zelle teilt er mit dem Modedesigner Albert Nipon (57).

Italiens Lkw-Fahrer zogen es vor, zu Hause zu protestieren

„Aktion Schnecke“ gegen Bußgeldkatalog ein Fehlschlag

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Nach dem Vorbild der „Operation escargot“, die vor einem Jahrzehnt fast den gesamten Straßenverkehr in Frankreich zum Erliegen gebracht hatte, wollten Italiens Fuhrunternehmer und Lastwagenfahrer gestern auch auf der Apenninenhalbinsel ein Verkehrschaos provozieren. Ihre „Operation Schnecke“, mit der sie aus Protest gegen ein Gesetzesdekret zur drastischen Reglementierung des Lastwagenverkehrs 350 000 T.L.R.-Lastzüge und Lkw von den Autobahnen auf die Staatsstraßen umzudigieren beabsichtigten, erwies sich jedoch als fast völliger Fehlschlag.

Nirgendwo im Lande kam es bis zum Nachmittag zu ernsthaften Verkehrsstopps. Der von der Polizei vorsorglich organisierte Großeinsatz ging ins Leere, da die meisten Lastzüge und Lastwagenfahrer entweder die Autobahnen nicht verließen oder zu Hause blieben. Der für kommenden Freitag angesetzte nächste Protestakt dieser Art sehen Polizei und Pkw-Fahrer jetzt mit ziemlicher Gelassenheit entgegen.

Das umstrittene Gesetzesdekret der Regierung Craxi war am 3. Oktober erlassen worden. Es bedroht Verstoße gegen die Straßenverkehrsordnung für den Lastwagenverkehr, darunter auch die Überschreitung der zugelassenen Höchstgeschwindigkeiten von 60 km/h auf Landstraßen und

von 80 km/h auf der Autobahn, mit hohen Geldstrafen, in bestimmten Fällen sogar mit der Beschlagnahme der Lastzüge.

Die Regierung hofft, damit die ständig wachsende Zahl schwerer Verkehrsunfälle zu vermindern, in die Lastzüge und Lkw verwickelt sind. 1985 kamen bei solchen Unfällen 778 Menschen ums Leben. Fuhrunternehmer und Lkw-Fahrer bezeichnen das Dekret jedoch als ungerecht und wirtschaftlich nicht tragbar. Sie fühlen sich „kriminalisiert“ und argumentieren, daß der Güterverkehr auf der Straße wesentlich teurer würde, wenn sich die kostspieligen Lastzüge, die für eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h konstruiert seien, an die Geschwindigkeitsbegrenzungen halten müßten.

In die Auseinandersetzung hat sich auch der „Observatore Romano“, die Zeitung des Vatikans, eingeschaltet. Niemand, so hieß es in einem Kommentar, bestreite den Fuhrunternehmern das Recht, ihre Argumente geltend zu machen. Das Entscheidende seien jedoch nicht die vielleicht legitimen Interessen einer bestimmten Gruppe und auch nicht die mehr oder weniger schwerwiegenden wirtschaftlichen Folgen des Gesetzesdekrets. Das Entscheidende sei der Schutz des Tag für Tag von verantwortungslosen Fahrern bedrohten menschlichen Lebens.

Urteil: Wenn das Gepäck beim Zoll verschwindet

DW, Karlsruhe

Wer in Länder der Dritten Welt reist, sollte bei Reisegepäckversicherungen vorsichtig sein. Die Versicherung muß nicht in jedem Falle haften. Die Klausel, nach der ein Gegenstand, der bei der Gepäcksabgabe deponiert wurde, versichert ist, kann nicht auf die Hinterlegung bei einem Zollamt in der Dritten Welt angewendet werden. Dies entschied der Bundesgerichtshof.

Der Kläger hatte eine Reisegepäckversicherung abgeschlossen. Er unternahm im März 1981 eine Reise nach Nepal. Dabei führte er eine Videokamera und einen Video-Recorder nebst Netzteil und Ladegerät mit sich, die er kurz zuvor gekauft hatte. Beim Zollamt in Kathmandu wurde ihm die Einfuhr dieser Geräte nach Nepal nicht gestattet. Er hinterlegte sie deshalb bei dem Zollamt gegen Quittung. Als er sie bei der Rückreise abholen wollte, wurde ihm erklärt, die Geräte seien gestohlen worden.

Der Kläger begehrt Entschädigung. Die Versicherung erklärte, für den Schaden bestehe kein Versicherungsschutz. Landgericht und Oberlandesgericht hatten der Klage stattgegeben. Die Bundesrichter wiesen die Klage ab: Die Haftung einer Zollbehörde in einem Land der Dritten Welt für aufbewahrte Gepäckstücke sei schwer überschaubar. Das Risiko sei deshalb nur schwer kalkulierbar. (Az.: IV a Zr 232 aus 84)

Unser Dankeschön für Sie wenn Sie für die WELT einen neuen Abonnenten gewinnen

DIE WELT

ZEITUNG FÜR POLITIK, KULTUR UND WISSENSCHAFT

Der neue Abonnent kann den Auftrag innerhalb von 10 Tagen (rechtzeitige Abmeldung) schriftlich widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Sprechen Sie mit Ihren Freunden und Bekannten, Nachbarn und Kollegen über die WELT, über ihre Aktualität, ihre Vielseitigkeit, ihre weltweite Sicht. Sicher werden Sie den einen oder anderen für die WELT gewinnen.



Akku-Bohrmaschine

Modell Bosch PBM 7.2 V. Leichte handliche Akku-Bohrmaschine, mit der Sie unabhängig von der Steckdose arbeiten können. Mechanisches 2-Gang-Getriebe. Drehrichtungs-Umschaltung Rechts-Linkslauf. Deshalb ideal auch zum Eindrehen und Lösen von Schrauben. Bohr-Ø in Stahl 10 mm, in Holz 15 mm. Schrauben-Ø bis 6 mm. Akku 7.2 V. Komplett mit Akkupack, Ladegerät, Schraubendreher-Doppelklinge.

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36	
Prämien-Gutschein	Bestellschein
Ich bin der Vermittler. Ich habe einen neuen WELT-Abonnenten gewonnen (siehe nebenstehenden Bestellschein). Als Belohnung dafür wünsche ich die Akku-Bohrmaschine .	Ich bin der neue WELT-Abonnent. Bitte liefern Sie mir die WELT mindestens 12 Monate ins Haus. Der günstigste Abonnementpreis beträgt im Inland monatlich DM 24,00. Die Abonnementkosten und Mehrwertsteuer eingeschlossen. Die Abonnement-Bedingungen ergeben sich aus dem Impressum der WELT. Ich war während des letzten halben Jahres nicht Abonnent der WELT.
Vorname/Name: _____	Vorname/Name: _____
Straße/Nr.: _____	Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____	PLZ/Ort: _____
Vorw./Tel.: _____ Datum: _____	Vorw./Tel.: _____ Datum: _____
Der neue Abonnent gehört nicht zu meinem Haushalt. Die Dankeschön-Prämie steht mir zu, wenn das erste Bezugsgeld für das neue Abonnement beim Verlag eingegangen ist.	Unterschrift des neuen Abonnenten: _____ Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen (technische Abmeldung) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.
Unterschrift des Vermittlers: _____	Unterschrift des neuen Abonnenten: _____